

Forum Umwelt & Entwicklung



G8 auf dem Prüfstand

Konkrete Ergebnisse oder PR-Show?

RUNDBRIEF 1/2007



G8 AUF DEM PRÜFSTAND

KONKRETE ERGEBNISSE ODER PR-SHOW?

Impressum:

Herausgeber:
Projektstelle Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Telefon: 0228-35 97 04
Fax: 0228-923 993 56
E-mail: info@forumue.de
Internet: www.forumue.de

Verantwortlich: Jürgen Maier
Redaktion: Monika Brinkmüller
Serviceteil: Bettina Oehmen
Layout: Stefan Schober
(www.diesigns.com)

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NRO in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Diese Publikation wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziell gefördert. Der Inhalt gibt nicht unbedingt die Meinung des BMZ wieder.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im Juni 2007.

INHALT

Editorial - Jürgen Maier

Schwerpunktthema: G8-Gipfel in Heiligendamm

- Wachstum und Verantwortung - Die widersprüchliche deutsche G8-Agenda – *Jürgen Maier* 3
- Gemeine Diebe oder Vorreiter für die technologische Aufholjagd? - Produktpiraten, Patentschutz und Entwicklungspolitik – *Michael Frein* 5
- Alte Baustellen und neue Löcher im Finanzsystem - Die Schuldenkrise des Südens im Jahr 2007 – *Jürgen Kaiser* 7
- Nullrunde für Armutsbekämpfung - Eine Bilanz des G7-Finanzministertreffens in Essen – *Peter Lanzet* 8
- Die G8 und Afrika - Aufbruch zu einer „Reformpartnerschaft“?! – *Verena Wiesmann* 10
- Grenzen staatlicher Souveränität - Vom Fluch des Reichtums an Rohstoffen – *Wolfgang Heinrich* 12
- Kein großer Wurf - G8-Umweltministertreffen in Potsdam – *Tobias Münchmeyer* 14
- Eine genutzte Möglichkeit - Der Dialog der Zivilgesellschaft mit den G8 im Jahr der russischen Präsidentschaft – *Ella Pamfilowa* 16
- G8 in Russland und die Beteiligung von NGOs - Russlands Reaktion auf internationalen Druck – *Jens Siegert* 17
- G8-Gipfel 2007 in Deutschland - Umfangreiche Aktivitäten der Zivilgesellschaft – *Ansgar Kiene* 18
- Viel Kritik und viele Alternativen zum G8-Gipfel – *Richard Oelmann* 19
- Die Kirchen machen mobil zum G8-Gipfel – *Carolin Callenius* 19

Aktuell

- CSD-Vorbereitungstagung - Übernimmt die OPEC die CSD? – *Jürgen Maier* 20
- Forum Umwelt & Entwicklung und WWF Deutschland starten Plattform „Nachhaltige Biomasse“ 21
- Die WTO-Verhandlungen laufen weiter, „Gerechtigkeit Jetzt!“ - Die Welthandelskampagne“ protestiert gegen Freihandelspolitik beim G8-Gipfel – *Alexis Passadakis* 21

Themen und AGs

- Ländlicher Raum neu entdeckt? - Neuauflage des Forums für Ländliche Entwicklung von der Europäischen Kommission – *Roman Herre* 23
- Die Allianz für Ernährungssouveränität vergrößert sich - Mehr als 500 Delegierte trafen sich in Mali – *Bernhard Walter* 24
- Debatte um Beratungsgremium - Internationaler Mechanismus zur wissenschaftlichen Expertise zur Biodiversität – *Carsten Neßhöver, Silke Beck, Christoph Görg* 25
- Das Tierzucht-Monopoly - Unternehmen steigern ihre Marktmacht – *Susanne Gura* 25
- Innovative Finanzierungsinstrumente - Echte Option oder Augenwischerei? – *Stefan Krug* 25
- Sicherer, schneller, folgenreicher - Neuer IPCC-Bericht zur Klimawissenschaft – *Manfred Treber* 28
- Wohnungskrise in Europa - Bürger stehen auf – *Knut Unger* 29
- „Potsdam Recommendations“ - Experten erarbeiten Empfehlungen zur Umsetzung der Biodiversitätskonvention – *Martin Kaiser/ Christine von Weizsäcker* 30

Veranstaltungen/Publikationen

31



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

G8 ante portas – der Gipfel unter deutscher Präsidentschaft schiebt sich auf der politischen Agenda zügig nach vorne. Nach dem von Klima- und Energiefragen dominierten EU-Frühjahrgipfel zeichnet sich ab, dass diese Fragen auch auf dem G8-Gipfel im Juni im Ostseebad Heiligendamm eine wichtige, wenn nicht die zentrale Rolle spielen werden. Die Medienaufmerksamkeit rund um das G8-Umweltministertreffen am 15.-17. März in Potsdam war jedenfalls ungleich größer als bei den Finanzministertreffen, die ja ursprünglich eine weitaus wichtigere Rolle bei den G8-Veranstaltungen spielten. Aber es ist auch klar, dass substanzielle Einigungen jeder Art auf dem G8-Gipfel ungleich schwieriger sein werden als bei EU-Gipfeln.

37 deutsche Nichtregierungsorganisationen haben den G8-Umweltministern in Potsdam einen Forderungskatalog für den diesjährigen G8-Prozess übergeben, der klar sagt, was wir von den beteiligten Regierungen erwarten. Neben konkreten Forderungen zu den offiziellen Gipfelschwerpunkten Klima/Energie, Weltwirtschaft und Afrika wird auch die Leerstelle Biodiversität kritisiert und konkrete Maßnahmen eingefordert, den alarmierenden Biodiversitätsschwund zu stoppen. Zumindest das Umweltministertreffen in Potsdam hat die Leerstelle Biodiversität in der G8-Agenda bereits kräftig zu füllen versucht; wir werden

sehen, wieviel von der »Potsdamer Biodiversitäts-Initiative« es bis in das Gipfelkommuniqué schafft.

Bei aller – wichtigen und richtigen – Aufmerksamkeit für das Klimathema darf allerdings nicht vergessen werden, dass der G8-Gipfel auch versuchen wird, Vereinbarungen von erheblicher Tragweite für die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu treffen, und zwar weitestgehend im Eigeninteresse der G8-Länder. Daher werden die deutschen und internationalen NGOs auch darauf achten müssen, dass nicht im Windschatten der Klimadiskussion erneute Versuche unternommen werden, Projekte durchzusetzen, die im Rahmen der WTO am Widerstand von gesellschaftlicher Opposition und Entwicklungsländern gescheitert sind wie z.B. Investitionsabkommen, die einseitig die Rechte von Investoren ausweiten, aber nicht ihre Pflichten.

Zu dieser breiten Aufmerksamkeit werden sicherlich auch die in Heiligendamm geplanten Aktivitäten vom Alternativgipfel bis zur Demonstration beitragen, ebenso wie der vier Wochen vorher stattfindende McPlanet-Kongress in Berlin. Wem es dann besser gelingt, seine Themen und Sichtweisen in die Öffentlichkeit zu tragen, ist durchaus offen. Für die Umwelt- und Entwicklungs-NGOs ist es jedenfalls eine Chance, die wir nutzen sollten, Druck zu machen für unsere gemeinsamen Forderungen.

Eine interessante Lektüre wünscht

Jürgen Maier



Wachstum und Verantwortung

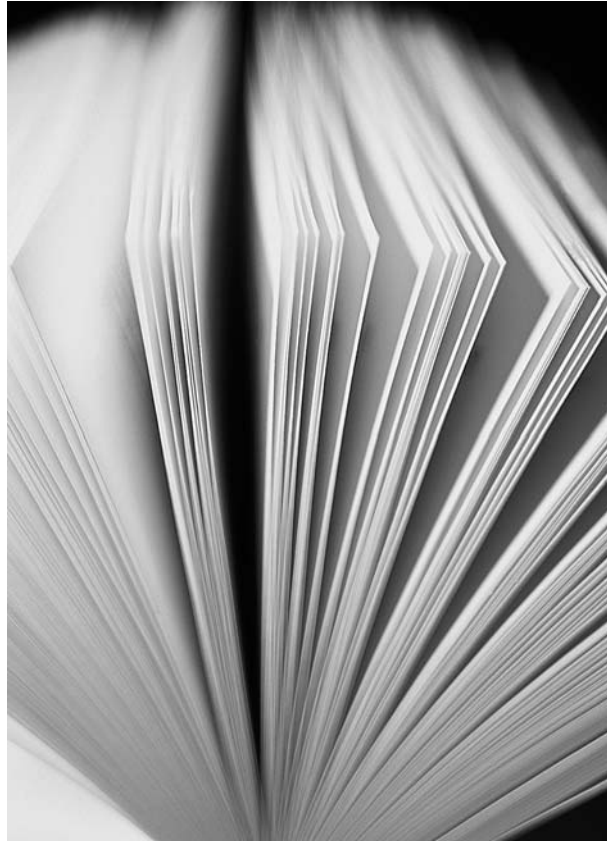
Die widersprüchliche deutsche G8-Agenda

Wachstum und Verantwortung heißt die Überschrift des Kabinettsbeschlusses über die Schwerpunkte der deutschen G8-Präsidentschaft. Wachstum und Verantwortung waren sicherlich von den Autoren nicht als Gegensätze gedacht, als sie diese Überschrift verfassten. Aber durch die ganze G8-Agenda zieht sich ein Grundwiderspruch zwischen der althergebrachten Wirtschaftswachstums-Politik und der gleichzeitigen Erkenntnis, dass die Welt heutzutage vor einer Menge Probleme steht, die damit nicht gelöst werden können, sondern im Gegenteil sogar noch verschärft werden.

Das traditionelle europäische, nordamerikanische und japanische Modell industrieller Entwicklung wird heute erfolgreich von den großen Schwellenländern wie China oder Indien nachvollzogen. Beim UN-Gipfel für Umwelt und Entwicklung 1992 hatten die Regierungen zwar noch mehr oder weniger verklausuliert festgestellt, dass dieses Industrialisierungsmodell nicht globalisierbar ist und durch »nachhaltige Entwicklung« abgelöst werden müsste. Aber danach wurde allenthalben zur Tagesordnung übergegangen.

Die Konsequenzen sind heute unübersehbar. Der Kabinettsbeschluss stellt fest: »Die großen Schwellenländer, aber auch viele kleinere Staaten haben den industriellen Durchbruch geschafft und befinden sich auf einem steilen Wachstumspfad. Die Überwindung von Armut und die Entwicklung von Wohlstand für Millionen von Menschen sind heute in greifbare Nähe gerückt.« Unzweifelhaft richtig, auch wenn man natürlich gleich hinzufügen sollte, dass dies für viele andere Millionen nicht gilt.

Aber der Kabinettsbeschluss stellt dann auch gleich fest, dass es eine ganze Reihe Risiken für die Stabilität dieser weltweiten wirtschaftlichen Entwicklung gibt: »Die für das Wachstum der Weltwirtschaft nötigen Energierohstoffe sind so



teuer und knapp wie noch nie in der Geschichte. Ein weltweiter Wettbewerb um Rohstoffe hat eingesetzt, für den es bisher keinen ausreichenden Ordnungsrahmen gibt. Der Klimawandel wird durch die anhaltend hohen Emissionen in den Industrieländern und das rasante Wachstum insbesondere der großen Schwellenländer weiter beschleunigt – mit bedrohlichen Konsequenzen für künftige Generationen.«

Exakt so ist es. Nur vor der Konsequenz, das traditionelle Wachstumsdenken deswegen zu hinterfragen und für überholt zu erklären, davor schreckt bisher noch jede Regierung zurück. Wirtschaftswachstum kann kein Selbstzweck sein. Wirtschaftswachstum, das beispielsweise durch das Wachstum der Marktanteile der erneuerbaren Energien zustande kommt, kann nicht gleich bewertet werden wie Wirtschaftswachstum,

das durch die Ausweitung von Billigflug-Wochenendtrips nach Mallorca zustande kommt. Vermiedenes Wirtschaftswachstum durch langlebigere Produkte ist besser als stattfindendes Wirtschaftswachstum durch immer kürzere Produktzyklen von Handys oder Computern.

Nimmt man die von der deutschen G8-Präsidentschaft konstatierten Zukunftsherausforderungen ernst, wird man etwas mehr tun müssen als die von der deutschen G8-Präsidentschaft angestrebten verstärkte Zusammenarbeit zwischen Rohstoffexport und -importländern oder eine deutliche Steigerung der Energieeffizienz. Hier geht es um einen grundlegenden wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel, der aber nicht auf der Tagesordnung steht.

Klima und Energie

Es ist definitiv zu begrüßen, wenn die Bundesregierung die deutsche G8-Präsidentschaft dazu nutzen, um die »internationalen Klimaschutzverhandlungen durch den G8-Prozess mit Nachdruck zu unterstützen«. Welche enormen Widerstände gegen eine ernstzunehmende Klimaschutzpolitik zu überwinden sind, sieht man tagtäglich auch in Deutschland, und wesentliche Hauptbremsen sitzen mitten im Kabinett. Auch die angestrebte »forcierte Steigerung der Energieeffizienz auf der Erzeugungs- und Nachfrageseite sowie ein wirtschaftlich effizienter Ausbau der erneuerbaren Energien« sind klar zu unterstützen, und gerade bei letzterem hat Deutschland ja auch die weltweit beste Erfolgsstory vorzuweisen. Nur: was konkret soll denn nun eigentlich in Heiligendamm geschehen? Sicherlich wird es nicht gelingen, etwa Mr. Bush zur Unter-



zeichnung eines Gipfelkommuniqués zu bewegen, in dem er die Fortführung des Kyoto-Protokolls fordert. Also wird sich die Kanzlerin etwas anderes einfallen lassen müssen, mit dem die G8 und ihre fünf mittlerweile ständigen Gäste aus den großen Schwellenländern etwas für den Klimaschutz und eine globale Energiewende tun können. Wir lassen uns auch gerne überraschen, aber bisher besteht die deutsche G8-Agenda bei Klima und Energie lediglich aus eher nebulösen Absichtserklärungen.

Geistige Eigentumsrechte

Durchaus konkreter ist die wirtschaftspolitische Agenda. An die Doha-Runde der WTO glaubt mittlerweile kaum noch jemand, und so kommen bestimmte Interessen der deutschen (und europäischen) Industrie nun auf die G8-Agenda. Allen voran die geistigen Eigentumsrechte. »Unsere besondere Aufmerksamkeit wird der verbesserten Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums gewidmet sein.« In den letzten Jahren wurden die Patent- und geistigen Eigentumsrechte zielstrebig immer weiter gefasst, etwa durch das WTO-TRIPS-Abkommen, begleitet von heftiger Kritik von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen. Wenn durch überzogenen Patentschutz lebensnotwendige Medikamente für Arme in Entwicklungsländern nicht erschwinglich sind oder Lebensformen bis hin zu ganzen Gen-Linien patentiert werden, dann muss in diesen Bereichen das Patentrecht umfassend reformiert werden. Wenn durch eine immer weiter gefasste Auslegung von Urheberrechtsschutz die Monopolisierung von Wissen immer weiter zunimmt, muss politisch eingeschritten werden und ein vernünftiger Ausgleich zwischen den Interessen der Erfinder, Entwickler und Urheber an einem Schutz ihrer Investitionen, Innovationen und Produkte und dem öffentlichen Interesse, das heißt dem berechtigten Interesse an einer breiten Nutzung solcher – oft lebenswichtiger – Erfindungen und Errungenschaften (wieder) hergestellt werden. Davon ist in der deutschen G8-Agenda leider nichts zu finden.

Investitionen

Ein ausführliches Kapitel ist den Investitionen gewidmet – wir erinnern uns: Ende der 90er Jahre scheiterte das Multilatera-

le Abkommen über Investitionen (MAI), 2003 scheiterte der Versuch u.a. der EU-Länder, in der WTO zu einem Investitionsabkommen zu kommen. Die Bundesregierung sorgt sich über Regelungen in Schwellenländern, mit denen einheimische Investoren begünstigt werden oder um die Verbesserung der guten Regierungsführung in Entwicklungsländern. Aber warum sind denn die bisherigen Versuche für multilateralen Abkommen über Investitionen gescheitert? Doch vorwiegend daran, dass den Interessen der Investoren zuviel Raum und sozialen und ökologischen Verpflichtungen zuwenig Raum gegeben wurde. Dazu fällt der Regierungsagenda nur ein Verweis auf die Stärkung freiwilliger Mindeststandards im Rahmen der Corporate Social Responsibility ein. Solange solche Investoren-Vpflichtungen nur freiwilliger Natur sein sollen, braucht man sich aber über den gesellschaftlichen Widerstand gegen weitere Stärkungen der Investorenrechte nicht zu wundern. Aber genau diese Einseitigkeit steht nach wie vor auf der außenwirtschaftspolitischen Agenda der EU-Kommission wie auch der USA. Aus umwelt- und entwicklungspolitischer Sicht darf es so nicht weitergehen. Wir brauchen dringend eine Umkehr zu einer Investitionspolitik für zukunftsfähige Entwicklung.

Verbesserung des Investitionsklimas in Afrika

Nach dem Afrika-Aktionsplan von Kananaskis/Kanada aus dem Jahr 2002 und dem Afrika-Schwerpunkt in Gleneagles 2005 wird Afrika auch in diesem Jahr wieder auf der Tagesordnung eines G8-Gipfeltreffens stehen. Doch im Wesentlichen wird man über Afrika reden statt mit Afrika. Die Kanzlerin möchte lediglich die 5 ständigen Gastländer, darunter Südafrika, in Heiligendamm einladen. Für weitere afrikanische Regierungen soll es am 22./23.Mai ein spezielles Afrikaforum in Berlin geben. Schwerpunkt der deutschen Regierungsagenda ist die Verbesserung des Investitionsklimas in Afrika. Dass in vielen Regionen Afrikas kein normaler Investor auftaucht, ist sicher ein wichtiges Problem. Allerdings kann man auch erwarten, dass sich die G8, wenn sie sich über Afrika unterhalten, in erster Linie Dinge vornehmen, die sie selber zu tun hätten und nicht die Afrikaner. Dass öffentliche Mittel allein Afrika nicht ent-

wickeln können, ist zwar ein richtiger Hinweis im Kabinettsbeschluss, dennoch sucht man vergebens nach einem Ansatz, was die G8 denn tun können. Also beispielsweise die Umsetzung bereits gegebener Zusagen oder eine die Interessen afrikanischer Länder besser berücksichtigende Handelspolitik. Auch das nützt schließlich dem afrikanischen Privatsektor. Aber wirtschaftliches Wachstum allein ist nicht ausreichend als Motor für die Armutsbekämpfung. Ungleiche Verteilungsstrukturen verhindern positive Effekte von Wirtschaftswachstum bei einem erheblichen Teil der Bevölkerung. Dafür müssten zunächst die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte stärker verwirklicht werden. Der Schwerpunkt der Afrika-Politik sollte daher auf verteilungsgerechtem Wachstum liegen, im entwicklungspolitischen Fachjargon Pro-Poor-Growth genannt, mit besonderem Schwerpunkt auf ländlicher Entwicklung.

Leerstelle Biodiversität

Aus NRO-Sicht hat die G8-Agenda aber auch eine gravierende inhaltliche Leerstelle. Sicher kann eine G8-Präsidentschaft nicht alles gleichzeitig anpacken. Aber dass gerade die Bundesregierung die Biodiversität dabei so nebensächlich behandelt, ist schon ziemlich sträflich: 2008 ist sie nämlich Gastgeberin der nächsten Vertragsstaatenkonferenz der Biodiversitätskonvention. Diese Konferenz dürfte nach Auffassung von Verhandlungs-Insidern ausschlaggebend für die weitere Zukunft dieser Konvention sein, die seit langem unter ungeklärten Nord-Süd-Konflikten leidet. Angesichts der elementaren Bedrohung zentraler Ökosysteme der Erde wie etwa der Wälder oder Meere ist diese Vernachlässigung der Biodiversität ein schweres Versäumnis der Gipfelagenda, über die die nebensächliche Erwähnung in einigen Sätzen nicht hinwegtrösten kann.

Der Forderungskatalog deutscher und internationaler NGOs zum G8-Gipfel kann unter www.forumue.de heruntergeladen werden. Er wurde am 15.3. den G8-Umweltministern und am 30.3. den G8-Entwicklungsministern übergeben.

Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung.



Gemeine Diebe oder Vorreiter für die technologische Aufholjagd?

Produktpiraten, Patentschutz und Entwicklungspolitik

Produktpiraterie ist von Übel. Das meint jedenfalls Angela Merkel, wenn sie von den Problemen der deutschen Wirtschaft im globalen Wettbewerb spricht. Diplomatisch korrekt sagt sie natürlich auch, dass sie keinen spezifischen Übeltäter im Blick habe. Dabei ist offensichtlich, wen sie in erster Linie meint: Die Chinesen sind schuld.

Die Bundesregierung will nun stärker gegen das Übel vorgehen. Deutschland hat im Rahmen seiner G8-Präsidentschaft eine entsprechende Initiative angekündigt. Im Original liest sich das so: „Innovationen sind die zentrale Grundlage für den Wohlstand in wissensbasierten Gesellschaften. Dies umfasst insbesondere die Frage des Schutzes von Innovationen in den internationalen Handels- und Investitionsbeziehungen. Wir sehen vor allem Handlungsbedarf bei der Verbesserung des internationalen Regimes zur Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums im Kampf gegen Produkt- und Markenpiraterie.“¹ Und weiter heißt es in dem – vertraulichen – Beschluss des Bundeskabinetts vom Oktober letzten Jahres: „Für Deutschland und unsere G8-Partner sind wissenschaftliche Leistungsfähigkeit, Forschungsexzellenz, Innovationen und Innovationsförderung der Schlüssel zur Bewältigung von Zukunftsherausforderungen. Die Innovationsfähigkeit wissensbasierter Gesellschaften wird jedoch zunehmend durch die Verletzung von Rechten des geistigen Eigentums in Frage gestellt.“²

Diese Programmatik folgt einer Analyse der Bundesregierung (und der deutschen und europäischen Industrie), wonach im globalen Wettbewerb um Standorte und Marktanteile Industrieländer wie Deutschland beim Faktor Arbeit gegen Nied-



riglohnländer chancenlos sind. Der ökonomische Vorteil der alten Industrieländer liegt in ihrer Innovationsfähigkeit. Wenn allerdings diese innovativen Produkte in die Hände von Piraten fallen, so dass billige Kopien statt deutscher Originale die Weltmärkte erobern, wird gefolgert, dass die deutschen Innovationen nicht ausreichend geschützt werden. Ergo: was her muss, ist ein stärkerer Schutz von Rechten an geistigem Eigentum, der global effektiv durchgesetzt wird.

Rückblick

So ändern sich die Zeiten. Vor ca. 150 Jahren war Deutschland noch in einer anderen Position. Von deutscher Qualitätsarbeit konnte keine Rede sein, international galten deutsche Produkte als zweit-

klassig. Die deutschen Industriellen waren die Produktpiraten, sie kopierten fleißig die sehr viel höherwertigen Produkte des Vereinigten Königreiches. Minderwertige Messer und Scheren aus Solingen wurden kurzerhand mit dem Etikett englischer Qualitätswaren aus Sheffield geadelt. Die Briten wehrten sich erst spät, 1887 führten sie einen Herkunftsnachweis ein. Allerdings hatten die Deutschen aus dem fortgesetzten Kopieren, Nachahmen und Fälschen inzwischen ihre Lehren gezogen: „Made in Germany“ entwickelte sich fortan zu einer Art Markenzeichen für deutsche Wertarbeit.

Bereits einige Jahre vorher, 1877, hatte Deutschland auf Druck der Großindustrie ein nationales Patentrecht eingeführt, dessen Ausgestaltung wesentlich mit dem Namen Werner von Siemens verbunden ist. Von Siemens war die Leitfigur einer zunehmend größer werdenden Gruppe von Industriellen, die, statt einfach zu kopieren, nun über eigene Erfindungen verfügte, an deren Schutz sie interessiert war. Diese Gruppe hatte sich im Übrigen gegen den heftigen Widerstand der Freihandelsbefürworter durchgesetzt, die in Patenten nichts anderes als ein Handelshemmnis entdecken konnten.

Globalisierter Patentschutz

Gut einhundert Jahre später ist der Patentschutz globalisiert – just unter dem Dach der Welthandelsorganisation (WTO), eines der wesentlichen Instrumente für die Liberalisierung des weltweiten Handels. Inwiefern das TRIPS-Abkommen³ zu handelsbezogenen Aspekten von Rechten an geistigem Ei-



gentum überhaupt einen Handelsbezug aufweist, ist strittig.⁴ Das stört die Protagonisten eines globalen Schutzes von Patenten, Marken, Copyrights und anderen Rechten wenig. Sie wollen die Durchsetzungsfähigkeit der WTO nutzen, um bei allen 150 WTO-Mitgliedern die im TRIPS-Abkommen enthaltenen Mindeststandards für den Schutz geistiger Eigentumsrechte zu implementieren, die das TRIPS-Abkommen vorschreibt: nationale Patentgesetze, die Einführung von Verwaltungsverfahren und Klagewegen, Zollkontrollen, etc. Gleichzeitig versuchen die Industrieländer über bilaterale und regionale Handelsabkommen die Standards weiter zu erhöhen.

Genau diesen Prozess will Angela Merkel mit ihrer G8-Initiative noch weiter forcieren. Das gleiche Ziel findet sich auch in der neuen Außenhandelsstrategie der EU wieder, die die Kommission im Oktober 2006 vorgelegt hat.⁵ In der öffentlichen Debatte in Deutschland hört man kaum einen kritischen Ton zu dieser Position. Kein Wunder, scheint es doch darum zu gehen, einigen wirklichen Bösewichtern aus fernen Ländern das Handwerk zu legen. Unerwähnt bleibt dabei, dass durch Rechte an geistigem Eigentum, insbesondere Patente, auch die Entwicklungschancen von armen Ländern und Schwellenländern wie Indien, China, Brasilien und Südafrika beschnitten werden. Wie zentral Lernen durch Nachahmen ist, könnte ein Blick in die eigene Geschichte lehren.

Doppelte Standards

Nicht nur in dieser Hinsicht wird das Verhalten der Bundesregierung, der EU und der G8-Staaten von doppelten Standards diktiert. Während man hier mit dem bösen Wort der Produktpiraterie Stimmung und damit auch Politik macht, kommt der Begriff der Biopiraterie in der G8-Agenda gar nicht vor. Dabei bedienen sich die Konzerne des Nordens ungeniert an den genetischen Ressourcen und dem traditionellen Wissen des Südens - unterstützt durch das globale Patentrecht und im Konflikt mit der Konvention der biologischen Vielfalt der Vereinten Nationen.

So aber sind die Rollen zwischen gut und böse klar verteilt. Wie ehemals, bleiben Entwicklungsländer die Verlierer. Auf die Opfer von Biopiraterie kommen nach Schätzungen von Weltbankökonom

durch die Umsetzung des TRIPS-Abkommens Mehrzahlungen für Lizenzgebühren in Höhe von 60 Mrd. US-\$ jährlich zu. Andere Weltbankzahlen stützen diesen Befund. Demnach bringt das TRIPS-Abkommen den sechs größten Industrieländern jährliche Mehreinnahmen aus Lizenzgebühren in Höhe von 41 Mrd. US-\$, allen voran den USA mit 19 Mrd. US-\$, gefolgt von Deutschland mit 6,8 Mrd. \$, Japan mit 5,7 Mrd. \$, Frankreich mit 3,3 Mrd. \$, Großbritannien mit 3 Mrd. \$ und der Schweiz mit 2 Mrd. \$. Unter den Entwicklungsländern, die besonders starke Einbußen durch die höheren Lizenzzahlungen erleiden werden, sind demnach insbesondere Schwellenländer, nämlich Südkorea (15,3 Mrd. \$), China (5,1 Mrd. \$), Mexiko (2,6 Mrd. \$), Indien (903 Mio. \$) und Brasilien (530 Mio. \$).⁶

Zum Vergleich: die Mittel der Industriestaaten für öffentliche Entwicklungshilfe beliefen sich 2005 auf 106,8 Mrd. US-\$.⁷ Davon könnte also die Hälfte allein durch Lizenzen für Rechte an geistigem Eigentum wieder zurück in Kassen des Nordens fließen. Für den Rest gibt es Kreditrückzahlungen, ungerechte Handelsbeziehungen, etc.

Das beschreibt die Kosten für Entwicklungsländer allerdings noch unvollständig, sie könnten leicht das Doppelte betragen.⁸ Der Grund: die höheren Preise, die Unternehmen aufgrund ihres durch geistige Eigentumsrechte begründeten Monopols verlangen können. Die bekanntesten Beispiele hierfür sind Saatgut und Medikamente. Rechte an geistigem Eigentum auf Saatgut (wie UPOV 1991) stellen die kostenlose Wiederausstattung unter Strafe; unter dem Schlagwort Nachbaugebühren wird der Bauer erneut zur Kasse gebeten. Patentierte Medikamente, etwa zur Behandlung gegen AIDS, sind wesentlich teurer als Nachahmerprodukte, so genannte Generika. Die Folge: viele, gerade arme Menschen in Entwicklungsländern können sich eine AIDS-Therapie nicht leisten.

Gut und böse?

Die Fragen von Gerechtigkeit stellen sich in der Debatte um geistige Eigentumsrechte mithin etwas anders, als Angela Merkel, die Bundesregierung und die EU-Kommission gerne suggerieren. Offenbar ist es nicht einfach so, dass wir die Guten und die anderen die Bösen

sind. Denn bei der Debatte um Rechte an geistigem Eigentum geht es um ein wichtiges Instrument für die Entwicklungschancen der Länder des Südens. Ein Blick in die eigene Geschichte ist geeignet, die scheinbar moralisch höher stehende Position der Erfinder und Innovationsträger gegenüber den Kopisten und Dieben nachhaltig zu erschüttern. Und mit der einen Hand Mittel für Entwicklungshilfe bereit zu stellen, die dann mit der anderen Hand wieder entzogen werden, ist kein Beitrag zu Entwicklung und globaler Gerechtigkeit, sondern schlichte Irreführung des Publikums.

Dabei ist eine Reform des Patentschutzes dringend notwendig. Aber in die andere Richtung. Nicht allein die Interessen der Schutzrechteinhaber dürfen eine Rolle spielen, sie müssen abgewogen werden gegen die ökonomischen Entwicklungsinteressen des Südens und gegen die Rechte der Nutzer von geschützten Gütern. Der Zugang zu bezahlbaren und lebensnotwendigen Medikamenten etwa dürfte eigentlich nicht am globalen Patentrecht scheitern. Dass dies in der Praxis geschieht, ist schlimm genug. Es gibt keinen Grund, dies noch weiter zu verschlimmern.

Michael Frein

Der Autor ist Referent für Handel und Umwelt beim EED und Mitglied im Leitungskreis des Forums Umwelt und Entwicklung.

¹ Bundesregierung: Deutsche G8-Präsidentschaft 2007. Kabinettsbeschluss. Oktober 2006

² ebd.

³ Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights
⁴ Vgl. etwa Klaus Liebig: Geistige Eigentumsrechte und Entwicklungsländer. Der globale Kampf um das Gut Wissen. In: Forum Umwelt und Entwicklung (Hg.): Rundbrief, Nr. 4/2006

⁵ EU-Kommission: Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt. Ein Beitrag zur EU-Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Brüssel 2006 (http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/october/tradoc_130468.pdf) Brüssel 2006. Kritisch dazu Michael Frein, Peter Fuchs: Die neuen Ziele der EU-Handelspolitik. Mehr Einfluss für Konzerne, mehr Bilateralismus - und weniger Demokratie. In: Forum Umwelt und Entwicklung (Hg.): Rundbrief, Nr. 4/2006

⁶ Martin Khor: Geistiges Eigentum, Wettbewerb und Entwicklung. Hg. von Third World Network und Evangelischem Entwicklungsdienst. Bonn 2006, S. 10 (http://www.eed.de/fix/files/doc/eed_geistiges_eigentum_06_deu.2.pdf)

⁷ Nach Angaben des BMZ. Vgl. http://www.bmz.de/de/zahlen/imDetail/Geber_im_Vergleich_2005

⁸ Vgl. Martin Khor, a.a.O.



Alte Baustellen und neue Löcher im Finanzsystem

Die Schuldenkrise des Südens im Jahr 2007

Als die G8 sich zum letzten Mal in Deutschland trafen, wurde mit großem Pomp die „Kölner Schuldeninitiative“ aus der Taufe gehoben, und mit ihr die endgültige Lösung der Schuldenkrise. Sechs Jahre später – im schottischen Gleneagles gab es mit der Multilateral Debt Relief Initiative (MDRI) die nächste und vorläufig letzte endgültige Lösung.

Es wurden in beiden Fällen komplizierte und mit vielen Bedingungen verknüpfte Verfahren geschaffen, nach denen ein kleiner Kreis von Ländern einen recht weitgehenden Erlass eines Teils seiner Forderungen erhalten konnte.

Global gesehen, sind die Effekte allerdings fast zu vernachlässigen: Alle Schulden des Südens sind seit einigen Jahren bei insgesamt rund 2500 Mrd. US-\$ stabil. Seit 1999 sind durch die beiden Initiativen von Köln und Gleneagles 29 Staaten wesentlich von ihren Schulden bei ihren öffentlichen Gläubigern entlastet worden. Wenn alle vorgesehenen Entschuldungen umgesetzt sind, wird es Reduzierungen im Nominalwert zwischen 50 und 80 Mrd. US-\$ gegeben haben.

Darüber hinaus gab es einige spektakuläre Fälle von Entlastungen großer Schuldnerländer im „Pariser Club der Gläubigerregierungen“ um jeweils zweistellige Milliardenbeträge. Die bekanntesten sind der Irak und Nigeria – beide eher von strategischen Erwägungen als von ökonomischer Rationalität geleitet.

Für die unter HIPC/MDRI¹ entlasteten Länder waren die Entschuldungen durchaus wirksam: sie weisen heute zumeist Schuldenindikatoren unter dem Entwicklungsländerdurchschnitt auf und es wurden zum Teil spektakuläre Entwicklungserfolge erzielt, wie z.B. die Abschaffung von Schulgebühren und die daraus resultierende 100% Einschulungsquote in Tansania.

Schuldenerlass wirkt – aber er wirkt nicht für alle!

Die multilateralen Initiativen sind von den G8 weiterhin auf einen begrenzten Kreis von zumeist kleinen Ländern beschränkt worden. Andere wie Ecuador, die Philippinen, der Libanon oder Kenia blieben trotz dramatischer Schuldenindikatoren außen vor. Deren Entschuldung war den Gläubigern einfach zu teuer.

In den überhaupt einbezogenen Ländern fürchten Weltbank und IWF heute zu Recht eine neue Runde der Überschuldung. Sie sind mit ihren günstigen Indikatoren jetzt für private wie öffentliche Kreditgeber wieder interessante Anlagensphären geworden. Besonders die Rolle Chinas als Geldgeber löste eine verbissene Debatte über so genannte „Trittbrettfahrer“ (Free Rider) aus, also Gläubiger, die zu erneut untragbaren Konditionen armen Ländern Kredite zur Verfügung stellen, ohne diese mit den verhassten wirtschaftspolitischen Auflagen von IWF & Co zu versehen. Dabei geht es aber durchaus nicht nur um China. Private westliche Geldgeber sind mit von der Partie, Altgläubiger versuchen aus den wieder solventen Ländern eigentlich längst

uneinbringliche Altschulden per Gerichtsvollzieher einzutreiben, und manche respektable Exportkreditversicherung (ECA), wittert neue Chancen für öffentlich abgesicherte Exporte in die ärmsten Länder der Welt.

Die G8 und in ihrem Auftrag die Weltbank stellen sich dieser Entwicklung mit einem bürokratischen Monstrum namens „Debt Sustainability Framework“ entgegen. Das ist ein ausgeklügeltes Rechenwerk, mit dem die Bank vorgeben will, welches HIPC-Land in welchem Umfang und zu welchen Konditionen Kredite aufnehmen darf. Wer sich als Schuldner nicht dran hält, wird mit der Reduzierung günstiger Weltbank-Kredite bestraft. Wer sich als Gläubiger nicht dran hält, mit bösem Stirnrunzeln aus Washington.

Hier rächt sich, dass 2003 die Debatte um ein Internationales Insolvenzverfahren abgebrochen wurde, weil die USA das Interesse daran verloren hatten. Zwar hatte Rot-Grün seinerzeit das Ziel einer Verfahrensreform im Koalitionsvertrag von 2002 festgeschrieben, aber als der Große Bruder nicht mehr wollte, kam aus Berlin nicht mehr als ein Achselzucken. Das heute viel breitere Spektrum von Gläubigerinteressen hat das Erreichen tragbarer und für Gläubiger wie Schuldner akzeptabler Lösungen noch schwieriger gemacht.

Auf diesem Hintergrund berührt die laufende Kampagne von erlassjahr.de zusammen mit den regionalen Entschuldungsnetzwerken EURO DAD, AFRO DAD und LATINDAD gestartete Kampagne „Illegitime Schulden: streichen“ nicht nur unappetitliche Finanzierungen für vergangene Diktatoren, sondern auch die Frage, wie man heutige Geschäftemacher eigentlich davon abhalten will, den in den siebziger Jahren begonnenen Überschuldungszyklus erneut anzustoßen. Ohne eine Art von rechtsstaatlicher Regelung wie das von den NROs propagierte Faire und transparente Schiedsverfahren (FTAP) wird das nicht zu bewerkstelligen sein.

Jürgen Kaiser



Der Autor ist Politischer Koordinator bei erlassjahr.de.

¹ MDRI („multilateral debt relief initiative“) erweitert und ergänzt die 1996 und 1999 beschlossene HIPC-Initiative („heavily indebted poor countries“) für hoch verschuldete arme Länder.



Nullrunde für Armutsbekämpfung

Eine Bilanz des G7-Finanzministertreffens in Essen

Anfang Februar haben die G7-Finanzminister in Essen getagt um den G8-Gipfel vorzubereiten. Aus dem Blickwinkel der Entwicklung und Armutsbekämpfung war das ein denkbar schlechter Auftakt. Eine konkrete Planung für die Reduzierung der Armut in den Entwicklungsländern ist in der Abschlusserklärung der Finanzminister nicht erkennbar, das Risiko von Finanzkrisen wurde nicht verringert. Zur anstehenden Reform der globalen Regierungsführung wurde kein positiver Beitrag geleistet.

Was nicht gut anfängt, ist nur schwer zu verbessern: Bemisst man die Bedeutung von Entwicklungsländern und des Themas Armutsbekämpfung beim diesjährigen G8-Gipfel nach der Abschlusserklärung des G7-Finanzministertreffens in Essen, dann sind beide schlicht abgehängt. Bestenfalls wird über AIDS und Bildung in Entwicklungsländern gesprochen. Das geschieht allerdings nicht im Zusammenhang mit einer Planung für die Bereitstellung von Mittel in einer Höhe, die den G7-Finanzministern eine Erwähnung in ihrer Abschlusserklärung wert wäre. Aus der Sicht entwicklungspolitisch Engagierter in Deutschland hat diese G8-Präsidentschaft für die Armen in der Welt schlecht angefangen.

Die G7-Finanzminister planen nichts Konkretes für die Reduzierung der Armut

Das Wort „Armutsreduzierung“ ist in der gemeinsamen Erklärung enthalten. Die Finanzminister schreiben in ihrer Schlusserklärung des Treffens, dass sie „fest daran glauben“, alle Beteiligten würden ihre Verantwortung wahrnehmen und die Doha-Verhandlungen der Welthandelsrunde wieder aufnehmen. Wenn es mehr Welthandel gibt, werden die Volkswirtschaften wachsen und dann erhalten

auch die Armen ihren Teil vom größer werdenden Kuchen.

An dieser Stelle muss man fragen dürfen – etwas salopp formuliert – ticken diese Finanzminister noch richtig? Erstens haben Europa und die USA die Welthandelsrunde zum Stillstand gebracht, weil sie den ärmeren Ländern die weitere Öffnung ihrer Märkte versagt haben. Und zweitens sagt selbst die Weltbank heute, dass die Reduzierung der Armut eine aktive Umverteilung braucht. 700 Dollar-milliardäre weltweit sind genug.

Die Bundesregierung will sich bei ihrer G8-Präsidentschaft in besonderer

waltung in Afrika“ kaum zusätzliche Kosten entstehen.

Normalerweise werden bei G8-Gipfeln Berichte über den Stand der Umsetzung früherer Beschlüsse vorgelegt. Das wäre gerade für diejenigen vom G8-Gipfel im schottischen Gleneagles 2005 notwendig. Dort wurde u.a. zugesagt, für Afrika 40 Mrd. US-Dollar Entwicklungshilfe bis 2010 zusätzlich bereit zu stellen, außerdem wurde den ärmsten und schwer verschuldeten Entwicklungsländern der Erlass aller multilateralen Schulden versprochen und diese Entschuldung sollte nicht von der Entwicklungshilfe abgezogen werden. Aber keines der G8-Länder, schon gar nicht Deutschland braucht in Heiligendam einen Gesichtverlust fürchten. Der Status Quo wird nicht erhoben, kein weiteres Mitgliedsland, leider auch nicht Deutschland, kündigte etwa an, sich der Initiative für eine Flugticketabgabe anzuschließen, die u.a. Frankreich und England mittragen. Fehlanzeige auch für Handelserleichterungen für Entwicklungsländer, etwa im nicht-landwirtschaftlichen Bereich.

Das Risiko von Finanzkrisen wurde nicht verringert

Gerade auch die Entwicklungsländer sind an der Stabilität des Weltfinanzsystems

höchst interessiert. Brauchen sie Kredit, über den ihre eigenen Volkswirtschaften nicht verfügen, müssen sie sich im Ausland in Hartwährung verschulden. Bei Währungskrisen erhöht sich dadurch die Menge an heimischer Währung, die Entwicklungsländer für Schuldendienste aufwenden müssen. Bei der Asienkrise 1998 verlor die indonesische Rupia 140% ihrer Kaufkraft, 13 Mio. Menschen wurden arbeitslos. Arme verschuldete Länder (laut IWF sind unter seinen ca. 190 Mitgliedsländern 125 Nettoschuldnerländer) sind daher in höchstem Maße an Finanzstabilität interessiert.

So ist es zu begrüßen, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel sich während



Weise um Afrika verdient machen. Man bietet den Afrikanern zu diesem Zweck eine „Reformpartnerschaft“ für bessere Regierungsführung an. Da trifft es sich gut, dass dieses wichtige Programm bereits in den meisten Länderplannungen von BMZ bis Weltbank enthalten ist. Es wird also kaum etwas zusätzlich kosten. Auch hat das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen die Steuerbehörden und Sektorministerien der Entwicklungsländer bereits vor Jahren in ein Finanzverwaltungsprogramm mit einbezogen. So werden wohl auch für das geplante G8-Programm „gute Finanzver-



ihrer G8-Präsidentschaft ganz besonders um die Stabilität des Weltfinanzsystems kümmern will. Diese ist in der Tat in Gefahr. Es gibt verschiedene Horrorszenarien.

Gefahren für das System gehen von Devisenreserven von über 3400 Mrd. US Dollar aus, die Schwellenländer mit großen Handelsüberschüssen wie China, Mexiko oder Ölförderländer wie die Arabischen Staaten angesammelt haben. Große Teile dieser Überschüsse haben die USA zur Finanzierung ihrer Handelsbilanzdefizite absorbiert und dafür Schuldbriefe ihres Schatzamtes ausgestellt. Die gegenwärtige Schwäche des Dollars zeigt an, wie die Welt den gegenwärtigen Wert des US Dollars einschätzt. Käme jetzt noch ein Konjunkturerinbruch in den USA dazu und wollten dann Inhaber der US-Schatzbriefe lieber in anderen Währungen anlegen, könnte der Herdentrieb der Anleger für einen drastischen Wertverlust des Dollars mit allen damit verbundenen Folgen für die Weltwirtschaft sorgen.

Risiken gehen auch von den Hedge-Fonds aus. Hedge-Fonds Manager wetten mit wenig Eigenkapital und viel geborgtem Geld auf hohe oder niedrige Preise von Gütern oder Aktien zu einem bestimmten Zeitpunkt. Heute gibt es über 9000 Hedge-Fonds, die mit ihrem eingesammelten Kapital von 1400 Mrd. US \$ sich in Geschäften in astronomischen Höhen engagiert haben. Sollten aber mehrere sehr große Wetten von den Hedge-Fonds verloren werden, die sie mit geliehenem Geld eingegangen waren, könnten sie beteiligte Banken in ihre Zahlungsunfähigkeit mit hinein ziehen und so eine Lawine der Insolvenz auslösen.

Schon Tage vor dem Treffen der G7-Finanzminister spekulierten die Finanzgazetten, ob die Finanzminister sich trauen würden, den Hedge-Fonds Zügel anzulegen. Das würde aber bedeuten, den Steuerparadiesen Privilegien zu entziehen, wo die überwiegende Zahl der Hedge-Fonds registriert sind. Aber das wollen die 700 Milliardäre nicht. Daher ziehen die Finanzminister es vor, die Situation „weiter zu beobachten“. Sie sind auf ganzer Linie vor den Hedge-Fonds eingeknickt, sie haben ihre Verantwortung für die Sicherheit des internationalen Finanzsystems den Interessen der Milliardäre untergeordnet.

Vorschläge zur effektiven Krisenprävention bisher nicht aufgegriffen

An dieser Stelle sei noch einmal daran erinnert, dass ja in den letzten Jahren eine Reihe sinnvoller Vorschläge zur Prävention von Wirtschaftskrisen und Währungskrisen in die internationale Debatte eingebracht wurden, darunter ein Insolvenzrecht für Staaten, die Tobin, bzw. die Spahn-Tax, eine Internationale Steuerorganisation und die Regulierung der Steuerparadiese. Von den Contingent Credit Lines des IWF ist keine krisenverhindernde Wirkung zu erwarten.

Stattdessen hoffen die G7 Finanzminister auf die Risiko reduzierende Wirkung der Entwicklung von Anleihenmärkten in Schwellenländern. Wenn Einkommensreserven im Land bleiben, statt auf den Kaimaninseln in Dollars angelegt zu werden, kann das in der Tat der Entwicklung der nationalen Wirtschaft nur nützen und den Devisenüberhang auf den Finanzmärkten langfristig reduzieren. Als Initiative zur Reduzierung der gegenwärtigen Risiken für die Stabilität des globalen Finanzsystems erscheint eine positive Stellungnahme zur Entwicklung nationaler Anleihenmärkte aber völlig inadäquat.

Keinen positiven Beitrag zur anstehenden Reform der globalen Regierungsführung geleistet

Die Finanzminister halten fest an einer IWF-Satzung, die den Mitgliedern Sitz und Stimme entsprechend ihrem wirtschaftlichen Gewicht und ihrer Rolle in der Weltwirtschaft erteilt. Alles dreht sich um die Reform der Quotenformel. Die Reform soll auch berücksichtigen, dass die Niedrigeinkommensländer danach nicht noch weniger Stimmen und Sitze auf sich vereinigen, als es bereits jetzt der Fall ist.

Diese Diskussion um eine neue Quotenformel kann aber nicht zu einer einvernehmlichen Lösung führen. Da sie ein Nullsummen-Spiel sein muss, werden dabei einige Mitglieder bluten müssen. Das ist ein sehr konfliktiver Prozess und stark mit nationalen Prestigefragen verbunden. Die vergleichsweise überrepräsentierten Belgier, Schweizer oder Holländer werden sich nicht ohne großen Streit zurückziehen. Die EU-Länder haben keineswegs die Absicht sich auf eine EU- oder gar eine Eurolandvertretung mit nur einem Exe-

kutivdirektor im IWF reduzieren zu lassen. Nach einem zivilgesellschaftlichen Vorschlag soll beim IWF doppelt abgestimmt werden, einmal nach der Quotenformel und einmal nach dem Prinzip „ein Land – eine Stimme“. Dieses Verfahren findet sich ja auch in vielen nationalen Wahlverfahren, in den USA bei Repräsentantenhaus und Senat, in Deutschland bei Parlament und Bundesrat, der europäische Rat wendet das Prinzip seit Nizza an. Diese Lösung wird den unterrepräsentierten Entwicklungsländern Anreize geben Mehrheitsfraktionen zu bilden und so Entscheidungen zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Weckruf für Zivilgesellschaft

Bundeskanzlerin Merkel hat beim Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar d. J. die Öffnung des informellen Clubs der G8 für weitere Mitglieder abgelehnt. Die Gruppe der 7 stärksten Wirtschaftsnationen und Russland mauert. Man will unter sich bleiben, die eigenen Investitionen in der Welt erweitern und absichern. Armutsbekämpfung und Entwicklung stehen dabei nicht im Vordergrund. Dennoch vertrauen nicht wenige darauf, dass die Bundeskanzlerin doch noch für die Armutsbekämpfung eintritt. Möglicherweise muss sie von den zivilgesellschaftlichen Akteuren auf ihre Betonung der Bedeutung der Armutsbekämpfung beim G8 Gipfel in St. Petersburg hingewiesen werden. Die Analyse des ersten Treffens der Finanzminister zeigt aber ganz deutlich, dass diese über den berühmten „Trickle Down“ Ansatz zur Armutsbekämpfung immer noch nicht wesentlich hinausdenken.

Angesichts dieser Situation müssen die zivilgesellschaftlichen Organisationen insbesondere hier in Deutschland den Druck auf die G8 erheblich erhöhen. Wenige aber spezifische Forderungen sollten mit allen Mitteln in der Politik und der Öffentlichkeit vertreten werden. Andernfalls steht zu befürchten, dass dieser G8-Gipfel keinen spezifischen Beitrag zur Armutsbekämpfung und Entwicklung leisten wird.

Peter Lanzet

Der Autor ist Experte für Entwicklungsfinanzierung beim Evangelischen Entwicklungsdienst.



Die G8 und Afrika

Aufbruch zu einer „Reformpartnerschaft“?!

Nach dem Afrika-Aktionsplan von Kananaskis aus dem Jahr 2002 und dem Afrika-Schwerpunkt in Gleneagles wird Afrika auch in diesem Jahr wieder auf der Tagesordnung der G8 stehen. Die Bundesregierung möchte eine „positive Botschaft des Vertrauens in die Zukunft Afrikas“ aussenden. Sie hält die Erreichung der Millenniumsziele auf dem afrikanischen Kontinent für möglich und wirbt für „Reformpartnerschaften“ der G8 mit afrikanischen Ländern. Doch was versteht die Bundesregierung unter „Reformpartnerschaft“? Wem soll eine solche Partnerschaft dienen und welche Ziele verfolgt sie?

Auf den ersten Blick erweckt die Bundesregierung den Eindruck, die ehrgeizige Tagesordnung von Gleneagles aus dem Jahr 2005 fortführen zu wollen. Sieht man jedoch genauer hin, muss man feststellen, dass die Agenda keine Überprüfung der Versprechen von Gleneagles vorsieht und wichtige Themen wie Entwicklungsfinanzierung, Entschuldung, Gesundheitsförderung und Bildung außen vor bleiben bzw. nur kurz angerissen werden. Stattdessen setzt die Bundesregierung auf (ausländische) privatwirtschaftliche Investitionen. Dem Ziel, das Investitionsklima zu verbessern, scheint alles andere untergeordnet zu werden.

So möchte die Bundesregierung ein stabiles und sicheres Investitionsklima erreichen, indem sie zusammen mit ihren Partnern aus den G8-Staaten, die Afrikanische Union (AU) bis zum Jahr 2010 in die Lage versetzen will, selbst Verantwortung für Krisen und Konflikte zu übernehmen. Auch die Überschrift des zweiten Kapitels des Afrika-Teils der Agenda („verantwortungsvolle Regierungsführung für Wirtschaftswachstum und Investitionen“) macht deutlich, dass Reformbestrebungen in diesem Bereich eher Mittel zum Zweck eines verbesserten Investitionsklimas in Afrika sind, als ein eigenständiges Entwicklungsziel – wie die Vereinten Nationen und auch die Europäische Union es vertreten. So werden unter guter Regierungsführung Maßnahmen zur Sicherstellung von Wettbewerb und Eigentumsrech-

ten sowie zur Entwicklung eines nationalen Finanzsystems gefordert. Die Förderung zivilgesellschaftlicher Partizipation wird hingegen nicht thematisiert. Die Erwähnung von Nichtregierungsorganisationen als Partner einer „breiten Allianz“ für Reformprozesse bleibt ohne weitere Konkretisierung.

Doch begründet eine Agenda, die vor allem auf ausländische Direktinvestitionen setzt, eine wirkliche Reformpartnerschaft? Wenn sich die G8 nicht dem Vorwurf aussetzen möchte, durch die Erschließung neuer Märkte, in erster Linie ihre eigene Wirtschaft befördern zu wollen, dann sollte sie die Worthülse „Reformpartnerschaften“ näher definieren.

„Reformpartnerschaft“ mit Leben füllen

Eine „wahre“ Reformpartnerschaft zwischen den G8 und afrikanischen Ländern sollte zunächst im Dialog klären, was beiden Seiten unter „Reform“ verstehen und welche Interessen und Ziele man gemeinsam verfolgen will. Die Ankündigung, afrikanische Staats- und Regierungschefs zu einem „gesonderten Treffen“ einzuladen ist wenig zielführend. Weder wird definiert, welche Rahmenbedingungen ein solches „gesondertes Treffen“ haben wird, noch ist transparent, nach welchen Kriterien entschieden wird, welche Staats- und Regierungschefs die „Ehre haben“, nach Heiligendamm zu reisen.

Eine Reformpartnerschaft sollte sich intensiver mit innerafrikanischen Debatten, wie jenen zu den African Peer Review Mechanisms (APRM), auseinandersetzen und gemeinsam auf Augenhöhe weitere Schritte planen, einschließlich verbindlicher Ziel- und Finanzierungspläne. In diesem Dialog müssten alle relevanten Akteure anerkannt und einbezogen werden. Dazu zählen vor allem auch die gemeinnützigen und unabhängigen Entwicklungsakteure innerhalb der Zivilgesellschaft sowie das Parlament. Zwei wichtige Säulen jeder Demokratie, welche in der G8-Agenda eine stark untergeordnete Rolle spielen.

Eine Reformpartnerschaft sollte weiterhin auf gemeinsamen Werten basieren. Ein geeigneter Rahmen hierfür wären die bürgerlichen und politischen sowie die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte (WSK-Rechte), die bis heute ca. 150 Länder unterschrieben haben, die jedoch in der Agenda keine ex-

plizite Erwähnung finden. Das Engagement gegen Armut und Ausgrenzung sollte als menschenrechtliche Verpflichtung aller Staaten und Regierungen begriffen und die WSK-Rechte in den Mittelpunkt der Betrachtung der G8-Agenda gestellt werden.

Eine Reformpartnerschaft würde zudem an bereits getroffene Absprachen anknüpfen. Die in Gleneagles getroffenen Versprechen im Bereich Entwicklungsfinanzierung, Entschuldung, Bildungs- und Gesundheitsförderung sind zentral und



bedürfen einer Überprüfung, einschließlich eines konkreten Zeitplans. So sollte der Zusage, die „Education Fast Track Initiative“ finanziell zu unterstützen, dringend nachgekommen werden. Damit die 20 in dieser Initiative aufgenommenen Ländern wie geplant, ihre nachhaltigen Bildungsstrategien finanzieren können, fehlen 2007 rund 644 Millionen US\$. Die Erfüllung des Versprechens, bis zum Jahr 2010 den weltweiten Zugang zu HIV/Aids-Medikamenten sicher zu stellen, ist ebenfalls in weite Ferne gerückt. In Subsahara Afrika haben lediglich 23 Prozent der Infizierten Zugang zu lebensnotwendigen antiretroviralen Medikamenten. Die Finanzierungslücke des Glo-



balen Fonds zur Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria beträgt allein für 2007 mindestens acht Milliarden US\$.

Die Verantwortung des Nordens

Eine Reformpartnerschaft würde weiterhin nicht nur die Reform der innerafrikanischen Rahmenbedingungen einschließen, sondern auch an die Verantwortung der G8 im internationalen Kontext anknüpfen. Diese Verantwortung erstreckt sich mindestens auf vier Ebenen:



Erstens müssten die G8 ihre Verantwortung in der Gestaltung der internationalen Rahmenbedingungen anerkennen und sich für gerechtere Strukturen einsetzen, besonders hinsichtlich der Handelspolitik und der Vertretung afrikanischer Staaten in multilateralen Institutionen. Im Sinne von Global Governance sollte die Bundesregierung Afrika dabei unterstützen, durch die Reform der Welthandelsorganisation (WTO), des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank sowie des UN-Systems mehr politisches Gewicht zu bekommen. Zudem fordert das Konzept Global Governance auch die G8-Staaten auf, eigene Strukturen im Hinblick auf eine bessere und effektivere

Entwicklungszusammenarbeit zu überprüfen. In Bezug auf die Verhandlungen im Rahmen der WTO sowie des Cotonou-Abkommens über neue Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) müssen den afrikanischen Ländern Spielräume gewährt werden, ihre Handelspolitik selber zu bestimmen und die sozialen Menschenrechte umzusetzen. Afrikanische Länder dürfen nicht gezwungen werden, ihre Märkte für landwirtschaftliche und industrielle Importe zu öffnen. Die Länder des Nordens müssen die Exportsubventionen und diejenigen Agrarsubventionen beenden, die zu Billigexporten (Dumping) führen und die Absatzmärkte afrikanischer Kleinbauern zerstören.

Zweitens müssten die G8 ihre eigene Verantwortung hinsichtlich des Klimaschutzes ernst nehmen. Als Hauptverursacher von CO₂-Emissionen sind es vor allem die G8, welche die eigene Emission von Treibhausgasen reduzieren müssen. Sie müssen sich auf klare Zielvorgaben einigen, die es ermöglichen den nicht mehr vermeidbaren globalen Temperaturanstieg wenigstens auf unter 2° Celsius zu begrenzen und dafür Sorge tragen, dass die offiziellen Verhandlungen über die Weiterführung des Kyoto-Protokolls möglichst unverzüglich beginnen. Zudem sollten die Themen Energieeffizienz und Klimaschutz nicht nur im Dialog mit großen Schwellenländern wie Brasilien und China angesprochen werden, sondern auch in der Zusammenarbeit mit den afrikanischen Subsahara Afrikas verfügen nur zwei bis fünf Prozent der Bevölkerung über einen Stromzugang. Afrika ist durch den Klimawandel besonders stark gefährdet. Prognosen zufolge werden 2025 rund 35% der afrikanischen Bevölkerung von Wasserknappheit betroffen sein. Der Temperaturanstieg wird in Afrika – vor allem aufgrund der Ausweitung der Lebensräume von Krankheitsüberträgern – bis 2100 180 Millionen Menschen das Leben kosten. Die Bundesregierung sollte sich daher auf dem G8-Gipfel dafür einsetzen, dass die Mittel der EZ im Energiesektor zugunsten der Nutzung erneuerbarer Energien umgeschichtet werden. So gibt die Weltbank nur ca. 4,3% der Investitionen im Energiesektor für Erneuerbare Energien aus. Ein Engagement der G8 könnte diesen Anteil stark erhöhen

Drittens sollten die G8 ihre Mitverantwortung für den Fachkräftemangel im afrikanischen Gesundheitssektor anerkennen und entsprechend handeln. Angesichts der massiven Abwerbung qualifizierter afrikanischer Fachkräfte seitens der Industrieländer klingt die Aufforderung in der Agenda an die afrikanischen Länder, in Eigenanstrengung „Strategien [zu entwickeln], um den Fachkräftemangel im Gesundheitswesen zu begegnen“ fast zynisch.

Und viertens müssten die G8 ihre historische Verantwortung für die Situation Afrikas anerkennen. Strukturelle volkswirtschaftliche Defizite, wie die Abhängigkeit vieler Länder allein vom Rohstoffsektor, haben ihre Wurzeln nicht zuletzt in der Kolonialzeit. Auch zahlreiche vergangene und andauernde Konflikte begannen als Stellvertreterkriege im Kalten Krieg oder durch die Begünstigung einzelner Bevölkerungsgruppen, von der Tolerierung oder gar Unterstützung selbstherrlicher Diktatoren oder gewalttätiger Rebellengruppen ganz zu schweigen.

Armutsbekämpfung in den Vordergrund stellen

Aus NRO-Sicht sollten die angestrebten Reformpartnerschaften vor allem dem Ziel der Armutsbekämpfung dienen. In dieser Hinsicht greift die G8-Agenda jedoch zu kurz. Das Konzept des „Trickle-down-Effekts“, auf das die Bundesregierung offenbar setzt, hat sich als unhaltbar erwiesen. Wirtschaftliches Wachstum ist wichtig, jedoch sollte der Schwerpunkt der Agenda vielmehr gezielt auf pro-poor-growth, d.h. auf die Förderung jener Wirtschaftsbereiche liegen, in denen gerade arme Bevölkerungsschichten zusätzlich Beschäftigung finden können, wie in der Landwirtschaft oder in agrarnahen Leichtindustrien. Eine solche armutsorientierte, ländliche Entwicklung sollte vor allem die Sicherung der Ernährungssouveränität und des Zugangs zu Ressourcen für die Armen umfassen. Reformbestrebungen für mehr Demokratie, gesellschaftliche Teilhabe und die Einhaltung der Menschenrechte wären in diesem Sinne eigenständige und keineswegs untergeordnete Entwicklungsziele.

Verena Wiesmann

Die Autorin ist Projektkoordinatorin für NRO-Vernetzung beim Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)



Grenzen staatlicher Souveränität

Vom Fluch des Reichtums an Rohstoffen

„Das persische Öl ... gehört Euch. Wir teilen uns das Öl im Irak und in Kuwait. Was das saudi-arabische Öl betrifft, so kann es keinen Zweifel geben, dass das uns gehört.“ So klare Worte wie die, die Präsident Roosevelt im Gespräch mit dem britischen Botschafter 1944 fand, sind heute selten zu hören, wenn es darum geht, zu begründen oder zu rechtfertigen, warum man sich in fremden Gebieten engagiert. Eher hört man heute: „Die einzige Macht, die stark genug ist, das Anwachsen von Tyrannei und Terror zu verhindern und die in der Lage ist, Hass durch Hoffnung zu ersetzen, ist die menschliche Freiheit. ... Amerika wird mit den Alliierten der Freiheit zusammen stehen und demokratische Bewegungen im Nahen Osten und darüber hinaus unterstützen mit dem Ziel, Tyrannei endgültig aus dieser Welt zu tilgen“. Diese Worte von Präsident George W. Bush in seiner Rede zur Lage der Nation im Jahre 2005 lösten donnernden Applaus und Hurrarufe aus. Haben sich die Interessen und die politische Praxis in den 61 Jahren so gewandelt?

Medien, Berichterstatter und Experten bezeichnen kriegerische Auseinandersetzungen – insbesondere in Afrika – gerne als „Stammeskongflikte“. Dies verschleiert jedoch handfeste ökonomische Interessen lokaler und internationaler Unternehmen – etwa an Rohstoffen – oder regionale und globale Machtinteressen von Regierungen.

Ein Beispiel ist der Konflikt in der Demokratischen Republik Kongo (DRC). Bis zum Ende des Kalten Krieges hatten westliche Regierungen das Regime Mobutu Sese Seko als Bollwerk gegen die in dramatischen Worten immer wieder beschworene Ausbreitung des Kommunismus bedingungslos unterstützt. Als die Ost-West-Konfrontation überwunden war, verloren sie – mit der Ausnahme Frankreichs – zunehmend ihr Interesse. Als strategischer Standort war das damalige Zaire uninteressant geworden. Die

systematischen Menschenrechtsverletzungen, grassierende Korruption, die verfallene Infrastruktur, die kollabierende Wirtschaft und die schlechte Regierungsführung machten Zaire außerdem zunehmend zur Hypothek in einer Zeit, als Regierungen im Norden von einer „neuen Generation afrikanischer Führer“ schwärmten.

Präsidentenmacher

Eine neue Ära schien für den Kongo anzubrechen, als 1996 der Geschäftsmann und Rebellenführer Laurent Kabila und seine „Allianz demokratischer Kräfte für die Befreiung“ (AFDL) mit Unterstützung der ugandischen und ruandischen Regierung im Sturm das Land eroberte. Die internationale Staatengemeinschaft verfolgte den raschen Vorstoß der AFDL, den Sturz des Mobutu Regimes und den Wandel Zaires zur Demokratischen Republik Kongo mit vorsichtigem Optimismus.

Noch während Laurent Kabila mit seiner AFDL sich auf dem Vormarsch auf die Hauptstadt Kinshasa befand, schwärmten nach einem Bericht der New York Times am 16. April 1997 Vertreter namhafter international tätiger Firmen „in Massen“ über das Land. Sie erkundeten die Rohstoffreserven und verhandelten mit den vorrückenden Rebellen bereits über Konzessionen. Bestehende Verträge mit der – immerhin noch amtierenden – Regierung Mobutus schoben sie beiseite. Robert Block fühlte sich in seinem Bericht für das Wall Street Journal am 14. April 1997 an den „Sturm auf Afrika vor 120 Jahren, den Raub afrikanischer Reichtümer in König Leopolds privater Kolonie, dem Freistaat Kongo“ erinnert.

Firmenvertreter schmiedeten regelrechte Allianzen mit den Rebellen. Der Mitgründer von American Mineral Fields, Jean Ramon Boulle, der mit der AFDL eine Bergbaukonzession im Wert von über 1 Milliarde US-Dollar ausgehandelt hatte, erlaubte den Rebellen die Benutzung seines privaten Lear Jets. Die Bechtel Corporation gab auf eigene Rechnung bei der NASA Satellitenstudien über den Kongo und Infrarotaufnahmen der Rohstoffvorkommen in Auftrag. Dieses Material übergab sie dem Regime Laurent Kabilas. Das erhielt damit nicht nur die vollständigsten geographischen und mineralogischen Daten, die jemals über das Gebiet des früheren Zaire zusammen getragen

worden waren, sondern auch nicht zu überbietendes militärisches Aufklärungsmaterial. Ein hochrangiger Beauftragter der Bechtel Corporation beriet die AFDL, wie sie mit „ethnischen Widerstandsgruppen“ im eroberten Gebiet umgehen sollte. Es ist darum auch kaum verwunderlich, dass es den Unternehmen schon bald nach dem Sturz Mobutus gelungen war, die Einstellung der internationalen Staatengemeinschaft gegenüber Laurent Kabilas Regime zu ändern.

Die Unternehmen hatten Laurent Kabila als den de facto Regenten des Landes bereits etabliert noch bevor das alte Regime gestürzt war. Zugleich hatten sie ein umfassendes System illegaler Investitionen und Rohstoffextraktion aufgebaut. Die enge Zusammenarbeit international tätiger Unternehmen mit der AFDL bereits während ihres Vormarsches auf die Hauptstadt bedeutete, „dass das Entstehen des neuen Regierungssystems in der DRC maßgeblich von der Bereitschaft der AFDL bestimmt wurde, die Interessen der Unternehmen zu sichern und zu befördern“, folgerte 2002 eine Studie des Arms Trade Resource Project des World Policy Institute. „So wird Krieg zur Fortsetzung von Geschäft mit anderen Mitteln“ konstatiert Dominic Johnson in der taz vom 19. Dezember 2002.

Die Demokratische Republik Kongo ist ein ausgesprochen rohstoffreiches Land: Diamanten, Edelholz, Kupfer, Gold, Kobalt, Coltan. Letzteres ist im Zusammenhang mit der Konfliktodynamik im Kongo von besonderer Bedeutung. Coltan – die Kombination von Columbium und Tantalum – ist aufgrund seiner Eigenschaften als elektrischer Leiter vor allem in der Kommunikations- und Computertechnologie und damit auch im Bereich der Luft- und Raumfahrtindustrie und in der Produktion moderner Waffensysteme von entscheidender Bedeutung. Entsprechend wird es im Bericht des US Verteidigungsministeriums an den Kongress über „strategische und kritische Mineralien“ als „kritisches Mineral“ eingestuft.

Die rasanten Entwicklungen in der Hochtechnologie – insbesondere im europäischen Kommunikationssektor – hatten zur Folge, dass die Nachfrage nach Coltan zwischen 1990 und 1999 um über 300% anstieg. Coltanvorkommen gibt es in nennenswertem Umfang in Australien, Brasilien, Kanada – und der De-



mokratischen Republik Kongo. Australien ist zur Zeit der größte Lieferant von Coltan, jedoch liegen die größten Vorkommen in der DRC. Die Hauptabnehmer von Coltan sind Firmen in den USA, Japan und Westeuropa.

... und Profiteure

Im Windschatten des militärischen Vormarsches der AFDL bauten die ruandische und ugandische Regierung ein weit gespanntes Netzwerk von kommerziellen Unternehmen im Rohstoff- und Finanzsektor auf, die eng mit militärischen und politischen Kreisen verwoben sind. Die indirekte Beteiligung an Krieg und Plünderung wandelte sich in eine „regelrechte Besatzung“ (so das World Policy Institute), als Laurent Kabila die Beziehungen zu Ruanda und Uganda 1998 abbrach, sich gegen sie wandte und zugleich das Staatenbündnis im südlichen Afrika, SADC, um militärische Unterstützung bat.

Der Verfolgung ihrer ökonomischen Interessen tat dies keinen Abbruch. Im August 1998 marschierten ugandische und ruandische Truppen im Osten der DRC ein und halfen bei der Organisation der Rebellenbewegung Rally for Congolese Democracy (RDC). Weil sie über ausgezeichnete Kenntnisse des Territoriums und der Rohstoffvorkommen verfügten und das Vertrauen der internationalen Investoren in das Regime Kabilas zunehmend schwand, stieg die wirtschaftliche Bedeutung Ruandas und Ugandas. Die von der UN eingesetzte Expertengruppe, die die Verflechtungen ökonomischer Interessen im Kongo untersuchte, kam in ihrem am 15. Oktober 2002 dem UN Sicherheitsrat vorgelegten Bericht zu dem Schluss, dass die Rebellengruppen und deren Verbündete in erster Linie „von wirtschaftlichen Interessen und nicht von politischen Idealen“ motiviert seien. In entwaffnender Offenheit bezeichnete der ruandische Präsident Paul Kagame gegenüber der Expertengruppe den Krieg im Osten des Kongo als „selbstfinanzierend“. Die UN Expertengruppe schätzte allein die Einnahmen der ruandischen Armee aus der Ausbeutung der Rohstoffe im Ostkongo pro Monat auf über 20 Millionen USD.

In Reaktion auf den Hilferuf des Regimes von Laurent Kabila, das sich von der Offensive der RDC bedroht sah, marschierten am 2. August 1998 Truppen der „SADC-Allianz“ in der Demokratischen

Republik Kongo ein. Angola, Namibia und Simbabwe hatten sich für ein militärisches Eingreifen entschieden. Die drei anderen SADC Mitgliedsstaaten Südafrika, Tansania und Sambia unterstützten zwar rhetorisch die militärische Hilfe, verfolgten jedoch eigene Strategien.

Die drei intervenierenden Regierungen begründeten ihr Handeln damit, dass sie nach „Artikel 4 des SADC Vertrages in Verbindung mit dem SADC Instrument für Politik, Verteidigung und Sicherheit (OPDS)“ dazu verpflichtet seien, den feindlichen Angriff auf einen Bündnispartner abzuwehren (bekannt auch als sogenannter „Bündnisfall“). Beobachter vermuteten jedoch in erster Linie wirtschaftliche Beweggründe. So hatten der simbabwischen Regierung nahe stehende Unternehmen über 200 Mio. USD im Osten Kongos investiert, vor allem im Diamanten-, Edelholz- Kaffee- und Agrarsektor. Die Regierung Kabilas hatte bei simbabwischen Rüstungsfirmen immense Schulden angehäuft und Simbabwe war – gemeinsam mit Angola und Namibia – Miteigentümer einer kongoleseischen Bank. Diese Vermutungen erhielten zusätzlich Nahrung, als nach dem Tod Laurent Kabilas dessen Sohn Joseph nach Übernahme des Präsidentenamts simbabwische Unternehmen öffentlich zu „mehr Investitionen in der DRC“ aufforderte.

Ökonomische Ausbeutung und die Grenzen staatlicher Souveränität

Das „Recht der Völker und Nationen auf dauerhafte Souveränität über ihren natürlichen Reichtum und ihre Ressourcen“ soll im Interesse ihrer nationalen Entwicklung und zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger des betreffenden Staates ausgeübt werden, wird in der bereits am 14. Dezember 1962 verabschiedete Resolution 1803 der 17. UN Generalversammlung (Abs. 1.1) formuliert. Internationale Zusammenarbeit in Form von Investitionen privaten oder öffentlichen Kapitals, Tausch von Gütern, Dienstleistungen, technischer Unterstützung oder Austausch wissenschaftlicher Erkenntnisse soll dem Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung dienen und so beschaffen sein, dass sie eine eigenständige nationale Entwicklung fördert und auf dem Respekt für die Souveränität über ihre natürlichen Reichtümer beruht (Abs. 1.6).

Der Kongo ist ein Beispiel dafür, wie die seit der Kolonisierung andauernde Missachtung der Prinzipien und Grundsätze, die in dieser – leider noch immer nicht bindenden – UN Resolution formuliert wurden, dazu beigetragen hat, das soziale, wirtschaftliche und politische System im zentralen Afrika zu zerstören. Korrupte und diktatorische Regime, wirtschaftliche und machtpolitische Interessen regionaler und internationaler Akteure sowie Interessen und Praktiken international tätiger Unternehmen haben dazu geführt, dass im zentralen Afrika mehr als 3 Millionen Menschen ihr Leben und über 1,7 Millionen Menschen als Flüchtlinge oder intern Vertriebene die Grundlage für ein Leben in Würde verloren haben. Der internationale Wettkampf um Ressourcen, insbesondere Coltan, ist der Hauptgrund für die Unsicherheit und Gewalt im zentralen Afrika.

Während im Osten der DRC die Menschen unter Gewalt, Zerstörung und Unterdrückung litten, verdoppelten die USA zwischen 1997 und 2000 nach Angaben des US Statistikamtes ihre Coltanimporte aus Ruanda. Zwar weist das ugandische Energie- und Bergbauministerium in seinen Daten für den Zeitraum von 1998 bis 2000 keine Coltanproduktion aus, jedoch taucht Uganda seit 1998 als Coltan Lieferant in den US Statistiken auf. Einer der größten Produzenten von elektronischen Bauteilen auf Coltanbasis, die zum Bayer Konzern gehörende Firma H.C. Starck, bezieht Coltan von der US Regierung (World Policy Institute, 2002).

Angesichts der fortdauernden krassen Armut in Staaten, die über große Vorräte an Rohstoffen, vor allem Erdöl, Erdgas, Mineralien und Edelsteine verfügen, wuchs von Seiten der Zivilgesellschaft der Druck, Licht in das Dunkel zu bringen, in welchem Unternehmen im extraktiven Sektor arbeiten. Die Erdölwirtschaft arbeitet häufig isoliert von der Gesamtwirtschaft. Die vor allem von US Firmen vor Afrika forcierte off-shore-Förderung erlaubt die ungestörte Förderung, selbst wenn die Bevölkerung protestiert oder gar Bürgerkrieg herrscht. Experten sprechen im Zusammenhang mit der Ölförderung von einer „Inselwirtschaft“: der Ölsektor ist relativ isoliert vom Rest der Volkswirtschaft. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn es sich um eine off-shore Förderung handelt. Aber auch sonst sind



diese Industrien mehr oder weniger autark: von der Cola-Dose, die von den Arbeitern getrunken wird, bis zu Geräten, Ersatzteilen und Freizeitartikeln wird alles eingeflogen. Versorgungsflüge bringen alles, was in den Ölfeldern gebraucht wird. Die Arbeiter werden zur Erholung nach Hause oder woanders hin geflogen, in der Regel bleiben sie nicht im Lande. Einige Ölfirmen verbieten ihren Mitarbeitern sogar Kontakte zur lokalen Bevölkerung. Nur ein kleiner Anteil der Beschäftigten im Ölsektor sind tatsächlich lokale Kräfte.

Bislang schlüsseln nur wenige multinationale Unternehmen ihre veröffentlichten Angaben nach Ländern auf. Im Juni 2002 brachten Nichtregierungsorganisationen die Initiative „Publish What You Pay“ (PWYP) auf den Weg. Ihr Ziel ist es, vor allem Bergbau- und Ölfirmen dazu zu verpflichten, ihre Zahlungen an den Staat öffentlich zu machen. Ein Jahr später, im Juni 2003, initiierte Großbritanniens Premier Tony Blair die „Extractive Industries Transparency Initiative“ (EITI). Im Unterschied zu PWYP will EITI es den Unternehmen überlassen, freiwillig in ihren Rechenschaftsberichten die Zahlungen an Regierungen aufzuschlüsseln. Zahlreiche Konzerne fürchten, mit diesen Angaben Verhandlungsdetails und Wettbewerbs-

position offenzulegen und damit Konkurrenten, die diese freiwilligen Angaben nicht machen, Marktvorteile einzuräumen.

Auf dem Weltsozialforum 2007 in Nairobi forderten Vertreter zivilgesellschaftlicher Gruppen daher wesentlich verbindlichere Regelungen. Regierungen der Industrieländer sollten klare gesetzliche Regelungen und Verfahren für die Kontrolle extraktiver Industrien etablieren und deren Einhaltung auch durchsetzen, fordern sie. Unternehmen sollen nach dem Verursacherprinzip für die sozialen, Umwelt- und menschenrechtlichen Auswirkungen ihrer Aktivitäten zur Rechenschaft gezogen werden, egal wie diese Aktivitäten stattfinden. Regierungen sollen unabhängige Untersuchungen der zu erwartenden Umwelt-, sozialen und menschenrechtlichen Auswirkungen von Maßnahmen im extraktiven Sektor vorschreiben, deren Ergebnisse in allgemein verständlicher Form zu veröffentlichen sind, so dass betroffene Bevölkerungsgruppen bei Entscheidungen informiert mitwirken können. Regierungen und die internationalen Finanzinstitutionen sollen unabhängige Beobachtungen von Firmenaktivitäten einschließlich deren Finanztransfers an Regierungen und Amtsinhaber verpflichtend vorschreiben. Außerdem sollen

öffentliche Kredite und Bürgschaften für Firmenaktivitäten nur dann gewährt werden, wenn sich die Unternehmen in all ihren Operationen geltenden internationalen Standards, wie etwa den OECD Richtlinien für internationale Unternehmen, den Kernarbeitsrechtsstandards der ILO und den Verpflichtungen der EITI, unterwerfen.¹

„Demokratie wird keine Wurzeln schlagen können, solange Rebellenbewegungen durch lukrative Beziehungen zu internationalen Unternehmen gedeihen können“, stellte das World Policy Institute bereits 2002 fest. Man mag ergänzen, dass das Gleiche auch für diktatorische und korrupte Regierungen gilt. Damit sich Ressourcenreichtum in Entwicklungschancen niederschlägt, muss die Resolution 1803 der Vereinten Nationen vom 14. Dezember 1962 umgesetzt werden. Auf Freiwilligkeit kann man, das zeigt die Entwicklung seit 1962 zu deutlich, nicht setzen. Es wird Zeit für verbindliche internationale Regelungen.

Wolfgang Heinrich

Der Autor ist Mitarbeiter des Evangelischen Entwicklungsdienstes, Referat entwicklungspolitischer Dialog, und dort Leiter der Arbeitsstelle Frieden und Konfliktbearbeitung

siehe <http://www.cidse.org/docs/200701241041026985.pdf>

Kein großer Wurf G8-Umweltministertreffen in Potsdam

Als die zerstrittenen Kriegsgewinner Stalin, Truman und Churchill sich 1945 in Potsdam treffen wollten, um über die Teilung Deutschlands zu verhandeln, wählten sie das Schloss Cecilienhof als Tagungsort, weil sie dies über drei separate Zugänge getrennt betreten konnten. Als sich nun die Umweltminister der G8- und Plus-5-Staaten im Cecilienhof trafen, nutzten alle einen gemeinsamen Eingang. Uneinigkeit herrschte trotzdem.

Es ist den Umweltministern nicht gelungen, deutlich zu signalisieren, dass die G8 gewillt ist, Verantwortung im Klimaschutz zu übernehmen. Auch ist eine konkrete Verpflichtung zu ehrgeizigen Klimaschutzziele nicht einmal angedeutet worden. Sichtbar wurde hingegen erneut die tiefe Kluft im Klimaschutz zwischen der US-Regierung und den Regierungen der übrigen G8+5-Staaten. Das Potsdamer Treffen hatte aber auch seine Verdienste.

Das Bundesumweltministerium hatte sich in der Vorbereitung und Gestaltung des Treffens darum bemüht, dem Thema Biodiversität maximale Bedeutung zu geben und es so gut wie möglich mit dem Thema Klimaschutz zu verbinden. Dieser Versuch ist gelungen.

Biodiversität

Nach dem Motto „vom Klimaschutz lernen heißt siegen lernen“ beschlossen die

Umweltminister in ihrer „Potsdam Initiative zur biologischen Vielfalt 2010“ die Erarbeitung einer wissenschaftlichen Analyse zu den ökonomischen Kosten des Artensterbens – in Anlehnung an den „Stern-Report“ zu den Kosten des Klimawandels. Dieser Bericht, der im Wesentlichen von der Europäischen Kommission finanziert wird, soll noch vor der Vertragsstaatenkonferenz der CBD im Mai in Bonn veröffentlicht werden. In Anlehnung an das renommierte International Panel on Climate Change (IPCC) sprachen sich die Minister für die Einrichtung eines vergleichbaren Gremiums zur wissenschaftlichen Politikberatung in Biodiversitätsfragen aus. Darüber hinaus sprachen sich die G8-Staaten für eine Erhöhung der Entwicklungshilfe und eine stärkere Berücksichtigung von Biodiversitätsfragen in der Entwicklungshilfe aus. Bundesminister Sigmar Gabriel regte außerdem an, ab 2012 Erlöse aus der Versteigerung von Emissionszertifikaten aus dem Emissionshandel



für den Schutz der Biodiversität zur Verfügung zu stellen. Diese tatsächlich interessante Idee sorgte auch deshalb für Verwunderung, weil Gabriel – zumindest was den Zeitraum von 2008 bis 2012 betrifft – bisher einer der entschiedensten Gegner einer Versteigerung solcher Zertifikate gewesen ist.

Angesichts der dringenden Notwendigkeit, das gesetzte Ziel, den Verlust der Biodiversität bis 2010 zu stoppen (EU, 2001) oder zumindest signifikant zu senken (World Summit on Sustainable Development, 2002) bleibt aber die Frage, wie schnell die G8 tatsächlich dazu bereit sind, im großen Stil Finanzmittel in die Hand zu nehmen, um finanzielle Anreize für den Schutz der Biodiversität zum Beispiel beim Schutz der Urwälder zu schaffen.

Die ebenso dringende Frage nach dem Handel mit illegal geschlagenem Holz und Fischen aus nicht-nachhaltiger Fischerei, wurde zwar ebenfalls angeschnitten, eine echte Lösungsstrategie wurde jedoch nicht präsentiert.

Klimaschutz

Der Klimawandel treibt den Verlust der Artenvielfalt voran. Der Verlust der Artenvielfalt beschleunigt wiederum – zum Beispiel im Falle der Abholzung von Urwäldern – den Klimawandel. Auf dieser inhaltlichen Grundlage gelang der Übergang zum zweiten Thema des Treffens, dem Klimaschutz. Die Erwartungen, Fortschritte im Klimaschutz zu erzielen oder zumindest anzudeuten, waren groß. Dafür sorgte nicht nur das in den vergangenen Monaten sprunghaft gestiegene öffentliche Interesse am Thema Klimaschutz. Greenpeace ließ sein Schiff Beluga II auf der Seeseite des Cecilienhofes ankern. Zwischen den beiden Masten hatten die Umweltschützer ein großes Transparent



mit der Aufschrift „G8: Stop talking, act now“ gehisst, um die Umweltminister zu entschiedenem Handeln anzutreiben.

Was Gabriel am Ende des zweiten Tages präsentieren konnte, war jedoch reichlich dünn. Man habe sich auf wichtige „Prinzipien“ und „generelle Leitlinien“ verständigen können. Das Treffen sei ein wichtiger Zwischenschritt auf dem Weg nach Heiligendamm gewesen, wo echte Verhandlungen anstünden und Eckpunkte für den internationalen Klimaschutz beschlossen würden. Gabriel und andere Umweltminister machten sehr unverblümt deutlich, dass es allein die USA gewesen seien, die substanziellere Ergebnisse blockiert hätten. Die USA hätten sich als einzige geweigert, die historische Verantwortung der Industriestaaten für den bisherigen Temperaturanstieg anzuerkennen und auf dieser Grundlage finanzielle Unterstützung für Anpassungsmaßnahmen und Klimaschutzmaßnahmen (z.B. für

vermeidene Entwaldung) zu gewähren. Ebenso waren die USA – wenig überraschend als Kyoto-Gegner – das einzige Land, dass die Kohlenstoffmärkte und damit den Emissionshandel nicht als zentrales Lenkungsinstrument für den Klimaschutz anerkannte. Zwar gab es Einigkeit darin, dass sich die Industriestaaten dazu verpflichten müssten, ihre Emissionsreduktionen „deutlich zu verstärken“ – ohne eine Quantifizierung dieses Ziels ist eine solche Aussage jedoch nur von geringem Wert. In einem vom Forum Umwelt und Entwicklung koordinierten Prozess hatten ca. 40 Nichtregierungsorganisationen aus dem Bereich des Umweltschutzes und der Entwicklungshilfe einen Forderungskatalog an die G8 erarbeitet und am Vortag des Minister-Treffens an Gabriel überreicht. Eine zentrale Forderung betrifft eine Verpflichtung der Industriestaaten zu einer Reduktion von Treibhausgasemissionen um 30% bis 2020.

Fazit

Unmittelbar nach dem Potsdamer Treffen bekannte Achim Steiner, Chef der UNEP, ernüchert, der „große Wurf“ im Klimaschutz sei wohl auch in Heiligendamm nicht zu erwarten. Das mag eine realistische Einschätzung sein. Ein großer Wurf in den Verhandlungen zwischen den G8+5-Staaten ist jedoch alternativlos, um den zerstörerischen Klimawandel noch zu bremsen. Deshalb ist es ebenso realistisch, festzustellen, dass die deutsche G8-Präsidentschaft als gescheitert betrachtet werden muss und man der G8 ein Versagen in historischer Dimension vorhalten muss, wenn ihr in Heiligendamm ein solcher großer Wurf nicht gelingt.

Tobias Münchmeyer

Der Autor ist stellvertretender Leiter der Politischen Vertretung von Greenpeace in Berlin.



Eine genutzte Möglichkeit

Der Dialog der Zivilgesellschaft mit den G8 im Jahr der russischen Präsidentschaft

Traditionell werden im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten zu einem Gipfeltreffen der Führer der G8-Länder Beratungen mit der Zivilgesellschaft durchgeführt. Hauptaufgabe dieser Treffen ist es, die Meinung öffentlicher Vereinigungen zu den Schwerpunktthemen herauszufinden, die auf dem Gipfel besprochen werden.

Russland hatte im Jahr 2006 zum ersten Mal den Vorsitz bei den G8. 40 russische NGOs wollten in Zusammenarbeit mit ihren ausländischen Kollegen (insgesamt waren an dem Prozess mehr als zweitausend NGOs aus der ganzen Welt beteiligt) einen neuen Mechanismus schaffen, über den die Öffentlichkeit auf die G8 einwirken könnte. Daher initiierten sie das Projekt „Civil G8-2006“.

Civil G8-2006

Das Beste, was in den vergangenen Jahren aus der Zusammenarbeit mit den G8 entstanden war, zu erhalten und zu versuchen, diese Zusammenarbeit auf eine neue Ebene zu bringen - das war die Aufgabe, die sich die NGOs beim Start des „Civil G8-2006“-Projektes stellten. Der Präsident der Russischen Föderation W.W. Putin brachte seine Bereitschaft zum Ausdruck, den Dialog mit der russischen und internationalen Öffentlichkeit in der Zeit der russischen G8-Präsidentschaft weiterzuentwickeln.

Die G8-Präsidentschaft Russlands bot eine große Chance für die russische Zivilgesellschaft, von sich reden zu machen. Und diese Chance wurde genutzt. Als besonders wertvoll für die russischen NGOs erwies sich die Unterstützung durch die ausländischen Kollegen. Eine besondere Rolle in diesem Prozess spielten die Vertreter der NGOs aus den G8-Ländern sowie die global vernetzten NGOs wie Greenpeace, WWF, Amnesty International, Human Rights Watch, Oxfam, der Internationale Frauenrat, CIVICUS, Social Watch, der Internationale Verbraucherverband, Action Aid, Transparency International und Globale Bildungskampagne.

Im Rahmen des Projektes, gemeinsam mit den ausländischen Kollegen, erfüllten wir auch das Versprechen, das wir Ende 2005 gegeben hatten: Wir bemühten uns, die maximale Kontinuität, Konse-

quenz, Transparenz und Offenheit des Beratungsprozesses zu gewährleisten. Für die Initiatoren des „Civil G8-2006“ war es von prinzipieller Wichtigkeit, dass die Empfehlungen und Positionen den offiziellen Strukturen der G8 nur im Namen der Organisationen, die an dem Projekt teilnahmen, ausgesprochen wurden. Wir lehnten das Monopolrecht - von wem auch immer - ab, die gesamte Zivilgesellschaft zu vertreten. Die Teilnahme an den Beratungen der „Civil G8-2006“ beschränkte in keiner Weise die Rechte der einzelnen Organisationen, den G8-Regierungen eigene Vorschläge zu unterbreiten und dabei die traditionellen Mechanismen der Zusammenarbeit mit den Behörden zu nutzen. Wir strebten die Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Kräften an, setzten uns zu niemandem in Opposition und stellten keine Alternative zu gesellschaftlichen Initiativen dar.

Im Rahmen des Projekts „Civil G8-2006“ wurden folgende Hauptveranstaltungen durchgeführt:

1. Runder Tisch der Internationalen NGO-Experten im Bereich der Energiesicherheit, der Bildung und des Gesundheitswesens;
2. Internationales Forum für Nichtregierungsorganisationen - Schlüsselmoment des Forums war das in der Geschichte der G8 beispiellose Treffen eines breiten Spektrums von Vertretern internationaler NGOs mit G8-Sherpas aller Länder;
3. Treffen der Experten und Vertreter internationaler Nichtregierungsorganisationen mit den Sherpas aller G8-Länder im „engeren Kreis“ mit der Öffentlichkeit;
4. Im Juli 2006 fand in Moskau die Schlüsselveranstaltung des Projekts statt, das Internationale Forum der Nichtregierungsorganisationen „Civil G8-2006“. Über 600 Vertreter von NGOs aus aller Welt nahmen daran teil. Zu einem Präzedenzfall für die Geschichte der G8 wurde die Teilnahme des Staatsoberhauptes des G8-Vorsitz führenden Landes, des russischen Präsidenten W. Putin. Am selben Tag traf

sich der russische Präsident im Rahmen der „Civil G8-2006“ auch mit den Führern der globalen internationalen NGOs;

5. Der internationale Runde Tisch der NGOs „Forum Partnerschaft mit Afrika und Agenda für die Entwicklung Afrikas“;
6. Die Abschlusskonferenz der NGOs „Umsetzung der Agenda des G8-Gipfels im Jahr 2006“.

Obwohl die russische G8-Präsidentschaft zu Ende ist, sind wir bereit, auch weiterhin aktiv die Positionen der gesellschaftlichen Organisationen zu den Problemen zu vertreten, die von den G8 besprochen werden. In diesem Jahr werden wir unseren Kollegen aus Deutschland helfen. Es ist von großer Bedeutung, dass die Zusammenfassung der Ergebnisse des Projekts „Civil G8-2006“ und die informelle „Stabsübergabe“ auf der Abschlusskonferenz (2. Dezember 2006) in Anwesenheit der Assistenten der russischen und deutschen Sherpas stattfanden. Für uns ist es von ausschließlicher Wichtigkeit, dass die Vertreter der staatlichen Strukturen uns anhören. Genau dies ist die praktische Umsetzung des Prinzips der Kontinuität.

Ella Pamfilowa

Die Autorin ist Koordinatorin der Nationalen Arbeitsgruppe für das Projekt „Civil G8-2006“





G8 in Russland und die Beteiligung von NGOs

Russlands Reaktion auf internationalen Druck

Ende 2005, direkt vor der erstmaligen Übernahme des G8-Vorsitzes für 2006 hatte die russische Staatsführung in den anderen G8-Staaten eine ganz schlechte Presse. Das neue, ausdrücklich auch gegen den Einfluss ausländischer NGOs auf die russische Innenpolitik gerichtete NGO-Gesetz, das zudem die russischen NGOs unter strenge staatliche Kontrolle stellt, wurde im Westen weitgehend als undemokratisch und eines G8-Mitglieds unwürdig kritisiert. Russland reagierte mit einer intensiven Beteiligung der Zivilgesellschaft am G8-Prozess.

Aus dem US-Kongress waren im Zusammenhang mit den Vorwürfen gar Forderungen zu hören, Russland den G8-Vorsitz wieder zu entziehen oder zumindest den für Juni 2006 in St. Petersburg geplanten Gipfel zu boykottieren. Obwohl es wohl nie in Frage stand, dass all die hohen und mächtigen Herren und die eine Dame in Russlands „nördliche Hauptstadt“ kommen würden, war der Kreml doch unter erheblichen öffentlichen Druck geraten. Dabei sollte die volle G8-Mitgliedschaft ein leuchtendes Zeichen

der triumphalen Rückkehr des wirtschaftlich und machtpolitisch wiedererstarkten Russland auf die Weltbühne werden. Trotz oder eben gerade wegen des neu erwachten russischen Selbstbewusstseins braucht die russische Elite die Anerkennung des eben noch seinen „Sieg im Kalten Krieg“ genießenden Westens. Nun, kurz vor dem Triumph, schmerzte die Kritik an der illiberalen russischen Innenpolitik besonders, die aus russischer Sicht kaum mehr als ein letzter Vorwand notorischer Russlandhasser war, den Eintritt in die erlauchte Runde in letzter Minute noch zu torpedieren.

Civil-G8-Prozess

So wurde der sogenannte Civil-G8-Prozess erdacht. Wenn sich innerhalb Russlands fast jede Form demokratischer Beteiligung simulieren und manipulieren ließ, warum sollte das dann auf internationaler Ebene nicht auch möglich sein? Die systematische Beteiligung von russischen und ausländischen NGOs am Rande der G8-Beratungen sollte zeigen, dass die Kritik aus dem Westen am neuen NGO-Gesetz unbegründet war. Zur Koordinatorin der Kreml-Initiative (das war der Civil-G8-Prozess trotz aller gegenteiligen Versicherungen) wurde Ella Pamfilowa ernannt, die Vorsitzende eines sperrig „Rat zur Unterstützung der Förderung der

Institute von Zivilgesellschaft und Menschenrechten beim Präsidenten der Russischen Föderation“ genannten Gremiums. Diesem Rat, einem Beratungsgremium des russischen Präsidenten, gehören auch einige Vertreter kremlkritischer NGOs wie der Moskauer Helsinki Gruppe oder der Sozial-Ökologischen Union an. Im engeren Organisationskomitee von Civil G8 waren sie sogar in der Mehrheit. Das Gleiche galt für einen internationalen Beirat, dem auch ich angehörte.

Die Kreml-PR-Maschinen mühten sich redlich und auch Präsident Putin setzte seinen nicht unerheblichen Charme für die Sache ein. Dazu diente insbesondere sein etwa dreistündiger Auftritt auf der Civil-G8-Konferenz Anfang Juni in Moskau. Putin stand den rund

500 versammelten NGO-VertreterInnen aus aller Welt Rede und Antwort und machte dabei einen weitgehend weltoffenen, Kritik und Anregungen gegenüber aufgeschlossenen Eindruck. Aufgrund einer Reihe von Gesprächen mit nicht russlandfernen TeilnehmerInnen nach der Konferenz, gelang diese Vorstellung durchaus überzeugend.

NGOs entwickelten Forderungen

Doch die fein ausgedachten Putin-Feierlichkeiten entwickelten gleichzeitig ein wohl von den Initiatoren nicht geplantes Eigenleben. Russische und ausländische NGO-VertreterInnen nahmen das Angebot, Einfluss auf die G8-Verhandlungen zu nehmen ernst und entwickelten weitgehende Forderungen. Die russische Staatsführung konnte diese Forderungen und deren Legitimität angesichts der propagierten Offenheit zumindest öffentlich nicht infrage stellen. Einige russische NGOs nutzten wiederum ihre Mitarbeit im Civil-G8-Prozess, den systematischen Delegitimierungsversuchen von Seiten des Staates zumindest ein wenig entgegen zu wirken. Es wird so künftig auch im Land schwieriger sein, ihre Arbeit als „oppositionell“, „feindlich“ oder gar „vom Westen gesteuert“ zu denunzieren, wie das leider in letzter Zeit wieder üblich geworden ist.

Die kreml-initiierte NGO-Beteiligung während des russischen G8-Vorsitzes hatte also ein durchaus zweischneidiges Ergebnis. Auf der einen Seite konnte die russische Staatsführung tatsächlich den internationalen Druck wegen ihrer zunehmend autoritären Innenpolitik zumindest im Jahr des Vorsitzes abmildern. Im Gegenzug musste aber die Mitarbeit von NGOs zugelassen werden, die in Russland der Kremlpolitik kritisch gegenüber stehen. Wer dabei mehr gewonnen oder verloren hat, ist kaum zu beurteilen. Außerdem wurde dem deutschen G8-Vorsitz ein Standard an NGO-Beteiligung hinterlassen, den zu unterschreiten zusätzlich und dort sicher gewünschten politischen Ärger zur Folge haben dürfte.

Jens Siegert

Der Autor arbeitet für die Heinrich-Böll-Stiftung in Moskau.





G8-Gipfel 2007 in Deutschland

Umfangreiche Aktivitäten der Zivilgesellschaft



Nach Russland 2006 und Japan 2008 hat Deutschland dieses Jahr den Vorsitz im Club der 7 wichtigsten Wirtschaftsnationen + Russland, den sogenannten G8. Die Staats- und Regierungschefs treffen sich zum diesjährigen Gipfel vom 06.-08. Juni 2007 im Ostseebad Heiligendamm in der Nähe von Rostock.

Dazu gibt es im Vorfeld einige Vorbereitungsmeetings auf Ministerebene, wie am 09./10. Februar das G7-Finanzminister-Treffen in Essen und am 15.-17. März das G8-Umweltminister-Treffen in Potsdam. Weitere Termine finden Sie auf den offiziellen Websites der deutschen G8-Ratspräsidentschaft unter:

http://www.g-8.de/nn_90704/Content/DE/Artikel/2006/11/2006-11-29-g8-termin.html

Aber nicht nur die Regierungen bereiten sich auf den G8-Gipfel vor, die Arbeit fast aller nationaler und vieler internationaler Bewegungen und NGOs konzentriert sich auf das politische Ereignis des Jahres! Für die erste Juniwoche 2007 ist

ein umfangreiches „Programm“ an Aktivitäten geplant, an denen die interessierte Bevölkerung aufgerufen ist, sich zu beteiligen.

□ Unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“ (Another world is possible!) ruft ein breites Bündnis für Samstag, den 2. Juni 2007 zu einer internationalen Demonstration gegen den Gipfel in der Rostocker Innenstadt auf.

www.heiligendamm2007.de
Kontakt: Kristian Golla / Hanna Poddig
office@heiligendamm2007.de
Tel.: 0228/692904
Fax: 0228/692906

□ Es geht auch anders: Ein Gipfel der Alternativen – Internationaler G8-Alternativgipfel: 05. bis 07. Juni in Rostock
<http://www.g8-alternative-summit.org/de/>
Kontakt: florian.butollo@weed-online.de

□ 8 MINUTEN FÜR GERECHTIGKEIT: Zu Beginn der Eröffnungsgottesdienste des Deutschen Evangelischen Kirchentags in Köln am 06. Juni, der praktisch gleichzeitig zum G8-Gipfel in Heiligendamm stattfindet, werden bundesweit 1000 Glocken läuten. Andachten und Gebete in den Gemeinden sollen der christlichen Hoffnung Ausdruck geben und ihr Gehör verschaffen, dass allen Menschen Gerechtigkeit widerfahren soll.

Alle weiteren Informationen hierzu unter www.g8Minuten.de

Kontakt: Jürgen Reichel – Evangelischer Entwicklungsdienst e.V. – EED
Tel.: 0228/8101-2316
Email: jueergen.reichel@eed.de

□ Während der Gipfeltage wird es unter dem Motto: „Heiliger Damm des Gebetes“ Gebetsketten entlang der Ostsee und Gottesdienste in und um Rostock geben.

Kontakt: Ralf Göttlicher Ev.-Luth. Kirche Mecklenburg-Vorpommern
info@kircheundg8.de

□ „Move Against G8“ organisiert das Kulturprogramm als integralen Bestandteil der politischen Mobilisierung. Es ist ein Zusammenschluss linker KulturaktivistInnen, und ist Teil der bundesweiten Mobilisierung zu den Protesten gegen das Gipfeltreffen. Während der Proteste wollen sie eine lebendige Kombination von Politik und Kultur präsentieren.

<http://www.move-against-g8.de/>
Kontakt: jakob.huber@attac.de

□ Für die gesamte erste Juniwoche soll es ein großes, spektrenübergreifendes Camp in der Nähe von Rostock geben. Die Camp-AG eruiert zur Zeit adäquate Flächen und führt momentan noch intensive Verhandlungen über die nötige Infrastruktur.

Kontakt: Adolf Riekenberg -
mobil: 0175-4254928
bueror@schweissen-sfi.de

□ Je eine Fahrradkarawane wird sich von „Ost“ bzw. „West“ auf den Weg nach Heiligendamm machen.

www.g8-bikerides.net
Kontakt: Tim open-borders@gmx.de
fahrradkarawane07@lists.riseup.net

□ Am Sonntag, 03.06. wird es einen Aktionstag zu globaler Landwirtschaft & Gentechnik in und um Rostock geben. Weitere Infos zu G8 und Agrar finden Sie unter www.g8-landwirtschaft.net

□ Am Montag, 04.06. soll ein migrationspolitischer Aktionstag in Rostock stattfinden. Bei den verschiedenen Aktionen wird für globale Rechte, Bewegungsfreiheit und Gleiche Rechte für Alle demonstriert. www.nolager.org

□ Am Dienstag vor dem Gipfel sollen gewaltfreie Aktionen am Flughafen Rostock-Laage stattfinden. Rostock-Laage ist sowohl Übungsflughafen für die Eurofighter als auch Ankunftsort der Regierungschefs. Die antimilitaristischen Aktionen sehen auch am 01.06. die die Neubesiedelung des sog. „Bombodroms“ vor.

Weitere Infos finden Sie hier
www.g8andwar.de

□ Am Donnerstag, 07.06. wird Herbert Grönemeyer ein Konzert für Deine Stimme Gegen Armut im IGA-Park bei Rostock geben.

Kontakt: Imke Sommerkamp i.sommerkamp@dsga.org, www.deine-stimme-gegen-armut.de

□ Das Forum Umwelt & Entwicklung - mit VENRO- und die Bundesregierung richten am 25./26. April die Tagung G8-Dialog Zivilgesellschaft aus. Die internationale Konferenz wird in der Beethovenhalle in Bonn stattfinden.

Ansgar Kiene

*Der Autor arbeitet beim Forum Umwelt und Entwicklung für die G8-NGO-Plattform
Weitere Infos: <http://www.g8-germany.info/deutsch/index.htm>*



Viel Kritik und viele Alternativen zum G8-Gipfel

Parallel zum Treffen der G8 in Heiligendamm vom 5. - 7. Juni 2007 werden in Rostock Alternativen zur Politik des offiziellen Gipfels vorgestellt und diskutiert. Dabei ist das Spektrum der Initiatoren des alternativen Gipfels diese Jahr so breit wie noch nie.

Für den G8 - Alternativgipfel 2007 ist es gelungen, eine Koalition zusammenzubringen, die es in dieser Breite bisher noch nicht gegeben haben dürfte. Das Spektrum reicht von der Interventionistischen Linken über Attac, IG Metall, pro Asyl, Heinrich Böll Stiftung, Rosa Luxemburg Stiftung, IPPNW und Erlassjahrkampagne bis zu Greenpeace, Misereor und dem Evangelischen Entwicklungsdienst. Aus dem Ausland sind Via Campesina, Friends of the Earth Europe, Action Aid und Focus on the Global South dabei.

Gemeinsame Kritik an den G8

Das Bedürfnis, gemeinsam ein Zeichen zu setzen, ist groß. Doch worin vereint

sich die Kritik an der Politik der G8? Obwohl die Staats- und Regierungschefs der G8 nur 13 Prozent der Weltbevölkerung repräsentieren, behandeln sie Fragen der Weltwirtschaft, von Entwicklung, Umwelt, Krieg und Frieden und andere Probleme, die die gesamte Menschheit betreffen. Dabei haben sie vor allem ihre eigenen, oft an kurzfristigen nationalen Zielen ausgerichteten Interessen im Blick. Das soll auch 2007 wieder so sein. Die Bundesregierung hat das Thema „Investitionssicherheit“ zum eigentlichen Leitmotiv des Gipfels erklärt.

Diese Art der Globalisierung bringt viele Verlierer und nur wenige Gewinner hervor. Zu den Verlierern gehören beispielsweise soziale Gerechtigkeit, sowie Frieden und internationale Sicherheit. Unter den Verlierern sind Frauen wiederum in besonderem Maße betroffen.

Eine andere Welt ist möglich.

Die verschiedenen Initiatoren haben sich zu einem gemeinsamen Bündnis zusammengeschlossen, denn in einem Punkt

sind sich alle einig: Eine Globalisierung im Interesse der Mehrheit der Menschen geht anders. Deshalb werden parallel zum offiziellen Gipfeltreffen der Gruppe der Acht nur wenige Kilometer entfernt zum gleichen Zeitpunkt zahlreiche selbst organisierte Workshops, Podiumsdiskussionen, kulturelle Events und vielfältige Diskussionen stattfinden. Zwischen den Einführungs- und Abschlussveranstaltungen ist der Raum offen für eigene Workshops und jede/r ist herzlich willkommen sich unter workshops@g8-alternative-summit.org anzumelden. Alle weiteren relevanten Informationen zum Alternativgipfel befinden sich auf www.g8-alternative-summit.org

Richard Oelmann

Der Autor ist Mitarbeiter bei WEED.

Weblinks:

1. Unter <http://www.g-8.de/Webs/G8/DE/Agenda-Programm/agenda.html> findet sich die offizielle Agenda der Bundesregierung. Wie jedes Jahr wird die Relevanz für spätere Verpflichtungen von Thema zu Thema jedoch unterschiedlich gewichtet sein.
2. Auf www.g8-alternative-summit.org befindet sich der ungekürzte Aufruf der Initiatoren.

Die Kirchen machen mobil zum G8-Gipfel

Wenn in Heiligendamm am 6. Juni der G8-Gipfel eröffnet wird, laden Kirchengemeinden in Rostock, in Köln der evangelische Kirchentag und Gemeinden in vielen Orten zu einem Gebet „8 Minuten für Gerechtigkeit“ ein, während unüberhörbar die Kirchenglocken läuten.

Die Kirchen und ihre Werke appellieren damit an die G8-Regierungen, Armutsbekämpfung und den behutsamen Umgang mit der Schöpfung zum Mittelpunkt ihrer Politik zu machen. Sie erinnern an die Millenniumsentwicklungsziele, die alle Staaten der Welt im Jahr 2000 verbindlich übernommen haben: „Wir haben eine Pflicht gegenüber allen Bürgern der Welt zu erfüllen, namentlich den schwächsten unter ihnen“. Gemeinsam wollen wir unsere Regierung und die der anderen G8-Staaten an diese Selbstverpflichtung erinnern.

Zur Vorbereitung der Aktion haben EED und „Brot für die Welt“ mit der Ev.- luth. Landeskirche Mecklenburgs eine Arbeits-

mappe „global & gerecht“ heraus gegeben. Sie enthält didaktisch aufgearbeitete Informationsblätter für den Einsatz in der Erwachsenenbildung zu den Themen G8-Gipfel, Klima, Agrarhandel, Patente am Beispiel HIV/Aids und Entschuldung.

Heiliger Damm des Gebets

Am 3. Juni wird mit einem besonderen Gottesdienst im Münster von Bad Döberan der Kinder gedacht, die täglich wegen ihrer Armut sterben müssen - weil sie unterernährt sind, kein sauberes Trinkwasser haben oder an vermeidbaren Krankheiten leiden. Für jedes dieser 30.000 Kinder wird eine Kerze entzündet, die von dort in 100 Gemeinden um Heiligendamm herum mitgenommen werden und so einen „Heiligen Damm des Gebets“ bilden.

Ihre Stimme zählt

Ernährungssicherheit braucht einen Wandel im Handel fordert die Kampagne „Niemand isst für sich allein“ von „Brot für die Welt“. Anlässlich des G8-Gipfels wird deshalb in einer Unterschriftenaktion

auf Bannern und Plakaten Bundeskanzlerin Angela Merkel aufgerufen, sich für die Millenniumsentwicklungsziele und gerechten Welthandel einzusetzen. Drei konkrete Forderungen schließen sich an:

- Arme Länder müssen ihre bäuerliche Agrarproduktion vor Billigimporten schützen können
- Multinationale Lebensmittel- und Agrarkonzerne brauchen soziale und ökologische Grenzen
- Agrarsubventionen der EU dürfen nicht unfair für Dumping benutzt werden

Zum G8-Gipfel in Heiligendamm im Juni 2007 werden die Unterschriften überreicht.

Carolin Callenius

Die Autorin koordiniert die Kampagne für Ernährungssicherheit „Niemand isst für sich allein“ bei Brot für die Welt.

Bezug der Materialien:

Die Andacht „8 Minuten für Gerechtigkeit“, die Arbeitsmappe „global & gerecht“ und die Unterschriftenplakate „Ihre Stimme zählt“ erhalten Sie im Vertrieb von „Brot für die Welt“, Karlsruhe Str. 11, 70771 Leinfelden-Echterdingen, Tel. 0711-9021650. Informationen im Internet: www.kircheundg8.de, www.G8minuten.de und www.brot-fuer-die-welt.de/g8



Aktuell

CSD-Vorbereitungstagung

Übernimmt die OPEC die CSD?

Vom 26.2. bis 2.3. fand im New Yorker UN-Hauptquartier die Vorbereitungstagung (Intergovernmental Preparatory Meeting, IPM) der Commission for Sustainable Development (CSD) statt. Sie war gegenüber 2006 ein herber Rückschlag.

»We are putting at risk the legitimacy and reputation of the CSD, which is already under question since the last implementation cycle.« Für eine normalerweise von diplomatischen Formulierungskünsten geprägte Sitzung in den Vereinten Nationen war dieses Zitat aus dem Schlussstatement der EU in der Tat eine deutliche Aussage. Aber sie war gerechtfertigt. Was der diesjährige Vorsitzende der CSD, Katars Energieminister Abdullah Bin Hamad al-Attiyah als Vorschlag für ein Verhandlungsdokument präsentierte, war durch den Eröffnungssatz »Fossil fuel energy sources will remain the major contributor in the energy mix for many decades to come« bereits treffend charakterisiert. Das täglich verteilte NGO-Konferenzblättchen »Taking Issue« hatte dafür nur die Schlagzeile übrig: »Chair's text rings death knell for the CSD.«

Klarer Rückschritt

Energie ist neben Klimawandel, Luftverschmutzung und industrieller Entwicklung das Thema des laufenden Zweijahreszyklus der CSD. Nachdem letztes Jahr ein sogenanntes »Review-Jahr« ohne verhandelte Texte war, steht nun für 2007 die Verabschiedung eines Dokumentes zu den genannten Themen an. Das IPM war die Vorbereitungstagung für die eigentliche, im Mai stattfindende 15.CSD und sollte eine Verhandlungsgrundlage erarbeiten.

Inhaltlich war das IPM ein klarer Rückschritt gegenüber den Diskussionen 2006. Die Diskussion war bestimmt von den OPEC-Ländern, die auch den Vorsitzenden stellten. Kaum ein Entwicklungsland, das Öl nicht exportiert, sondern für teures Geld bei der OPEC einkaufen muss, meldete sich zu Wort. Barbados und Tuvalu waren die einzigen, die neben

der EU klare Kontrapunkte setzten. Die restlichen Delegierten brachten das Kunststück fertig, an einem Tag den Ausbau der fossilen Energiesysteme zu fordern und am nächsten Tag über den Klimawandel zu jammern, an dem aber selbstverständlich die Industrieländer schuld sind und die dafür bitteschön die armen Entwicklungsländer dann bei der Anpassung unterstützen müssen. Aus dem Munde eines Delegierten aus Saudi-Arabien, Kuwait oder Venezuela klingt so etwas allerdings reichlich verlogen, insbesondere wenn diese dann auch noch Entschädigungszahlungen für Ölexporteure für angeblich entgangene Einnahmen durch Klimaschutzmassnahmen fordern. Aber dieser Widerspruch schien nur den NGOs aufzufallen, die in ihrem Beitrag auf die völkerrechtliche Verpflichtung aller Vertragsstaaten der Klimakonvention verwiesen, die Treibhausgaskonzentration auf einem ungefährlichen Niveau zu stabilisieren, und dass dies nicht damit kompatibel ist, alle verfügbaren fossilen Brennstoffe tatsächlich zu verbrennen.

Einfluss des Vorsitzenden

Ein strukturelles Problem der CSD, das sich dieses Jahr besonders bemerkbar macht, ist der enorme Einfluss des Vorsitzenden auf die Verhandlungen. Abdullah Bin Hamad al-Attiyah ist stellvertretender Ministerpräsident und Energieminister, während die anderen Mitglieder des CSD-Boards Ministerialbeamte sind. Von solchen Leuten lässt sich ein Vizepremier natürlich nichts sagen. Al-Attiyah hat offensichtlich vor, der CSD seinen Stempel aufzudrücken, mit anderen Worten: ihr die Energiepolitik eines OPEC-Mitglieds aufzudrücken. Schon letztes Jahr hatte er angeboten, die CSD könne doch in Katar tagen, die Kosten würden selbstverständlich übernommen. Auch auf der formalen Ebene schreckte al-Attiyah vor manchen Provokationen nicht zurück. Das traditionelle Treffen mit den Vertretern der »major groups«, also den nichtstaatlichen Gruppen, verweigerte er. Beim Multistakeholder-Dialog zu Beginn des IPM gaben zwar die 9 major groups ihre Stel-



lungnahme ab, aber keine einzige Regierung fühlte sich bemüßigt, das zu kommentieren. Statt wie andere Vorsitzende vor ihm die Regierungen zu Redebeiträgen aufzufordern, dankte ihnen der Vorsitzende dafür auch noch. Auch das nahmen die Regierungen schweigend hin.

Weichenstellung nötig

Wenn die CSD auf diesem Weg weitermacht und sich die Mehrheit der Regierungen derart widerstandslos von einer kleinen Gruppe entschlossener Gegner nachhaltiger Entwicklung wie der OPEC dominieren lässt, verliert sie in der Tat ihren Sinn. Die 15. CSD im Mai wird auch die Weichen dafür stellen, ob die CSD in die Irrelevanz wie so manche andere UN-Kommission abgleitet. Für die Vereinten Nationen und den Multilateralismus wäre das ein Alarmzeichen. Während die Probleme nicht-nachhaltiger Entwicklung heute die Tagesordnung fast aller internationaler Wirtschaftstreffen bestimmen, würde die UN sich als Verhandlungsort selbst ins Abseits stellen. Die Beschlüsse würden dann eben bei der G8, G8+5 oder an Orten wie Davos fallen. Die Hauptleidtragenden wären all jene Länder, die während des IPM nichts getan haben, die OPEC zu stoppen, mit anderen Worten: die meisten Entwicklungsländer.

Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung.

Website: <http://www.un.org/esa/sustdev/>;
»Taking Issue« gibt es unter www.anped.org



Forum Umwelt & Entwicklung und WWF Deutschland starten Plattform „Nachhaltige Biomasse“

Derzeit ist eine rasant ansteigende Nachfrage nach Bioenergie auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu beobachten. Anbau und Nutzung von Biomasse werden öffentlich gefördert, um die Substitution von fossilen Energieträgern durch Erneuerbare voranzubringen. Die damit einhergehenden Folgen sind bislang nur unzureichend analysiert und eingeschätzt worden. Dies gilt sowohl für Produktion, als auch für Handel und Nutzung der Biomasse.

Eine Bewertung der potentiellen Wirkungen des Biomasseausbaus auf den weltweiten Ressourcenhaushalt (Biodiversität, Klima, Böden, Gewässer) und auf die soziale und wirtschaftliche Situation der sog. Schwellen- und Entwicklungsländer (u.a. Landnutzungskonflikte, Ernährungssicherheit) ist dringend erforderlich.

Um die Biomassenutzung als einen dauerhaften, gesellschaftlich akzeptierten Lösungsansatz für den Klimaschutz und die regionale Entwicklung zu verankern, ist es erforderlich, den Ressourcenschutz (Klima- und Umweltschutz) mit den ent-

wicklungspolitischen Zielen zu verbinden und konsequent in die politische Debatte zu integrieren. In dem Projekt soll auch diskutiert werden, inwieweit die Verankerung von Umwelt- und Sozialstandards einen Lösungsansatz für einige der zu befürchtenden Probleme darstellt und wie diese Standards aussehen sollten.

Ziel der vom Umweltbundesamt geförderten Plattform „Nachhaltige Biomasse“ ist es, das Thema Biomasseproduktion, -nutzung und -handel an der Schnittstelle Energie-, Umwelt-, Entwicklungs- und Agrarpolitik aufzugreifen, Wissen zu vernetzen und zu Schwerpunktthemen ge-

meinsam abgestimmte Positionen und Forderungen zu entwickeln. Die gemeinsamen Forderungen von Umwelt- und Entwicklungsverbänden sollen in die aktuellen politischen Prozesse und Gesetzesinitiativen auf nationaler und europäischer Ebene sowie in die globalen Initiativen zur Förderung des Bioenergieausbaus eingebracht werden.

Vor diesem Hintergrund richtet sich die „Plattform „Nachhaltige Biomasse“ an die deutschen Umwelt-, Naturschutz- und Entwicklungsverbände, die zum Thema Produktion, Handel und Nutzung von Biomasse arbeiten. Nachhaltige Biomasseproduktion kann nur mit breiter gesellschaftlicher Akzeptanz erfolgreich gelingen.

*Ansprechpartner/Kontakt:
Imke Lübbecke; WWF Deutschland
imke.luebbecke@wwf.de
Gerald Knauf, Forum Umwelt und Entwicklung
gerald@forumue.de*

Die WTO-Verhandlungen laufen weiter

„Gerechtigkeit Jetzt! – Die Welthandelskampagne“ protestiert gegen Freihandelspolitik beim G8-Gipfel

Nach dem Kollaps der Verhandlungen im Juni 2006 sind die Gespräche in der WTO wieder aufgenommen worden: Seit November zunächst nur auf der „technischen Ebene“ und seit dem World Economic Forum im Januar 2007 wieder mit voller Fahrt. Also „Business as usual“ bei den Welthandelsgesprächen? In der Tat, auch wenn die (wirtschaftlichen) Spannungen zwischen den Mitgliedsstaaten enorm sind, gelingt es den dominanten Playern den Verhandlungsprozess zu einer Verschärfung der Liberalisierungsregeln Stück für Stück voranzutreiben.

Zurzeit ist allerdings keineswegs abzusehen wie sich die Doha-Runde entwickeln wird oder wann die vertragsgemäß für dieses Jahr vorgesehene Ministerkonferenz stattfinden wird und in welcher Form. Zu beobachten ist jedoch, dass das internationale handelspolitische Pendeldiplomatie, insbesondere der Staaten der „neuen Quad“, die EU, USA, Indien und Brasilien, nicht nachlässt. Deutlich geworden ist aber auch, dass das ständige Setzen von „Deadlines“ von offizieller Seite kaum mehr ist als geschickte Verhandlungstaktik um Druck aufzubauen,

ohne substantielle Relevanz. WTO-intern gesetzte Fristen verstreichen genauso unbeachtet, wie das Auslaufen der handelspolitischen Sondervollmacht des US-Präsidenten mit seinem raschen Herannahen an Bedeutung zu verlieren scheint. Hieß es vor wenigen Monaten noch, dass ohne pünktliche Vorlage eines neuen WTO-Vertragsentwurfs zum 1. April an den US-Senat, die Doha-Runde gestorben sei, ist davon gegenwärtig keine Rede mehr. Ob in wenigen Wochen, Monaten oder erst im kommenden Jahr, ein handstreichartiger Abschluss ist jederzeit wei-

terhin möglich – wenn aus Sicht der Hauptakteure die Ergebnisse stimmen. Angesichts der zu erwartenden massiven Liberalisierungswelle ist es auch kein Wunder, dass die Interessen an einer Fortsetzung der Gespräche weiterhin stark sind – trotz ihrer inzwischen siebenjährigen Dauer.

Für die WTO-Verhandlungen wird der G8-Gipfel keine unmittelbare Bedeutung haben. Die technische und politische Komplexität der Handelsverhandlungen hat gegenüber den stark auf öffentliche Wirkung ausgerichteten Gipfeln eine inkompatible Eigendynamik.

Dennoch stehen Handelsfragen für das Treffen in Heiligendamm ganz oben auf der Agenda:

Bei der Frage „globaler Ungleichgewichte“ zwischen den verschiedenen Wirtschaftsräumen, bei der Investitionspolitik und bei den geistigen Monopolrechten. Gerechtigkeit Jetzt! wird deshalb auch Teil des Protests der Zivilgesellschaft



Foto: Gerechtigkeit Jetzt! – Die Welthandelskampagne

zum G8-Gipfel in Rostock/Heiligendamm sein. Die Kampagne gehört zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs zur internationalen Großdemonstration in Rostock am Samstag 2. Juni. Dabei wird es einen umfangreichen Großpuppenblock geben.

Am Alternativgipfel in Rostock vom 5. bis 7. Juni nimmt Gerechtigkeit Jetzt! dann mit Workshops zum Thema Welthandel teil. Für die Podiumsdiskussionen konnten wir Walden Bello von „Focus on the Global South“ und Jane Nalunga von „SEATINI“ gewinnen.

Auch während des G8-Gipfels am 7. Juni wird es schließlich eine große Gerechtigkeit-Jetzt!-Großpuppenparade geben.

Außerdem wird für die gesamte Protestwoche ein mobiles Großpuppenteam gebildet, das sich immer wieder spontan zu Aktionen zusammenfinden wird.

Begleitend zu den G8-Protesten wird Gerechtigkeit Jetzt! auch auf dem Kirchentag in Köln ab dem 6. Juni mit einem Marktstand vertreten sein.

Viele kreative Großpuppen als ein Markenzeichen der Gerechtigkeit Jetzt!-Aktionen sind bereits entstanden und viele weitere werden noch in zahlreichen überregionalen Workshops gebaut werden. Eine Liste dazu findet sich im Internet unter www.weltweit-taube-ohren.de. Für den Transport nach Rostock stellt das Aktionsbüro in Bonn Hilfe bereit (0228/3681010; info@gerechtigkeit-jetzt.de).

Es finden zwei offene Gerechtigkeit-Jetzt!-Aktionskonferenzen am 26. April in Lübeck und am 12. Mai in Köln statt, mit Workshops, (Puppen)-Aktionen, Vorträgen u.v.m. (auch dazu mehr Infos im Internet und Anmeldung im Aktionsbüro), zu denen alle Interessierte eingeladen sind, um sich an der Vorbereitung der G8-Proteste zu beteiligen und auch schon einmal den Puppeneinsatz zu probieren.

Alexis Passadakis

Der Autor ist Koordinator von Gerechtigkeit Jetzt!.



Ländlicher Raum neu entdeckt?

Neuaufgabe des Forums für Ländliche Entwicklung von der Europäischen Kommission

Die Europäische Kommission organisiert fünf Jahre nach dem Rural Forum in Montpellier ein weiteres großes internationales Treffen. Bei dem Second European Forum on Sustainable Rural Development werden vom 18.-22. Juni rund 350 Parlamentarier und Experten in Berlin zusammenkommen um über den „wieder entdeckten“ ländlichen Raum und die Rolle der europäischen Geberländer zu diskutieren.

Anders als in Montpellier wird diesmal mit Afrika ein starker regionaler Schwerpunkt gelegt: „Sustainable Growth and Poverty Reduction in Rural Africa: How can Europe be a more effective partner?“, so der Untertitel. Das Rural Forum soll in erster Linie eine „Fortbildungsveranstaltung der EU“ werden, in der sich europäische und auch afrikanische Parlamentarier ganz im Sinne der Paris-Deklaration zur verbesserten Geberharmonisierung und der Ausrichtung an der jeweiligen Politik der Empfängerländer (Alignment) zusammen finden. Neben der Europäischen Kommission ist vor allem Deutschland mit der derzeitigen Ratspräsidentschaft die treibende Kraft hinter dem Rural Forum.

Schwerpunkthemen

Neben einer Debatte um die Effektivität von Entwicklungszusammenarbeit wird ein thematischer Schwerpunkt des Forums sicherlich die Economic Partnership Agreements (EPAs) zwischen der Europäischen Union und den AKP-Staaten sein. Auch die Bioenergie, die Auswirkungen des Klimawandels auf die Landwirtschaft und die Rolle von Wissenschaft und technologischen Innovationen werden thema-

tisiert. Gentechnik jedoch und angegliederte Bereiche wie der Zugang zu Saatgut werden gänzlich ausgeklammert! Dieser unbequeme Themenkomplex soll nach Angaben der Organisatoren einer harmonischeren und produktiveren Konferenz geopfert werden. Eine fragliche Gleichung. Positiv zu bewerten ist, dass die Rolle von Agrarreformen als ein Instrument ländlicher Entwicklung diskutiert werden soll.

Betrachtet man die vorläufige Agenda der Konferenz etwas genauer, ist eine Tendenz besonders auffällig. Kleinbäuerliche Landwirtschaft wird weniger als ein Lösungsansatz beschrieben, eher als Problem. Dieses kann sich nur durch eine Integration in die internationalen Zulieferketten auflösen. Dass eine angepasste Landwirtschaft mit dem Fokus auf lokale, aber auch nationale Märkte eine wichtige Funktion im ländlichen Raum innehat und die zentrale Stütze der Ernährungssicherung bildet, findet in dem vorläufigen Programm keine Berücksichtigung. Die Vernachlässigung der lokalen und nationalen Märkte zu Gunsten wirtschaftlicher Integration, also internationalem Handel und Wettbewerb, kann gerade für die arme und hungernde Landbevölkerung keine Lösung sein. Diese eigentliche Zielgruppe der Entwicklungszusammenarbeit sollte, wie es bspw. auch die Freiwilligen Leitlinien zum Recht auf Nahrung nahe legen, ins Zentrum jeder Bemühungen gestellt werden. Auf den mehr berüchtigt als berühmten Trickle-Down-Effect zu hoffen, kann nicht das Konzept der ländlichen Entwicklung für Afrika sein.

Einbeziehung der Zivilgesellschaft

Den Forderungen der ländlichen Bevölkerung mehr Gehör zu verschaffen, fällt wohl der Zivilgesellschaft anheim. Die Europäische Kommission hatte zwar angekündigt, die Zivilgesellschaft und deren VertreterInnen stärker als noch vor 5 Jahren in diesem Forum partizipieren zu lassen. Ob sie aber als gleichberechtigte

TeilnehmerInnen und DiskussionspartnerInnen im Rural Forum auftreten werden können, oder nur schmückendes Beiwerk sein sollen, ist noch offen. Um der Zivilgesellschaft einen angemessenen Raum zu geben und deren Themen und Forderungen mehr Gehör zu verschaffen, wird unter dem Dach des Forums Umwelt und Entwicklung eine Vor-Konferenz organisiert, die vom 15.-17. Juni auch in Berlin statt finden wird.

Hier soll ein reger Informationsaustausch der Zivilgesellschaft bezüglich der Erfahrungen mit den Geberländern stattfinden. Zudem sollen die Interessen der Nichtregierungsorganisationen und Sozialen Bewegungen gebündelt und formuliert werden um zum Auftakt des EU-Forums mit klaren Forderungen der Betroffenen aufzuwarten.

Auch VertreterInnen verschiedener privater Stiftungen sind zum EU-Forum eingeladen. Interessant wird sicherlich ob sich unter ihnen die Bill & Melinda Gates Foundation und Rockefeller Foundation mit ihrem angekündigten Megaprojekt Alliance for a Green Revolution in Africa befinden - und welche Resonanz das Vorhaben auslöst. Das dafür geplante Jahresbudget von 3 Mrd. US\$ übersteigt jenes der FAO um das sechsfache! Durch deren Fokus auf eine technisierte und von hohem Input geprägte Landwirtschaft könnte sich die Europäische Union ganz im Sinne der Geberharmonisierung ausschließlich dem Bereich einer angepassten kleinbäuerlichen Landwirtschaft widmen...

Roman Herre

Der Autor ist Agrarreform-Referent bei FIAN Deutschland und koordiniert die zivilgesellschaftliche Beteiligung beim Rural Forum.



Die Allianz für Ernährungssouveränität vergrößert sich

Mehr als 500 Delegierte trafen sich in Mali

Die Regierungen von Mali und Nepal haben das Konzept der Ernährungssouveränität^[1] als Leitbild für ihre Ernährungspolitik anerkannt und in die Verfassung aufgenommen. Mehr als 500 Delegierte von verschiedenen sozialen Bewegungen aus über 80 Ländern vom 23. bis 27. Februar 2007 kamen in dem Dorf Selingué in Mali zusammen, um die globale Bewegung für Ernährungssouveränität zu stärken und zu verbreitern.

Dabei waren Vertreter und Vertreterinnen von Kleinbauern, Landlosen, Pastoralisten, indigenen Bevölkerungsgruppen, Fischern, Landarbeitern, Waldbewohnern, Frauen, Jugendlichen, Umweltschützern und Konsumenten. Für die Delegierten wurde – zwei Autostunden von der Hauptstadt Bamako entfernt – extra ein typisch afrikanisches Dorf gebaut, das zukünftig als Tagungsort dienen wird. Diese Art der Veranstaltung war wesentlich günstiger als eine Unterbringung in der Hauptstadt. Bei Temperaturen bis zu 40° Celsius und der Übernachtung in Rundhütten für sechs Personen, bei einfachen sanitären Anlagen und einfacher afrikanischer Küche konnte man gut die Lebensumstände der Landbevölkerung nachvollziehen. Das Forum hatte drei Ziele:

1. Es sollte das Verständnis von Ernährungssouveränität unter den beteiligten sozialen Bewegungen gestärkt werden. Vor allem sollte definiert werden, welches Konsum- und Produktionsmodell zur Ernährungssouveränität passt.
2. Der Dialog und die Bildung von Allianzen zwischen den verschiedenen Sektoren sollte auf der Basis einer gemeinsamen Analyse, Ziel- und Strategiebildung ausgebaut werden,
3. Es sollten gemeinsame Strategien, ein gemeinsamer Aktionsplan und gemeinsame Verpflichtungen für den Einsatz für Ernährungssouveränität entwickelt werden.

Eine Breite Allianz bildet sich

Nach mehreren Workshops zu Teilaspekten von Ernährungssouveränität, regionalen Meetings und Treffen innerhalb der verschiedenen sozialen Bewegungen wurde vom Plenum eine politische Erklärung verabschiedet, die für die nächsten Jahre als Referenzpunkt für das weitere politische Vorgehen in Sachen Ernährungssouveränität zu verstehen sein wird. Diese Erklärung stellt bewusst die Produzenten und Produzentinnen von Nahrungsmitteln in den Mittelpunkt und weist die Dominanz von neoliberalen Markterfordernissen oder von transnationalen Konzernen zurück. Ernährungssouveränität bedeutet, dass die verschiedenen Bevölkerungsgruppen das Recht auf eine gesunde und kulturell angepasste Nahrung haben, dass Nahrungsmittel ökologisch und nachhaltig produziert werden und dass diejenigen, die Nahrungsmittel produzieren, eine aktive Rolle bei der Gestaltung der Ernährungspolitik spielen.

Highlights der Erklärung

Ernährungssouveränität möchte Wirtschaftssysteme stärken, die auf lokale und regionale Märkte aufbauen und soziale und ökologische Nachhaltigkeit ermöglichen. Dies beinhaltet einen transparenten Handel, der den Nahrungsmittelproduzenten ein gerechtes Einkommen garantiert und auch die Rechte der Konsumenten auf eine angemessene Ernährung stärkt.

Die Produzenten sollen sichere und garantierte Zugangsrechte zu bebaubarem Land, Nutzungsgebieten (vor allem für indigene Gemeinschaften und Tierhalter) Wasser, Saatgut und Nutztieren haben. Für viele Länder impliziert dies Agrarformen, die eine gerechte Verteilung von Nutzungsgebieten zwischen Fischern, Bauern, Viehhaltern, Landlosen und indigenen Gemeinschaften umfasst. Ernährungssouveränität kann auch im Falle von Katastrophen oder Konflikten als „Versicherung“ dienen, da sie gezielt lokale Selbsthilfekräfte und -organisation fördert.

Kein Platz im Konzept von Ernährungssouveränität haben neoliberale oder neokoloniale Gesellschaftssysteme, die zu

Verarmung und Ressourcenausbeutung führen. Insbesondere das Dumping von Nahrungsmitteln unterhalb der Produktionskosten, die Verbreitung von gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln, das Wiederbeleben der Grünen Revolution für Afrika und die industrielle Erzeugung von Biomasse in Monokulturen, wie sie z.B. in Indonesien und Brasilien geplant ist, wird strikt abgelehnt. Auch der Privatisierung und Kommerzialisierung von Land, Wasser, Biologischer Vielfalt, Saatgut und öffentlichen Dienstleistungen wird eine Absage erteilt.

Das Forum hat gezeigt, dass für viele Nahrungsproduzenten ähnliche soziale, ökologische und wirtschaftliche Bedrohungen existenzgefährdend sind. Insbesondere die neoliberale Ernährungspolitik und die Geschäftspolitik der transnationalen Konzerne werden als Angriff auf Lebensgrundlagen verstanden. Deshalb kam es recht schnell zu einer Konsensbildung und Ernährungssouveränität wurde als gemeinsames Leitbild anerkannt. Die aus der politischen Erklärung abgeleiteten Aktionen sollen nun mit regional unterschiedlichen Schwerpunkten umgesetzt werden. Auf europäischer Ebene ist für September in Budapest ein Follow-up geplant, das neben den für Europa verabredeten Aktionen auch die Basis verbreiten soll. Auch NROs und sozialen Bewegungen in Deutschland werden zu der Debatte um Ernährungssouveränität in Kombination mit dem Recht auf Nahrung Stellung beziehen müssen, da sie auf internationaler Ebene schon längst am Laufen ist.

Bernhard Walter

Der Autor ist Referent für Ernährungssicherung, Landwirtschaft und Umwelt bei Brot für die Welt

Lesen Sie mehr unter www.nyeleni2007.org

¹ Beim Welternährungsgipfel in Rom 1996 wurde vom internationalen Kleinbauernverband La Via Campesina das Konzept der Ernährungssouveränität erstmals als politisches Gegenmodell zur neoliberalen Agrar- und Ernährungspolitik auf die politische Agenda gesetzt. In den letzten zehn Jahren wurde es hauptsächlich von La Via Campesina weiterentwickelt.



Debatte um Beratungsgremium

Internationaler Mechanismus zur wissenschaftlichen Expertise zur Biodiversität

Seit Anfang 2005 wird wieder verstärkt über die Einrichtung eines globalen wissenschaftlichen Beratungsmechanismus' zur Biodiversität diskutiert (sog. IMoSEB-Prozess). Bislang zeichnet sich dabei kein eindeutiges Ergebnis ab, auch wenn die Einsicht zunimmt, dass solch ein Mechanismus nötiger denn je ist.

Seit der Verabschiedung der Biodiversitätskonvention (CBD) gab es auf der internationalen Ebene immer wieder Überlegungen, ein kontinuierliches und hochrangiges Wissenschaftsgremium zur Beratung der Politik in Biodiversitätsfragen zu schaffen. Vorbild war dabei stets das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), dessen Berichte zum Klimawandel eine wichtige Instanz in den Verhandlungen zum Klimarahmenkonvention darstellen. Dabei zeigte sich jedoch, dass die Einrichtung eines solchen Gremiums im Biodiversitätsbereich weit- aus schwieriger umzusetzen ist.

Dies wurde auch in der aktuellen Diskussion zum IMoSEB (International Mechanism of Scientific Expertise on Biodiversity) schnell deutlich. Auslöser für die Diskussion war eine Initiative Frankreichs, die Präsident Chirac auf der internationalen Konferenz „Biodiversity and Governance“ im Februar 2005 in Paris ins Leben rief. Von der wissenschaftlichen Seite wird die Entwicklung vornehmlich durch das internationale Forschungsprogramm DIVERSITAS unterstützt (www.diversitas-international.org). Die Debatte um IMoSEB war dabei von Beginn an als offener Prozess angedacht, um nicht nur mögliche Formen des Gremiums, sondern auch grundsätzlicher dessen Notwendigkeit zu diskutieren. Nur unter dieser Bedingung war die Bereitschaft vorhanden, überhaupt über die mögliche Einrichtung zu diskutieren, wie sich etwa auf dem IMoSEB-Side Event auf der 8. Vertragsstaatenkonferenz der Biodiversitätskonvention (COP8) in Curitiba zeigte. In den Jahren 2005 und 2006 wurde eine offene Konsultation durchgeführt. Dabei war auffällig, dass die öffentliche Diskussion nur

sehr schleppend lief. So wurde etwa das Diskussionsportal unter www.imoseb.org kaum genutzt. Allerdings wurde deutlich, dass von Seiten der Wissenschaft eine Lösung bevorzugt wird, die sich sehr stark am Vorbild des IPCC orientiert (vgl. z.B. Loreau et al.: *Nature* 442, 245-246).

UFZ-Workshop

Als Beitrag zur Diskussion veranstaltete das UFZ zusammen mit anderen Partnern im Oktober 2006 in Leipzig einen Workshop, auf dem internationale Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und internationaler Biodiversitätspolitik die Möglichkeiten und Chancen eines solchen Gremiums auf der Basis zurückliegender Erfahrungen wie dem IPCC, dem Millennium Ecosystem Assessment und anderen Prozessen diskutierten (Ergebnisse siehe unter www.ufz.de/spi-workshop). Dabei wurden insbesondere zwei Aspekte besonders deutlich.

1. Aufgrund der bereits vorhandenen zahlreichen Institutionen in der Biodiversitätsforschung und -beratung scheint es wenig sinnvoll, eine neue große Zusatzstruktur zu konstruieren. Zudem dürfte diese wegen der regionalen und lokalen Besonderheiten nicht nur auf der globalen Ebene angesiedelt sein, sondern müsste das Zusammenspiel der verschiedenen räumlichen Ebenen berücksichtigen. Damit scheint eine Metastruktur als „Netzwerk von Netzwerken“ auf verschiedenen Ebenen sinnvoll zu sein, das die bestehenden Ergebnisse und Analysen (z.B. Global Biodiversity Information Facility (GBIF), Globale Taxonomie Initiative (GTI), International Union for Conservation of Nature and Natural Resources (IUCN)) bündelt und politikrelevant aufarbeitet.

2. Das zu berücksichtigende Wissen in der Arbeit des Gremiums darf sich nicht allein auf die „westliche“ Wissenschaft beschränken, sondern muss gerade bei der Biodiversität auch Praxiswissen aller Art (einschließlich traditionalem und indigenem Wissen) berücksichtigen. Hierfür müssten entsprechende Mechanismen in die Wissensgenieung eingebaut werden.

Aktueller Stand: Pro und Contra

Ende 2006 erstellte das Steering Committee des IMoSEB-Prozesses eine Liste möglicher Optionen für die Gestaltung des Mechanismus (zu finden unter www.imoseb.org). Diese werden nun im Laufe der ersten Hälfte des Jahres 2007 in regionalen Konsultationen breit erörtert, insbesondere geht es nun um die stärkere Einbindung von Regierungen in die Diskussionen.

Ziel ist es, bis zur 9. Vertragsstaatenkonferenz der Biodiversitätskonvention 2008 in Bonn einen ersten konkretisierten Vorschlag vorliegen zu haben.

Die kritischen Punkte liegen dabei auf der Hand: Mandat und Zielsetzung des Mechanismus bestimmen im hohen Maße die Aussagekraft möglicher Analysen. Bislang gab es von verschiedenen Seiten im CBD-Prozess stets große Widerstände gegenüber „unabhängiger“ Beratung (so z.B. die Konflikte um den SBSTTA, das Beratungsgremium der CBD oder auch um die Anerkennung des Global Biodiversity Assessments von 1995). Diese Widerstände zeigen sich auch in den Diskussionen zu IMoSEB. Sie werden durch die vorherrschende Ansicht noch verstärkt, es müssten die („richtigen“) wissenschaftlichen Ergebnisse „nur“ besser in die Politik hinein kommuniziert werden - was aber genau die Nachfrage von der Politikseite ist, wird dabei nur wenig berücksichtigt.

Eng damit verbunden ist auch die geringe Bereitschaft in der internationalen Politik, die Einrichtung eines solchen Mechanismus zu finanzieren. Allein deswegen scheint, wenn überhaupt, die Einrichtung eines „schlanken“ Mechanismus, etwa in Form eines kleinen Gremiums ausgewählter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit einem schlanken Sekretariat am wahrscheinlichsten. Ob dies aber wirklich Realität wird, ist auch nach fast 2 Jahren Diskussion absolut offen.

*Carsten Neßhöver, Silke Beck,
Christoph Görg*

Die Autoren sind Mitarbeiter des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung - UFZ



Das Tierzucht-Monopoly

Unternehmen steigern ihre Marktmacht

Verbraucher wissen in der Regel nicht, von welcher Tierrasse das Fleisch, die Milch oder die Eier stammen, die es in den Supermärkten oder beim Metzger gibt. Unwissentlich tragen sie durch ihr Einkaufsverhalten zur Entwicklung einer weltweiten genetischen Monokultur bei.

Verarbeitende Betriebe und auch die Hühner- und Schweinefabriken wollen meist möglichst einheitliche Tiere. Unbemerkt von der Öffentlichkeit hat ein Konzentrationsprozess nicht nur bei Produzenten und Verarbeitern, sondern auch in der Züchtung stattgefunden. Nicht nur mit neuen Technologien und neuen Unternehmen hat sich der Sektor reformiert, sondern sich auch neu bezeichnet, von „Tierzuchtunternehmen“ oder „Künstlichen Besamungsfirmen“ zu „Livestock Genetics“, übersetzt etwa „Nutztiergenetik“.

Nur vier Konzerne teilen sich den Weltmarkt für Zuchtmaterial für Legehennen, Masthähnchen, Truthähne und anderes Geflügel. Beim Schweinefleisch, dem weltweit meistkonsumierten Fleisch, wird bereits ein Drittel industriell produziert, wobei die Zuchtlinien sich immer mehr in der Hand von wenigen Firmen konzentrieren.

Auch bei der Genetik für die Rindfleisch- und Milchproduktion hat sich der Konzentrationsprozess erheblich beschleunigt. Der vertikalen Integration vom Futtermittel über die Genetik zur Verarbeitung weicht immer mehr die „genetische“ Integration: Der britische Konzern Genus plc vereinigt den weltweit größten Schweinezüchter PIC mit dem größten Rinderzüchter ABS und dem größten Shrimpszüchter Syaqua. Der Gentechnik-Riese Monsanto ist sowohl in der Schweine- als auch in der Rinder Genetik engagiert.

Nicht nur mit Zusammenschlüssen und Aufkäufen sondern auch durch Ausnutzung des Patentsystems versuchen die Unternehmen ihre Marktmacht zu steigern. Eine neue Studie¹ der Liga für Hirtenvölker und nachhaltige Viehwirtschaft beschreibt die neuen Entwicklungen. Sie wurde kürzlich in einer Pressekonferenz in Warder bei Hamburg vorgestellt, wo Greenpeace Europa's größten Park für seltene Haustierrassen betreibt. Greenpeace Deutschland, das die Studie finanziert hat, bezeichnet die neue Situation in der Tierzuchtindustrie treffend als Tierzucht-Monopoly. *Susanne Gura*

Die Autorin arbeitet für die Liga für Hirtenvölker und Nachhaltige Viehwirtschaft und ist eine der Koordinatorinnen der AG Biologische Vielfalt im Forum Umwelt und Entwicklung

¹ Susanne Gura (2007): *Livestock Genetics Companies. Concentration and proprietary strategies of an emerging power in the global food economy. League for Pastoral Peoples and Endogenous Livestock Development, Ober-Ramstadt, Germany*

Innovative Finanzierungsinstrumente

Echte Option oder Augenwischerei?

Die Bekämpfung von Hunger und Armut, Aids und Malaria, der Zugang zu Trinkwasser und Energie, Finanzierung von Bildung und globalem Umweltschutz: die Agenda der nachhaltigen Entwicklung braucht nicht nur politische Lösungen, sondern auch viel Geld. Daher wird intensiv über die Erschließung neuer Geldquellen debattiert.

NGOs müssen die nahe liegende Frage stellen, was denn alles schief läuft bei den Unsummen „alten“ Geldes, die in den schwarzen Löchern aus Subventionen, Kriegs- und Rüstungsausgaben, zweifelhaften Entwicklungsprojekten oder Steueroasen verschwinden. Zunehmend gewinnt aber auch die Diskussion um die Erschließung „neuer“ Geldquellen an Dynamik. „Innovative Finanzierungskonzepte“ als Weg aus der Sackgasse der – zumindest für die Finanzierung von Nachhaltigkeit – chronisch leeren Staatskassen werden seit einigen Jahren debattiert. In Oslo tagte im Februar eine Konferenz der

„Leading Group on Solidarity Levies to Fund Development“, die zeigte, wo die Debatte steht.

Ein kurzer Blick zurück: Nach der UN-Konferenz „Financing for Development“ 2002 im mexikanischen Monterrey und einem Spitzentreffen der Präsidenten Lula (Brasilien), Chirac (Frankreich) und Lagos (Chile) mit UN-Generalsekretär Annan sprachen sich 2004 bei der UN-Vollversammlung – vorbereitet von Frankreich, Brasilien, Chile und Spanien – 115 Staaten für die Einführung internationaler innovativer Finanzierungsmechanismen einschließlich internationaler Steuern aus.

Die Initiative von Chirac, Lula und Lagos und der von Frankreich vorgelegte, maßgebliche „Landau-Report“¹, waren der Start für die Bildung der „Leading Group“, in der derzeit 46 Staaten zu halbjährlichen Konferenzen zusammen kommen. Bei der jüngsten Sitzung in Oslo standen unter anderem Abgaben auf Flugtickets und auf Devisengeschäfte im Mittelpunkt².

Ticket Abgabe

Bei der Ticket-Abgabe präsentierte Flaggsschiff Frankreich in Oslo erste kon-

krete Erfahrungen. Seit dem 1. Juli 2006 erheben die Franzosen auf alle von Frankreich startenden Flüge einen „Solidaritätszuschlag“ – das Wort Steuer wurde bewusst vermieden. Für Inlands- und innereuropäische Flüge werden 1 Euro in der Economy Class und 10 Euro in der Business Class verlangt, bei Interkontinental-Tickets müssen vier bzw. vierzig Euro berappt werden.

255 Millionen Dollar brachten die Franzosen damit bisher zusammen. Das Ticket-Geld geht an UNITAID, eine Einrichtung zur Beschaffung von Medikamenten für HIV/Aids-, Tuberkulose- und Malaria-kranken in Entwicklungsländern, mit einem Budget von derzeit 400 Millionen Dollar. 17 weitere Staaten³ haben sich bereits zu Ticket-Abgaben entschlossen. Wie kreativ dabei gelegentlich „Entwicklungsfinanzierung“ ausgelegt wird, zeigt das Beispiel der Chilenen, die mit den Ticket-Dollars den eigenen Tourismus ankurbeln wollen, oder Brasiliens, das die heimische Entwicklung von Aids-Präparaten fördern will. Dennoch: für multilaterale Initiativen ist das ein beachtliches Tempo.



märkte zu stören - aber hoch genug, um signifikante Beiträge für Entwicklung zur Verfügung zu stellen: pro Jahr in der Euro-Zone etwa 4,3 Milliarden Dollar, in der Pfund Sterling-Zone zusätzliche 2,07 Milliarden Dollar, die nach dem Willen der Autoren vorrangig in Wasser- und sanitäre Versorgung, Seuchenbekämpfung und den Katastrophen-Fonds der UN fließen sollten.

Auf Anregung vor allem des norwegischen NGO-Forums wurde die Bildung einer Task Force zur Devisengeschäftssteuer in Aussicht gestellt. Das nächste Treffen der „Leading Group“ soll Anfang Juli unter südkoreanischer Präsidentschaft in Seoul stattfinden. 2008 folgt die Monterrey Nachfolgekonferenz in Doha, die weitere Staaten gewinnen und die Empfehlungen der Leading Group in konkrete Beschlüsse umsetzen könnte.

Instrumente kritisch prüfen

Die Debatte um die Abgabe auf Devisengeschäfte ist nicht nur eine neue Chance für diese Steueridee – sie zeigt auch, dass es bei der Diskussion um innovative Finanzierungsinstrumente nicht nur um Peanuts geht. NGOs müssen klar machen, dass diese Diskussionen nicht ablenken dürfen – etwa vom Versagen und den Rechenricks der Industriestaaten beim Einlösen ihres Versprechens, 0,7% ihres Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungshilfe bereit zu stellen. Die verheerende Wirkung ihrer Subventionspolitik auf schwach- oder unterentwickelte Länder darf nicht kaschiert werden durch ein bisschen „neues“ Geld aus netten Solidaritäts-Abgaben. Umgekehrt aber sind Probleme, Geldbedarf und Zeitdruck zu groß, um nicht auch die Chancen solcher Instrumente kritisch zu prüfen und zu nutzen.

Stefan Krug⁴

Der Autor ist Leiter der Politischen Vertretung Berlin von Greenpeace Deutschland

¹ The Landau Commission Report on Innovative Development Funding Solutions, December 2004 zu finden unter www.diplomatie.gouv.fr/actual/pdf/landau_report.pdf.

² Konferenzwebsite mit allen Unterlagen und Studien unter www.innovativefinance-oslo.no

³ Brasilien Chile, Elfenbeinküste, Gabun, Guinea, Jordanien, Kambodscha, Kamerun, Kongo, Luxemburg, Madagaskar, Mali, Mauritius Nicaragua, Norwegen, Südkorea und Zypern.

⁴ Mit Dank an Jürgen Knirsch

Aber was hat Fliegen mit Aids-Bekämpfung zu tun? „You fly – I live! Thanks!“ lautet der Slogan der UNITAID-Kampagne, dessen unfreiwilliger Zynismus an die Rettung des Regenwaldes durch den Kauf von Bierkästen oder Flugtickets bestimmter Gesellschaften erinnert. Auf der Osloer Konferenz wurde darüber debattiert, ob gerade bei Flugabgaben nicht ein klarer Bezug zum Klimaproblem wichtig wäre, um nicht nur Geld zu generieren, sondern auch Verhaltensänderungen zu bewirken. Denn die französische Ticket-Tax hat keinerlei ökologische Lenkungswirkung; seit ihrer Einführung ist die Zahl der Fluggäste sogar um 7 Prozent gestiegen.

Sollten die Ticket-Millionen also nicht für Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel verwendet werden, der doch gerade die am meisten trifft, die ihn am wenigsten verursachen? Das „Oxford Institute for Energy Studies“ legte dazu in Oslo das Konzept einer „International Air Travel Adaptation Levy“ (IATAL) vor. Sogleich regte sich Protest: vor allem Brasilien wehrte sich vehement gegen eine befürchtete „Ökologisierung“ der „Solidarity levies“. Doch nicht nur hat Anpassung an den Klimawandel nichts mit Umweltschutz zu tun. Etliche Redner und auch die norwegische Präsidentschaft der „Leading Group“ wollten vor allem der

überholten Frontstellung „Umwelt“ contra „Entwicklung“ nicht folgen und empfahlen nachdrücklich, am Thema „Geld für Klimaanpassung“ dran zu bleiben.

Devisentransaktionssteuer

Spannend wurde es auch, als die britische NGO „Stamp out poverty“ als innovatives Finanzierungsinstrument eine Devisentransaktionssteuer vorschlug, die sie im Auftrag der norwegischen Regierung erarbeitet hatte. Devisentransaktionssteuer? Die gute alte Tobin-Tax? In Oslo war aus ihr eine „Currency Transaction Development Levy“ (CTDL) geworden, die deutliche Unterschiede zur Tobin-Tax aufweist. Tobin wollte mit seinem Vorschlag von 1972 Sand ins Getriebe der Devisenspekulationen streuen: ein Steuersatz von 0,5 bis 1% auf alle Devisengeschäfte sollte Spekulanten abschrecken, die Geldgewinnung war eher nebensächlich. Bis heute ist die Tobin-Tax ein Reizwort geblieben, die Widerstände gegen ihre Umsetzung scheinen unüberwindlich (auch wenn etwa Frankreich und Belgien bereits Tobin-Gesetze haben, die sie aber erst umsetzen wollen, wenn die EU mitmacht). Und so betonten die Initiatoren der CTDL umso nachdrücklicher, dass ihr Modell alles andere als die Tobin-Tax sei. Mit einem Steuersatz von 0,005% soll sie bewusst zu niedrig sein, um die Finanz-



Sicherer, schneller, folgenreicher Neuer IPCC-Bericht zur Klimawissenschaft

Der IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) als die weltweit höchste wissenschaftliche Autorität in Klimafragen verabschiedet dieses Jahr im Rahmen seines Vierten Sachstandsberichtes [AR4, Assessment Report 4] vier Berichte. Einer von jeder der drei Arbeitsgruppen (zur Klimawissenschaft, zu den Auswirkungen der Klimaänderung und zu den Emissionsminderungsmöglichkeiten), sowie schließlich im November noch den Synthesebericht.

Die Arbeitsgruppe 1 (AG1) machte Anfang Februar den Aufschlag. Die US-Wissenschaftlerin Susan Solomon als Vorsitzende der AG1 trug die neuen Ergebnisse in Paris sehr nüchtern vor, was ihnen allerdings in keiner Weise ihre Brisanz nahm. Die Aussagen der Klimawissenschaft sind im Vergleich mit denen des Dritten Sachstandsberichtes (Third Assessment Report - TAR; vgl. <http://www.germanwatch.org/rio/bpipcc01.htm>) noch sicherer geworden. Der Streit, ob der Mensch das Klima beeinflusst, hat ein Ende. War dem zweiten Sachstandsbericht im Jahr 1995 noch ein vorsichtiges und wohlabgewogenes "Die Abwägung der Erkenntnisse legt einen erkennbaren menschlichen Einfluß auf das globale Klima nahe" zu entnehmen, ist nunmehr mit mehr als 90%iger Sicherheit klar, dass der Mensch der Verursacher der Klimaänderung ist.

Russisch Roulette mit neun geladenen Kammern

Wer das abstreitet, spielt Russisch Roulette. Mit einem Revolver mit zehn Kammern, von denen neun mit Kugeln gefüllt sind.

Das übersetzt sich beispielsweise in folgende Sachverhalte: Elf der letzten zwölf Jahre zählen zu den 12 wärmsten Jahren seit Beginn der Messungen (1850). Von 1850-1890 bis jetzt (2001-2005) hat sich die Weltmitteltemperatur um 0,76 Grad erhöht. Die atmosphärische CO₂-Konzentration war in den letzten 650.000 Jahren nicht so hoch wie heute, in Polargebieten war es vor 125.000 Jahren das letzte Mal wärmer. Damals führte es zu 4 bis 6 m Meeresspiegelanstieg. Die durchschnittlichen Temperaturen in der



Arktis stiegen in den letzten hundert Jahren doppelt so stark wie im Weltmittel.

Was an der Klimaänderung jedoch in besonderer Weise beunruhigt, sind nicht die (meist linearen) Fortschreibungen sich bereits jetzt abzeichnender Änderungen. Beklemmend muss es werden, wenn nicht-lineare Prozesse auftreten. Wenn die Änderung in Gefahr gerät, völlig aus dem Ruder zu laufen, und der Mensch die Kontrolle darüber verliert.

Rückkopplungen treten auf

Erste Anzeichen dazu kommen von Rückkopplungen im Klimasystem. Diese sind laut AR4 zu befürchten, aber in der genauen Ausprägung noch ungewiss. Nach heutigem Kenntnisstand sind die erlaubten kumulierten CO₂Emissionen, um etwa ein globales Klimaziel einer Stabilisierung der CO₂-Konzentration unterhalb 450 ppm nicht zu überschreiten, um ein Viertel niedriger als vorher gedacht (490 GtC anstatt 670 GtC), weil Rückkopplungen zusätzliches CO₂ freisetzen. Noch keine abschließende Erklärung gibt die AG1 darüber, weshalb in vier der letzten fünf Jahre die jährliche CO₂-Konzentrationszunahme in der Atmosphäre viel höher war als zuvor.

Die Spannweite der Projektionen der möglichen Erwärmung unterscheidet sich wenig von der des TAR (dort waren es 1,4 bis 5,8 Grad Erwärmung bis 2100 gegenüber 1990). Ein direkter Vergleich wird dadurch erschwert, dass sich die Bezugs- und Zielzeiträume des AR4 [1980-1999 bzw. 2090-2099] von denen des TAR unterscheiden. Eine mögliche Erwärmung von 1,1 bis 6,4 Grad wird angeführt. Wären die Unsicherheiten im TAR ähnlich behandelt worden, resultierten Ergebnisse wie beim AR4: Die Klimasensitivität wird auf 3 Grad erhöht.

Der CO₂-Strahlungsantrieb hat von 1995 auf 2005 um 20 % zugenommen. Der Ozean nahm 80 % der in das Klimasystem fließenden Erwärmung auf. Man kann die menschverursachte Erwärmung bereits in 3.000 m Meerestiefe messen. Die Meeresversauerung (schon bisher hat der pH-Wert um 0,1 abgenommen)

verstärkt sich. Der pH wird in diesem Jahrhundert um weitere 0,14 bis 0,35 sinken auf einen Wert, der in Millionen Jahren vorher nicht erreicht worden ist.

Auch werden sich viele Klimamuster ändern. Die Erwärmung ist auf dem Land am stärksten, und dort in der nördlichen Hemisphäre. Gletscher werden weiter abnehmen, es gibt mehr Starkniederschläge. Ebenso nimmt Trockenheit zu, es gibt mehr extreme Starkwindergebnisse, und Hurrikane werden intensiver auftreten.

Im Bericht der AG1 bleibt eine große Unsicherheit. Sie betrifft den zu erwartenden Meeresspiegelanstieg in Verbindung mit dem Abschmelzen von großen Eismassen (etwa des Grönlandeises oder des Westantarktischen Eisschildes). Die AG1 hat sich beim Meeresspiegelanstieg noch nicht getraut, die beiden großen Unbekannten, wie sich die weit stärkeren Abschmelzprozesse in Grönland und der Westantarktis auswirken, in Zahlen zu kleiden. Es bleibt abzuwarten, ob sich dies bei der AG2 noch ändern wird.

Manfred Treber

Der Autor ist Klima- und Verkehrsreferent bei Germanwatch.



Wohnungskrise in Europa

Bürger stehen auf

In Spanien und Frankreich hat die Spekulation die Wohnungsmärkte längst in eine massive Krise getrieben. Gegen die Folgen protestieren seit dem letzten Sommer immer wieder Zehntausende in den spanischen Großstädten. Die französische Regierung hat sich gezwungen gesehen ein – angeblich – einklagbares Recht auf Wohnraum zu schaffen. Das soziale Wohnen ist in diesem Winter zu einem europäischen Thema geworden. Nur die deutsche Ratspräsidentschaft will davon nichts wissen.

Barcelona im November: In einem Bürgerzentrum warten junge Leute, begleitet von zahlreichen Fernsehcameras, auf die "UNO". Deren "Spezialberichterstatter für das Recht auf Wohnen", Milon Kothari, hat seinen Besuch bei der Bewegung "Vivienda Digna" (menschwürdiges Wohnen) angemeldet; im Rahmen einer "offiziellen Mission", zu der ihn die Regierung eingeladen hat, nachdem die Proteste gegen die Wohnungskrise die Straßen erobert hatten.

Menschenwürdiges Wohnen und soziale Eingriffe in den Bodenmarkt sind Prinzipien der Spanischen Verfassung, die jedoch nie umgesetzt wurden. Allerdings befindet sich der Immobilienmarkt in Spanien in einem Spekulationsboom. Im Basenland z.B. stiegen die Hauspreise zwischen 1995 und 2005 um 250 %. Das können immer mehr Leute nicht bezahlen. Junge Menschen müssen lange auf den Bezug einer eigenen Wohnung warten. Minderheiten werden bei der Wohnraumversorgung systematisch diskriminiert. Zugleich blühen die Bau-Korruption oder die Spekulation mit Wohnraum. Lokale Gruppen in Barcelona berichten von anhaltenden Schikanen gegen die Mieter, von Abrissen gegen den Protest der Nachbarschaft, Missachtung von alternativen Bauvorschlägen und Zwangsräumungen. "Immobilien-Mobbing" nennen es Aktivisten. "Es ist eine Schande für Spanien", sagte Kothari im katalanischen Fernsehen bei einem Besuch im einstigen Armen-Viertel Raval in Barcelona.



Seit dem letzten Sommer demonstrieren immer wieder Zehntausende in den spanischen Großstädten.

Recht auf Wohnen in Frankreich?

Auch im Nachbarland Frankreich sind die Mieten und Hauspreise im Privatsektor explodiert, in Paris in den letzten Jahren um 40 %. In attraktiven Lagen werden geräumige Mietwohnungen in kleine und teure Eigentumswohnungen umgewandelt. Sozialbauten gibt es vor allem in den verwahten, explosiven Vorstädten. Dort sollen Plattenbauten zu Gunsten von Einfamilienhäusern abgerissen werden. In den bürgerlichen Stadtteilen weigern sich die Lokalpolitiker, die gesetzliche Quote von 20 Prozent Sozialwohnungen einzuhalten. Lieber zahlen sie Strafen.

Die Folge: Bis zu 1 Million Menschen sind wohnungslos in Frankreich. Die kirchliche Stiftung Abbé Pierre schätzte die unzureichend Untergebrachten gar auf 3,2 Millionen. Einwanderer leben in überbelegten, heruntergekommenen Hotels. Proteste sind da seit langem an der Tagesordnung. In diesem Winter haben sie eine neue Bedeutung erhalten: Kurz vor Weihnachten starteten zwei Brüder eine Solidaritätsaktion für die Obdachlosen: Mitten in Paris bauten sie demonstrativ Zelte auf. Viele Bürger schlossen sich dieser Aktion an. Es wurden immer mehr Zelte, nicht nur in Paris. Die Medien berichteten groß.

Frankreich befindet sich im Wahlkampf um die Präsidentschaft. Die konkurrierenden Lager überbieten sich mit Versprechungen. In seiner Neujahrsansprache kündigte Präsident Chirac ein "einklagba-

res Recht auf Wohnen" an. Im Februar verabschiedete dann das Parlament ein Gesetz, das ab Ende 2008 Wohnungslosen, Räumungsbetroffenen und anderen Menschen in extremer Wohnungsnot ein angeblich einklagbares Recht auf eine Wohnung verleiht.

Organisationen wie DAL kritisieren, dass es sich im Prinzip lediglich um ein Verwaltungsverfahren für die Vermittlung eines begrenzten Kontingen-

tes von Sozialwohnungen handelt. Es gebe etwa 1,3 Mio. Ansprüche auf Sozialwohnungen. Den Behörden stünden jährlich aber maximal 100.000 Wohnungen zur Verfügung.

Deutsche Ratspräsidentschaft ist gefordert

Die Debatten um die Wohnungskrise und das Recht auf Wohnen haben längst auch die EU erreicht. Seit kurzem werden Strukturfonds auch für Sanierungen in den neuen Beitrittsländern eingesetzt. Das EU-Parlament beschäftigt sich mit der Ausnahme der sozialen Wohnungswirtschaft von den Wettbewerbsregeln und im letzten Jahr bemühte sich die Finnische Ratspräsidentschaft um eine bessere Verankerung des Rechts auf Wohnen. Die deutsche Ratspräsidentschaft aber, die im Mai ein Treffen der EU-Städtebauminister in Leipzig plant, erwähnt die Wohnungsprobleme mit keinem Wort. In Leipzig soll eine Charta für nachhaltige Städte verabschiedet werden, die Entwürfe erwähnen das Wohnen nicht. Die AG Habitat fordert: Das kann so nicht bleiben. Ohne soziales Wohnen gibt es keine nachhaltige Stadtentwicklung.

Knut Unger

Der Autor ist Sprecher der AG Habitat und arbeitet beim Mieterforum Ruhr sowie der Habitat International Coalition.



„Potsdam Recommendations“

Experten erarbeiten Empfehlungen zur Umsetzung der Biodiversitätskonvention

Der katastrophale Verlust an biologischer Vielfalt und die Globale Klimakatastrophe sind zwei Seiten der selben Medaille - wobei die eine Seite globaler Umweltveränderungen momentan mehr im Blickfeld der Öffentlichkeit ist, als die andere. Durch die drei deutschen Präsidentschaften für EU, G8 in 2007 und der UN-Konvention über Biologische Vielfalt von 2008 bis 2010 trägt die deutsche Bundesregierung besondere Verantwortung für eine globale Umweltpolitik.

So war es erfreulich, dass das Bundesumweltministerium zur Vorbereitung des Weltgipfels zur biologischen Vielfalt im Mai 2008 in Bonn für den 13.-15. Dezember 2006 zu einer international hochrangig besetzten Fachtagung eingeladen hatte. Dabei ging es unter anderem um konkrete Strategien und Maßnahmen, um eine Trendwende beim Verlust der biologischen Vielfalt bis zum Jahr 2010 einzuleiten. Zu diesem „2010-Ziel“ hatten sich die Staats- und Regierungschefs der Welt auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002 verpflichtet.

Breites ExpertInnenspektrum

Das von Ecologic organisierte ExpertInnentreffen vereinbarte „Chatham House Rules“, d.h. Veröffentlichbarkeit der Inhalte, aber nicht der jeweiligen Sprecher, um möglichst gute und neue Ideen, frei von institutionellen Zwängen, hervorzubringen. Der international zusammengesetzte TeilnehmerInnenkreis bestand zum einen

aus hochrangigen, ehemaligen RegierungsvertreterInnen mit langjähriger Verhandlungserfahrung im Biodiversitätskontext, dazu kamen NGO-VertreterInnen, sowohl mit Umwelt- als auch mit entwicklungspolitischen Hintergrund, sowie VertreterInnen der Organisationen indigener Völker und lokaler Gemeinschaften. Es fand sich eine etwa 30-köpfige Gruppe zusammen.

Empfehlungen

Auf dem Treffen ist klar geworden, dass die Konvention sich in einer tiefen Umsetzungskrise der eigenen Beschlüsse befindet. Zudem fehlt es an der Verbindlichkeit der Regelungen zu Handel, Finanzierung und gerechtem Vorteilsausgleich.

Diese Experten empfehlen unter anderem eine bessere Verzahnung mit den anderen Umweltkonventionen, insbesondere mit der Klimarahmenkonvention, sowie eine stärkere Integration von Biodiversitätsfragen in alle relevanten Politikbereiche. Die Konvention muss sich zu den Problemen der Landwirtschaft, der Entwicklungszusammenarbeit und des Welt Handels positionieren. Ein ständiger Ausschuss soll den bisher schwerfälligen und stark aufgefächerten formalen Vorbereitungsprozess für Vertragstaatenkonferenzen effizienter gestalten. Ein unabhängiges Wissenschaftsgremium, ähnlich dem internationalen Expertengremium für Klimawandel der UN (IPCC), soll eingerichtet werden, um die Politikberatung zu Themen der Artenvielfalt zu verbessern. Und vor allem sollte das Bewusstsein der Öffentlichkeit, der Medien und der Politik für den rasanten und nicht rückholbaren weltweiten Biodiversitätsverlust gestärkt

werden. Als wichtigen Beitrag hierzu empfehlen die Experten - in etwa dem Stern-Report beim Klimathema entsprechend - eine Untersuchung der volkswirtschaftlichen Kosten für unterlassene Biodiversitätsschutzmaßnahmen, insbesondere die Kosten des dadurch entstehenden Verlusts von Ökosystemleistungen.

In den sogenannten 'The Potsdam Recommendations on the Convention on Biological Diversity' werden insgesamt 50 Empfehlungen gegeben, die sowohl auf die Struktur und Arbeitsweise der Konvention als auch auf die einzelnen Themen abzielen. Dabei geht es insbesondere um die Frage des Erhalts von Ökosystemen, deren nachhaltige Nutzung und um den Ausgleich von Vorteilen aus der kommerziellen Nutzung von Naturgütern. Einige der Empfehlungen richten sich direkt an Adresse der deutschen Präsidentschaften. Das Papier deckt thematisch ein breites Spektrum ab. Es reicht von Öffentlichkeitsarbeit, Integration und Konsolidierung verschiedener Politikfelder, Ökonomische Anreize und Finanzierung und Beteiligung der Zivilgesellschaft bis hin zu Kooperation mit anderen Prozessen zu Nachhaltigkeit, Entwicklung und Handel.

Die Potsdam Recommendations können unter <http://www.ecologic.de/download/projekte/950-999/998/998-potsdam-recommendations.pdf> herunter geladen werden.

Martin Kaiser/
Christine von Weizsäcker

Martin Kaiser koordiniert die Internationale Politik zu Wäldern und Biodiversität für Greenpeace / Christine von Weizsäcker ist Präsidentin von Ecoropa mit einem Schwerpunkt auf Biodiversitäts- und Biosicherheitsverhandlungen



Veranstaltungen/Termine

Alles Bio oder Was? Pflanzentreibstoffe in Brasilien und Deutschland

Länderforum
19. April 2007
InWent Düsseldorf

Klimafreundlich tanken - angesichts der besorgten Diskussion über den drohenden weltweiten Klimawandel scheint dies eine sinnvolle Strategie zu sein. Aber trägt Biosprit zur Lösung unseres Klima-Problems bei? Schwerpunkte des 4. Treffens des NRW Länderforums Brasilien sind deshalb die sozialen und ökologischen Auswirkungen der erhöhten Produktion von Pflanzentreibstoffen in Brasilien. Mit einem Vortrag über "Klimawandel und Bio-Treibstoffe in Brasilien" wird ein genauerer Blick auf die klimatische Veränderung durch Monokulturen und auf das brasilianische Biodieselprogramm der Regierung Lula geworfen.

Im zweiten Teil des Nachmittags sollen die Brasilien-Initiativen aus NRW Gelegenheit haben, sich über aktuelle Vorhaben sowie Erfahrungen mit den neuen politischen und sozialen Rahmenbedingungen in Brasilien auszutauschen. Das Länderforum will allen Teilnehmenden Gelegenheit bieten, neue Impulse, Kooperationsformen und -partner zu finden.

Informationen:
Marcos A. da Costa Melo
Forum für Umwelt und gerechte
Entwicklung e.V. - FugE
Widumstr. 14
59065 Hamm
Tel.: 02381-41511
Fax: 02381-431152
dacostamelo@fuge-hamm.de
Internet: www.fuge-hamm.de

Woche der Sonne für mehr Wärme und Strom von der Sonne

Aktionswoche
28. April - 06. Mai 2007
Die stetig steigenden Energiepreise und die zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels erfordern ein deutliches Umschwenken in der Energieversorgung hin zu Erneuerbaren Energien. Vom 28. April bis 06. Mai

2007 ruft der Bundesverband Solarwirtschaft erstmals zur Beteiligung an der WOCHEN DER SONNE auf. Durch vielfältige Aktionen vor Ort in den Städten und Gemeinden soll das Interesse an der Nutzung der Solarenergie deutlich gesteigert werden. Alle Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, sich auf einer Veranstaltung in Ihrem Umkreis über die Nutzung von Solarwärme und Solarstrom zu informieren. Die Aktionen im Rahmen der WOCHEN DER SONNE werden unter www.woche-der-sonne.de im Veranstaltungskalender veröffentlicht. Bereits über 300 Aktionen sind online angemeldet. Die Organisatoren werden bei der Planung und Durchführung der regionalen Aktionen mit Materialien und Service-Infos unterstützt. Für bundesweite Aufmerksamkeit sorgt eine zentrale Veranstaltung in Berlin. Machen auch Sie mit und melden Sie eine Aktion für Ihre Region jetzt online an! Die WOCHEN DER SONNE wird organisiert vom Bundesverband Solarwirtschaft. Sie findet statt in Kooperation mit dem Tag der Erneuerbaren Energien und dem Tag der Sonne in Österreich und in der Schweiz. Das Forum Umwelt und Entwicklung unterstützt die WOCHEN DER SONNE als bundesweiter Partner.

Informationen:
RegioSolar
C/o Bundesverband Solarwirtschaft e.V.
Antje Dobslaw / Margit Freitag
Energieforum
Stralauer Platz 34
10243 Berlin
Tel.: 030-297778820
Fax: 030-297778899
E-Mail: freitag@regiosolar.de
www.woche-der-sonne.de

Auf die Puppen, fertig, los!

Aktions-Konferenz
29. April 2007
Diele Lübeck
Das Ziel: Eine erfolgreiche Aktionswoche - Ob im Camp, auf der internationalen Großdemo am 2. Juni, dem Alternativgipfel oder einer Demo am 7. Juni - rund um

Rostock sollen die Puppen tanzen! Denn mit ihrer Politik zementieren die G8 die Ungerechtigkeiten des Welthandelssystems. Ein Instrument dazu ist die Welthandelsorganisation (WTO). Es wird für eine Handelspolitik, die sich an sozialen Rechten, Demokratie und Umweltschutz orientiert demonstriert - und nicht an den Interessen transnationaler Konzerne. Gemeinsam gut vorbereitet: Jetzt Kräfte bündeln für eine aufseherregende Protestwoche.

Auf der Aktionskonferenz werden Theaterszenen mit den Großpuppen entwickelt, Aktionen besprochen und man kann sich vor Ort verabreden, es wird über die aktuelle internationale Handelspolitik und die G8-Agenda viele Informationen geben, organisieren die Unterkunft auf dem Camp, besprechen die Anfahrt u.v.m. Das Programm der Aktions-Konferenz kann man unter folgendem Link finden: http://wto.gerechtigkeit-jetzt.de/index.php?option=com_content&task=view&id=103&Itemid=124

Informationen:
Gerechtigkeit jetzt! -
Die Welthandelskampagne
Roman Denter
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Tel.: 0228-3681010
Fax: 0228-92399356
projekt2@gerechtigkeit-jetzt.de
www.weltweit-taube-ohren.de

Lateinamerika im Linksruck?

Lateinamerika-Tage
03. - 05. Mai 2007
Akademie Franz Hitze Haus,
Münster
Mit den Präsidentschaftswahlen in Venezuela am 3. Dezember 2006 ging in Lateinamerika ein Superwahljahr zu Ende. Wieder gewählt wurde der „Populist“ Hugo Chávez. Sieben Staaten Lateinamerikas werden nun von Präsidenten regiert, die links von der Mitte stehen und gern als Populisten bezeichnet werden. In Europa und in Lateinamerika hat der Begriff „Populismus“ bzw. „Neopopulismus“ einen unterschiedlichen Bedeutungsgehalt. In Euro-

pa wird darunter eine Politik verstanden, die durch Emotionalisierung Menschen zu mobilisieren und für ihre Ideen zu gewinnen versucht. In Lateinamerika wird der Begriff häufig gegen die Linksrégierungen verwandt. Auf der anderen Seite vertreten Analysten aber die These, dass damit eine Politik gemeint ist, die Lateinamerika von der Bevormundung durch die Industriestaaten befreien will. Heute sprechen viele Beobachter also von einem Links-Ruck in Lateinamerika. Ist dem wirklich so oder handelt es sich um demokratische „Normalität“? Verbergen sich dahinter Anzeichen eines Neo-Populismus, der die strukturellen Probleme seiner Länder nicht lösen kann und zu einem weiteren Vertrauensverlust der demokratischen Institutionen führt? Oder stellt er den Versuch einer politischen und wirtschaftlichen Emanzipierung dar? Darüber wird auf der Tagung eingehend diskutiert werden.

Informationen:
Akademie Franz-Hitze-Haus
Heinz Meyer / Cornelia Zahn
Kardinal-von-Galen-Ring 50
48149 Münster
Tel.: 0251-9818445
Fax: 0251-9818480
E-Mail: zahn@franz-hitze-haus.de
www.franz-hitze-haus.de

McPlanet.com 2007 - Klima der Gerechtigkeit

Internationaler Kongress
04. - 06. Mai 2007
TU Berlin
McPlanet.com ist ein deutschsprachiger Kongress mit internationalen Gästen zu Themen an der Schnittstelle von Globalisierung und Umwelt. Er wird veranstaltet von Attac, dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, dem EED, Greenpeace und der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. Ob G8-Gipfel oder Weltklimakonferenz, ob Banken oder Zeitungen, ob Al Gore oder Arnold Schwarzenegger - alle reden vom Klimawandel. Wir auch - aber



Veranstaltungen/Termine

anders. Denn wir wollen Gerechtigkeit: Wer verursacht das Klimachaos, wer badet es aus? Wer darf wieviel verschmutzen? Ist Wirtschaftswachstum Voraussetzung für Armutsbekämpfung? Was hat Klimachaos mit Globalisierung zu tun?

Wir wissen, dass das Klimachaos die Armen des Planeten am härtesten trifft und ihnen schon heute die Überlebenschancen nimmt. Ihnen – und nicht der globalen Mittel- und Oberschicht, deren enormer Energieverbrauch den Klimawandel verursacht hat. Obwohl dies lange bekannt ist, sperren sich die Regierungen der Industrieländer – allen voran die G8-Staaten – gegen den notwendigen Politikwechsel. Warum geht es weiter mit "business as usual"? Wer haftet eigentlich für die Klimaschäden und wer entschädigt die Opfer?

Zu McPlanet.com 2007 werden Gäste aus der ganzen Welt erwartet, wie z.B. Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu, Meena Raman, Klaus Töpfer, Jürgen Trittin, Kate Hampton, Marcelo Furtado, der Bestseller Autor Frank Schätzing. Sie diskutieren mit euch und mit prominenten KlimaforscherInnen wie Stefan Rahmstorf, UmweltschützerInnen und AktivistInnen aus aller Welt - wie z.B. Ailun Yang (China) Karin Nansen (Uruguay) oder Erasmus Aborley (Ghana) und vielen anderen Prominenten aus Politik, Kirche, Kultur und Wirtschaft.

Informationen:
McPlanet.com 2007 –
Kongressbüro
Chausseestr. 131a
10115 Berlin
Tel.: 030-28095915
Fax: 030-28095741
E-Mail: info@mcplanet.com
www.mcplanet.com

Menschenrecht Wasser – Spiele und interaktive Übungen für die Bildungsarbeit

Seminar
04. - 06. Mai 2007
Haus am Schüberg, Ammersbek
Wasser ist eines der aktuellen und drängenden Probleme unserer

Zeit und als Thema der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit von besonderer Relevanz. Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) haben weltweit über eine Milliarde Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser. Deshalb benennen die Millenniums-Entwicklungsziele, auf die sich alle Mitgliedsstaaten der UNO im September 2000 verständigten, Wasser als eines der zentralen Zukunftsthemen: Bis zum Jahre 2015 soll die Zahl derer, die über keinen Zugang zu gesundem Trinkwasser verfügen, halbiert werden. Auch mit der Ausrufung der UN-Dekade "Wasser für das Leben" für den Zeitraum 2005 – 2015 unterstrichen die Vereinten Nationen die Bedeutung der Problematik.

Das Seminar beschäftigt sich mit den sozialen und politischen Verflechtungen um das "Menschenrecht Wasser" und bietet umfangreiche methodische Anregungen, wie zentrale Aspekte dieses Themas – z.B. Zugang zu Wasser, Wasserverbrauch, Verteilungsgerechtigkeit, Privatisierung - lebendig und anschaulich vermittelt werden können. Es werden Spiele und interaktive Übungen zum Thema ausprobiert und reflektiert sowie ihre Einsatzmöglichkeiten im Schulunterricht, in Gruppen und Seminaren besprochen.

Informationen:
EED Bildungsstelle Nord
Nicole Borgeest / Anke Butscher
Wulfsdorfer Weg 29
22949 Ammersbek
Tel.: 040-6052559
Fax: 040-6052538
E-Mail: eed@haus-am-schueberg.de

Auf die Puppen, fertig, los!

Aktions-Konferenz
12. Mai 2007
BÜZE Köln
Beschreibung der Veranstaltung siehe Terminhinweis am 29. April 2007.

Internationale und regionale Konflikte - Ursachen, Bekämpfung, Vermeidung

Tagung
14. - 17. Mai 2007
Akademie für Politische Bildung,
Tutzing

Das Seminar untersucht aktuelle regionale und internationale Konflikte. Was sind die Ursachen von Bürgerkrieg und Gewalt? Können sie verhindert werden? Einbezogen in die Betrachtung werden diejenigen Institutionen, die für die Bekämpfung der Konflikte von Bedeutung sind - die Vereinten Nationen, die Europäische Union aber auch regionale Organisationen. Umsetzungsmöglichkeiten in das jeweilige Bildungsumfeld der Teilnehmenden werden mit Expertinnen und Experten diskutiert. Darüber hinaus bilden Geschichte und Entwicklung von Friedenseinsätzen, internationales Krisenmanagement der UNO, der Nahost-Konflikt, Irak und Kongo die Schwerpunkte der Veranstaltung. Das Seminar richtet sich in erster Linie an Lehrerinnen und Lehrer und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der politischen Bildung.

Informationen:
Akademie für Politische Bildung
Tutzing
Dr. Saskia Hieber
Buchensee 1
82327 Tutzing
Tel.: 08158-256-46
Fax: 08158-256-51
h.baeuerle@apb-tutzing.de
www.apb-tutzing.de

Nachwachsende Rohstoffe und Technologieentwicklung – Der Landwirt als Energie- und Rohstoffwirt

9. Eurosolar-Konferenz
16. - 17. April 2007
IHK Potsdam
Erdöl ist noch immer der zentrale Rohstoff für die Energieversorgung, den Verkehr und die Industrie. Ölpreissteigerungen signalisieren aber das nahe Ende des Erdölzeitalters. Der Weg ins Solarzeitalter ist unausweichlich. Dabei spielt im Spektrum der Sonnenenergienutzung die Biomasse

eine besondere Rolle. Als Erneuerbare Energie ist sie speicherbar und Wirtschaftsträger in Land- und Forstwirtschaft. Die seit 1999 von EUROSOLAR durchgeführte jährliche Konferenz "Der Landwirt als Energie- und Rohstoffwirt" ist zum geflügelten Wort für die Entwicklung geworden und hat politische, agrarwirtschaftliche und technische Anstöße gegeben. Bei der 9. Konferenz gilt die Aufmerksamkeit den Biokraftstoffen, der Nutzpflanzenbreite sowie den Anbaukonzepten und Ökobilanzen. Dabei sollten die Fragen: Welche Pflanzen? Welche Technologien? Welche Produkte? Welchen Bedarf hat die chemische Industrie? im Vordergrund stehen. Vor allem aber geht es um die Frage: Welche Richtung nimmt die Bioenergie mit der politischen Entscheidung über die Beimischungspflicht? Welche Chancen haben künftig noch die Anbieter von Rein-Biokraftstoffen? Wie kann verhindert werden, dass die Biokraftstoffe ihren ökologischen Charakter verlieren, wenn sie in den Griff der Mineralölkonzerne kommen?

Informationen und Programm:
EUROSOLAR e.V.
Irm Pontenagel
Kaiser-Friedrich-Straße 11
53113 Bonn
Tel.: 0228-3623-73/-75
Fax: 0228-3612-79/-13
E-Mail: info@eurosolar.org
www.eurosolar.org

Aufbruch in sonnige Zeiten! – Energie für Klima und Gerechtigkeit

Tagung
18. - 20. April 2007
Ev. Akademie Bad Boll
Die Klimafrage ist seit der Veröffentlichung des 4. IPCC-Berichtes im Februar verstärkt in das öffentliche Bewusstsein gerückt. Alle reden von den Folgen des Klimawandels und was dagegen getan werden sollte. Die Auswirkungen auf Entwicklungsländer werden zwar auch thematisiert, aber eher am Rande. Die Klimaforschung geht davon aus, dass die Folgen in vielen Regionen in



Afrika, Asien und Lateinamerika gravierender sein werden als bei uns. Der bisherige Anstieg der Treibhausgase wurde überwiegend von den Industrieländern verursacht. Es geht daher auch um die Frage, wer welche Beiträge zur Vermeidung des Klimawandels und zur Anpassung an Klimaveränderungen erbringen sollte und wie sich eine größere Klimagerechtigkeit herstellen lässt. Die Tagung bietet Gelegenheit, sich über den aktuellen Stand der klimapolitischen Debatte zu informieren. Im Zentrum der Vorträge und Diskussionen stehen die Auswirkungen auf die Entwicklungsländer und wie die (kirchliche) Entwicklungszusammenarbeit darauf reagieren kann und soll.

Informationen:

EED

Referat 3.3 (Entwicklungspolitischer Dialog)

Ulrich-von-Hassell-Str. 76
53123 Bonn

Tel.: 0228-8101-2307

Fax: 0228-8101-150

E-Mail: richard.brand@eed.de

www.eed.de

www.brot-fuer-die-welt.de

www.eed.de/mdg

Slow Trade - Sound Farming: Agrarhandelsregeln für eine global zukunftsfähige Land- wirtschaft

Konferenz

24. April 2007

Berlin

Die WTO-Verhandlungen scheiterten im vergangenen Sommer aufgrund unvereinbarer Positionen zum Agrarhandel. Bei näherer Betrachtung wird deutlich, dass es beim Streit über die Höhe von Importzöllen vor allem um Handelsinteressen geht: Die Existenzbedingungen von Kleinbauernfamilien oder die Folgen der industrialisierten Landwirtschaft für die Umwelt fallen unter den Tisch. Deshalb haben die Heinrich-Böll-Stiftung und Misereor in Zusammenarbeit mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie einen umfangreichen Nord-Süd-Dialog initiiert, der Reformvorschläge für ein zukunfts-

weisendes, sozial gerechtes und ökologisch nachhaltiges Agrarhandelssystem entwickelt hat. Die Publikation *Slow Trade – Sound Farming* ist das Ergebnis des Eco-Fair Trade Dialogue, an dem sich Vertreterinnen und Vertreter von NGOs, Bauernorganisationen, aber auch von Ministerien, Parlamenten, Wissenschaft und internationalen Organisationen beteiligten. Auf der Konferenz am 24. April werden die Ergebnisse dieses Dialoges der interessierten deutschen und europäischen Öffentlichkeit vorgestellt und in Foren besteht die Gelegenheit zur Diskussion mit internationalen Gästen.

Informationen:

Misereor/Heinrich-Böll-Stiftung/
Wuppertal Institut

MediaCompany

Tel.: 0228-9096626

Fax: 0228-9096655

www.ecofair-trade.org/de/
web/veranstaltungen.html

Geistiges Eigentum – Eine Bedrohung für Entwicklung und Gerechtigkeit?

Tagung

24. April 2007

Ev. Akademie Iserlohn

Wissen wird immer stärker zu einem ökonomischen und sozialen Faktor - und ist entsprechend umkämpft. Beispiel Patente: während die einen ihre Erfindungen schützen wollen und Produktpiraterie beklagen, fordern die anderen den freien Zugang zu Wissen und ein Verbot von Patenten auf Leben. Wie brisant das Thema ist, wird ökonomisch an den sich vervielfachenden Exportquoten von Gütern, die durch Urheberrechte oder Patente geschützt sind, deutlich. Politisch steht das TRIPS-Abkommen der Welthandelsorganisation (WTO) im Zentrum der Debatte, das für alle 150 WTO-Mitgliedsstaaten Mindeststandards für Rechte an geistigem Eigentum vorschreibt. Diese Globalisierung des Patentrechts der Industrieländer führt zu heftigen Kämpfen in Entwicklungsländern um den Zugang zu Medikamenten und die Verhinderung von Biopiraterie.

Die Ankündigung der Bundesregierung, den G8-Gipfel im Juni 2007 in Heiligendamm für eine neue Initiative zur Verschärfung von Rechten an geistigem Eigentum zu nutzen, stellt die Frage nach den sozialen Folgen von Rechten an geistigem Eigentum. Die Antwort, dass geistige Eigentumsrechte einen notwendigen Anreiz für Forschung und Entwicklung darstellen, scheint angesichts der Tatsache, dass sie gleichzeitig Millionen von Menschen von der Nutzung von Wissen ausschließen, zu kurz gegriffen.

Welche sozialen Folgen Rechte an geistigem Eigentum haben und welche Alternativen zur Verfügung stehen – das sind die Fragen, denen die Tagung nachgehen möchte. Sie soll zur Positionsfindung der Zivilgesellschaft beitragen und gerade auch in Hinblick auf den bevorstehenden G8-Gipfel helfen, einen kritischen Diskurs in Gang zu setzen.

Informationen:

Ev. Akademie Iserlohn

Ulrike Pietsch

Berliner Platz 12

58638 Iserlohn

Tel.: 02371-352-182

u.pietsch@kircheundgesellschaft.de

www.kircheundgesellschaft.de

Zivilgesellschaftliche Begleitung der EU-Konferenz zur Ländlichen Entwicklung

Entwicklung

Vorbereitungskonferenz

16. - 17. Juni 2007

Energieforum Berlin

Während ihrer EU-Präsidentschaft richtet die Bundesregierung vom 18. - 22. Juni 2007 eine EU-Konferenz über Ländliche Entwicklung aus. Ziel dieser Konferenz ist es, Regierungen, nationale und EU-Parlamentarier sowie Fachleute der europäischen und internationalen Entwicklungszusammenarbeit für die Bedeutung der ländlichen Entwicklung für die Armutsbekämpfung zu sensibilisieren und diesbezügliche Erfahrungen und Strategien zu diskutieren. Thematischer Fokus der Konferenz sind Land- und Agrarreformen,

ein regionaler Schwerpunkt wird Afrika sein. Eine zivilgesellschaftliche Beteiligung soll sicher gestellt werden.

Das Forum Umwelt und Entwicklung möchte unmittelbar im Vorfeld dieser Konferenz eine internationale Vorkonferenz der Zivilgesellschaft organisieren. Dabei sollen die Strategien und Politiken multi- und bilateraler Geber in den Bereichen ländliche Entwicklung und Agrarreformen aus ökologischer und menschenrechtlicher Perspektive diskutiert und zivilgesellschaftliche Gegenstrategien entwickelt werden. Zugleich soll die Parallelkonferenz zur Vorbereitung der zivilgesellschaftlichen TeilnehmerInnen auf die offizielle Konferenz dienen.

Informationen:

Forum Umwelt & Entwicklung

Beatriz Bohner

Am Michaelshof 8-10

53177 Bonn

Tel.: 0228-359704

Fax: 0228-92399356

E-Mail: b.bohner@forumue.de

www.forumue.de

Plenum des Forum Umwelt & Entwicklung

Tagung

27. September 2007

Berlin

Die alljährlich stattfindende Plenartagung des Forums Umwelt & Entwicklung fordert wieder alle Umwelt- und Entwicklungsverbände und alle anderen Aktiven aus den Arbeitsgruppen des Forums auf, sich in die themenübergreifende Diskussion zum Stand des internationalen Umwelt- und Entwicklungsprozesses, seiner innenpolitischen Umsetzung sowie der Rolle der NRO einzumischen. Weitere Informationen und ein ausführliches Programm werden in Kürze erarbeitet.

Informationen:

Forum Umwelt & Entwicklung

Am Michaelshof 8-10

53177 Bonn

Tel.: 0228-359704

Fax: 0228-92399356

E-Mail: info@forumue.de

www.forumue.de



Publikationen

Energiesicherheit - die neue Vermessung der Welt

Blut für Öl hieß die Losung der Friedensbewegung während des Irakkrieges. Seitdem bestimmen Debatten über geostrategische Interessen die Medien- und Politikagenda. Dem Thema hat sich auch Sascha Müller-Kraenner in seinem letzte Woche erschienenen Buch angenommen. Er versucht, Umweltschutz, Ressourcenknappheit und Sicherheitspolitik als Einheit zu denken.

Der Krieg um die letzten Ressourcen dieser Erde hat schon lange begonnen. Jede Nation muss sich im Angesicht der dahin schmelzenden Öl-, Gas- und Kohlevorräte fragen, wie sie ihren Energiebedarf in Zukunft decken will - und wie weit sie dafür geht. Für den Autor dieses Buches sind militärische Lösungen nicht nur aus menschenrechtlicher Sicht verwerflich, sondern auch wirtschaftspolitisch eine Sackgasse. Das beweist der Irakkrieg. Dieses militärische Desaster hat mittlerweile in weiten Teilen des außenpolitischen Establishments der USA zu einem Umdenken geführt. Das Öl wurde so teuer erkaufte, dass der Glaube an die zentrale Rolle militärischer Stärke verloren gegangen sei.

Müller-Kraenner weiß, wovon er redet, denn er lebt in Washington und arbeitet für die amerikanische Umweltorganisation The Nature Conservancy. Sein Buch vermittelt ein Bild vom internationalen Kräftespiel um die knapper werdenden Ressourcen und von ökologischen Gefahren durch die Gier nach Energie. Dabei wird er nicht müde, seine Botschaft immer wieder zwischen die Zeilen zu streuen: „Energie ist eine Waffe. Und die wichtigste Waffe gegen die Waffe Energie ist eine nachhaltige Umgestaltung der Energiepolitik.“ Für den Umweltschützer geht es dabei um internationale Zusammenarbeit und Kooperationsabkommen, sprich um die Verrechtlichung bestehender wirtschaftlicher Konkurrenz. Außerdem sollten die Staaten auf alternative Energien setzen und ihre Versorgung aus vielfältigen

Quellen beziehen, um einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden. Das Buch vermittelt weniger investigative Neuigkeiten, wie es der Leser bei diesem Thema gewohnt ist, sondern einen breiten Überblick über die energiepolitischen Interessenlage der Großmächte USA, Russland, China und Europa. Dabei steht Russland als bedeutender Rohstofflieferant mit unanschätzbaren Potenzialen im Vordergrund. Der Autor begibt sich auf die Reise in die abgelegensten Gebiete Sibiriens und zeigt auf, unter welchen ökologisch katastrophalen Bedingungen das Land Öl und Gas an Stellen fördert, die noch vor Jahrzehnten als technisch unerschließbar galten.

Bezug:
www.kunstmann.de,
ISBN 978-3-88897-470-0,
(19,90 €).



Die Millennium-Entwicklungsziele in der handelspolitischen

Praxis - Ende der Armut in Sicht?

Die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) gelten weithin als der wichtigste Leitfaden zur Bekämpfung der globalen Armut. Tatsächlich enthalten die MDGs einen Kanon von wichtigen Marksteinen auf dem Weg zur Ausrottung extremer Armut, an deren Relevanz kaum jemand Zweifel hegen wird. Betrachtet man die MDGs jedoch aus einer handelspolitischen Perspektive, überwiegt die Skepsis, ob die MDGs die von den Staats- und Regierungschefs im Jahre 2000 selbst gesteckten Ziele werden erreichen können. Der Grund dafür ist nicht etwa darin zu suchen, dass die versprochenen Mittel der Entwicklungszusammenarbeit nicht in ausreichendem Maß zur Verfügung stehen. Das Problem liegt vielmehr darin, dass die MDGs quasi den Teufel mit dem Beelzebub austreiben wollen: während MDG 8 auf den Ausbau eines offenen und nicht-diskriminierenden Handelssystems und damit weitere Liberalisierung zielt, konterkariert genau dies eine Reihe von Zielen, wie

sie in den MDGs 1-7 benannt werden. So ist die Liberalisierung der Agrarmärkte nicht wirklich ein geeignetes Instrument zur Hungerbekämpfung, und Zollsenkungen im Handel mit Industriegütern kosten in vielen Entwicklungsländern Arbeitsplätze, was sie kaum als Instrument zur Armutsbekämpfung qualifiziert. Auch ein strenger Patentschutz, wie er im TRIPS-Vertrag der WTO bereits festgehalten und von den Industrieländern in bilateralen Verhandlungsprozessen noch verschärft wird, ist als Beitrag zum Zugang der Armen zu Medikamenten und zum Kampf gegen AIDS nicht hilfreich. Fazit: Die MDGs bergen die Gefahr, einen breiten gesellschaftlichen Konsens nicht nur über die Ziele, sondern auch über die Instrumente von Armutsbekämpfung vorzutauschen. Gerade gegenüber der staatlichen Politik deutlich zu machen, dass dieser Konsens so nicht existiert, ist Voraussetzung für politische Veränderungen, die die vielfältigen Ursachen globaler Ungerechtigkeit und Armut tatsächlich ins Visier nehmen.

Bezug:
Forum Umwelt & Entwicklung,
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Tel.: 0228-359704
Fax: 0228-92399356
E-Mail: info@forumue.de.
www.forumue.de.

Blühende Zukunft? - Verletzung von Kinderrechten durch die Blumenindustrie

Dass bei der Produktion von Blumen häufig Kinderrechte verletzt werden, ist kaum bekannt. In der neuesten Studie zeigt die Menschenrechtsorganisation FIAN das erschreckende Ausmaß der Kinderausbeutung auf lateinamerikanischen Blumenplantagen auf. Kinder sind auch die Leidtragenden, wenn ihre Mütter keine Existenz sichernden Löhne erhalten und unbegrenzt Überstunden arbeiten müssen. FIAN fordert daher die Durchsetzung internationaler Kinderschutzbestimmungen in den Blumen produzierenden Ländern des Südens.

In der Studie werden Verletzungen von Kinderrechten auf Blumenplantagen in Ecuador, Kolumbien und Tansania untersucht. Grundlagen der Analyse sind Studien der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, die damit zum ersten Mal einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Das Positivbeispiel der Studie ist Tansania, wo eine politische geschickte Verknüpfung von Kampagnen gegen Kinderarbeit und Zertifizierung von Blumenfarmen verhindert hat, dass Kinder dort arbeiten.

In allen Blumen produzierenden Ländern um den Äquator werden Kinderrechte durch die schlechten Arbeitsbedingungen ihrer Mütter verletzt. Regelmäßige Überstunden und niedrige Löhne erlauben es vielen Müttern nicht, sich ausreichend um ihre Kinder zu kümmern oder Kinderbetreuung zu bezahlen. Daher bleiben Kinder oft sich selbst überlassen, gehen nicht zur Schule, leiden an Unterernährung und den Folgen mangelnder gesundheitlicher Versorgung.

Kinderrechte werden auf diese Weise verletzt, obwohl es nationale Kinderschutzgesetze in diesen Ländern gibt. Die Einhaltung der Gesetze wird jedoch oft nicht ausreichend kontrolliert. FIAN fordert die Abschaffung ausbeuterischer Kinderarbeit und Durchsetzung von international anerkannten Arbeitsrechten für BlumenarbeiterInnen. Auch VerbraucherInnen können dazu einen Beitrag leisten, indem sie Blumen des Flower Label Program (FLP) kaufen. FLP garantiert, dass weder Kinder noch Eltern unter ausbeuterischen Bedingungen auf den zertifizierten Blumenfarmen arbeiten.

Bezug:
FIAN Deutschland,
Düppelstr. 9-11
50679 Köln
Gertrud Falk
Tel.: 0221-4229466
E-Mail: g.falk@fian.de
www.fian.de.



Climate Change in the European Alps

Nahezu alle Skigebiete in Deutschland und rund 70 Prozent der Skiregionen in Österreich müssen durch den Klimawandel um die Schneesicherheit fürchten und damit um die wirtschaftliche Grundlage des Wintertourismus. In der Schweiz bleiben nur die Skigebiete im Wallis und Graubünden weitgehend von den Auswirkungen des Klimawandels verschont. Dies und weitere Analysen zu den Folgen des Klimawandels für die alpine Tourismuswirtschaft und das Risiko von alpinen Naturkatastrophen sind Themen dieser Neuerscheinung.
Bezug: OECD Berlin Centre, Schumannstraße 10, 10117 Berlin, Tel.: 030-2888353, Fax: 030-28883545, E-Mail: berlin.centre@oecd.org, www.oecd.org/berlin.

China, Indien, Brasilien und Südafrika: Plädoyer für die Fortsetzung einer armutsorien- tierten Entwicklungszusammen- arbeit

In der Studie wird untersucht, welchen Einfluss das Wirtschaftswachstum auf die Lebenssituation der Armen in den Ländern China, Indien, Brasilien und Südafrika hat. Es wird deutlich, dass die jeweilige nationale Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik in den wenigsten Fällen zur Verminderung der Armut beiträgt. Das Konzept des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für die Ausrichtung der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit in den sogenannten Ankerländern, lässt befürchten, dass der Stellenwert der Armutsbekämpfung in diesen Ländern sinkt. Eine Konzentration auf strukturelle und wirtschaftliche Hilfe für diese Länder werde der Tatsache nicht gerecht, dass dort derzeit die Hälfte der Armen weltweit leben. Die Steigerung der Wachstumsrate und des Bruttosozialproduktes seien allein noch kein Indikator für erfolgreiche Armutsbekämpfung. Wenn die Millenniumsziele, wie etwa die Hal-

bierung der weltweiten Armut bis 2015, erreicht werden sollen, muss die Entwicklungszusammenarbeit auch in diesen aufstrebenden Ländern die Belange der Armen im Fokus behalten. Die Zusammenarbeit zwischen staatlicher und zivilgesellschaftlicher Entwicklungszusammenarbeit durch Kirchen und Nichtregierungsorganisationen müsse weiterentwickelt statt verringert werden. Nur so sei sicher zu stellen, dass besonders die Armen vom Anstieg der Wachstumsraten profitieren.

Bezug:
Reinhard Koppe
Brot für die Welt
Tel.: 0711-2159380
E-Mail: r.koppe@brot-fuer-die-welt.de,
Friedel Hütz-Adams
SÜDWIND e.V.
Tel.: 02241-53617
E-Mail: info@suedwind-institut.de,
www.brot-fuer-die-welt.de,
www.suedwind-institut.de.



Erneuerbare Energien zur Armutsbekämpfung - flächendeckend, dauerhaft und finanzierbar

Im September fand in Bonn ein Symposium zum Thema Erneuerbare Energien zur Armutsbekämpfung mit ca. 80 Teilnehmern von NRO, Firmen und anderen Institutionen statt. Diese Publikation ist die Dokumentation der Veranstaltung. Die Finanzierung von Erneuerbaren Energien ist das größte Hindernis für die Verbreitung der selben in ländlichen Regionen, wo der Zugang zur Energie eine der wichtigsten Voraussetzungen ist, um die Lebensbedingungen der Armen zu verbessern. Einer Untersuchung von Brot für die Welt und Evangelischem Entwicklungsdienst zufolge, sind Hauptgründe für die fehlende Verbreitung ungeeignete Finanzierungsmethoden und der fehlende Zugang zu Krediten und die hohen Anfangsinvestitionen. Im Bezug auf den Fehlenden Zugang zu Krediten für Erneuerbaren-Energien-Projekte

Globale Gerechtigkeit ökologisch gestalten



Forum Umwelt
und Entwicklung



Erneuerbare Energien zur Armutsbekämpfung -

flächendeckend, dauerhaft und finanzierbar

VENRO

VERBAND ERNEUERBARE ENERGIEN
DEUTSCHE WIRTSCHAFTS- UND
ENTWICKLUNGSPOLITIKER

mit Unterstützung von



in abgelegenen Regionen, ist die Skepsis der Banken das größte Problem, um neue Investitionen in diesem Bereich zu tätigen. Die Finanzexpertin Kirsty Hamilton, bestätigt, dass die Finanzierung viel mit Wirtschaftlichkeit, mit Kosten und Nutzen zu tun hat. Wenn ein Projekt ein hohes Risiko aufweist, treibt das auch die Kosten für die Finanzierung in die Höhe. Man muss dies in der Projektarbeit berücksichtigen, wenn man auf der Suche nach Finanziers ist. Eine weitere Tücke der Kapitelbeschaffung über Banken ist die Höhe der Kreditsummen. Die meisten großen Banken haben ihren Sitz in Industrieländern und sind an große Kreditsummen gewöhnt. Viele kleine Kredite bedeuten viele Transaktionen und damit hohe Kosten. Große Kreditsummen dagegen rechnen sich für die Banken bedeutend besser.

Es gibt allerdings durchaus Beispiele für erfolgreiche Finanzierung im Bereich Erneuerbare Energien. Eines davon ist die Unternehmens- und Finanzberatungsgesellschaft E+Co. Sie vergeben kleine und mittlere Kredite an einen oder zwei Unternehmer pro Dorf, sodass diese beispielsweise in den Verkauf von Solar und Biogasanlagen einsteigen können. E+Co arbeitet mit so genanntem „patient capital“, also geduldigem Kapital, das Investoren in einen Fonds einzahlen. Mit dieser Finanzierungsform hat E+Co eine Methode gefunden, die es Investoren ermöglicht, ihr Geld auch in Unternehmungen zu stecken, die nicht unbedingt den marktüblichen Anforderungen von Banken oder Investoren entsprechen. In dem Moment, in dem die Erneuerbaren Energien und die damit verbundenen Technologien



wirtschaftlicher sind als das Althergebrachte, schwenken auch die Ärmern darauf um. Durch diese Finanzierungsmethode zeigt E+Co, wie man Erneuerbare-Energien-Projekte in Gang setzen kann, insbesondere in abgelegenen Gebieten, wo die Energieversorgung einen großen Unterschied zwischen Armut und Verbesserung der Lebensbedingungen ausmacht.

Ebenso hilfreich für die Umsetzung von Erneuerbare-Energien-Projekte ist, wenn Nichtregierungsorganisationen gemeinsam mit den lokalen Banken neue Finanzierungsstrategien entwickeln. Es ist auch denkbar, dass durch diese Zusammenarbeit mit den Banken neue Möglichkeiten für kleine und mittlere Krediten geschaffen werden.

Voraussetzung für erfolgreich Erneuerbare Projekte ist allerdings die Abstimmung mit den Bedürfnissen der Endverbraucher. Denn die Projekt sollte Ihnen entweder mehr Einkommen bringen oder helfen Kosten zu sparen.

Bezug:
Forum Umwelt & Entwicklung,
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Tel.: 0228-359704
Fax: 0228-92399356
E-Mail: info@forumue.de.
www.forumue.de.
dt. und engl.
Einzelexemplare kostenlos



Die Weltbank – ein Milliardengrab

Nach außen hin strotzt die Weltbank vor Kraft, Selbstbewusstsein und guten Absichten – vor allem für die Verringerung der Armut. Ihr ganzes Streben, so der Eindruck, den sie gerne erweckt, sei nur darauf ausgerichtet, den Menschen zu helfen, die nicht genug zu essen haben, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, keine menschenwürdige Wohnung, keine Chancen auf Grund von Diskriminierung oder mangels Bildung, Geld und Arbeitsplätzen haben. Alles was sie tut, so ihre Rechtfertigung, dient nur dieser ihrer "Mission".

Doch der Wohltäter ist in der Krise. Die Weltbank, die weltweit wohl wichtigste, einflussreichste Entwicklungsinstitution, steht auf dem Prüfstand. Ihr mächtigster Anteilseigner, die USA, droht, ihren Aufgabenbereich zurückzuschneiden, die Regierungen von Großbritannien und Norwegen reduzieren Gelder, kleinere Mitgliedsländer, als Schuldner jahrzehntelang abhängig und bevormundet, entwickeln größeres Selbstbewusstsein und fordern mehr Mitsprache. Was steckt hinter dieser Entwicklung?

Mit dieser Bestandsaufnahme soll der Blick gelenkt werden auf die reale Weltbankpolitik hinter der schönen Rhetorik, auf Fehlentwicklungen und Widersprüche zwischen Rhetorik und Handeln – denn die gegenwärtige Weltbankpolitik ist, trotz aller bisherigen Reformen, das Gegenteil einer demokratischen, rechen-schaftspflichtigen und wirksamen

Entwicklungsstrategie.

Bezug:

Uwe Höring

Herausgegeben vom Forum
Umwelt und Entwicklung

ca. 128 Seiten; 11,80 € inkl.

Versandkosten

ISBN 978-3-89965-241-3

VSA-Verlag Hamburg

Weiblich, männlich, nachhaltig – Aufbruch in eine geschlechtergerechte Zukunft

Der Klimawandel ist in unserer Gesellschaft angekommen – die Medien berichten intensiv und bei der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sind Klimaschutz und erneuerbare Energien ein Top-Thema. Die Botschaft ist mittlerweile eindeutig: Wir müssen aktiv werden, um einen gefährlichen Klimawandel zu verhindern. Dies gelingt uns jedoch nur, wenn wir alle einbeziehen, Frauen und Männer gleichberechtigt. Die aktuelle Broschüre von genanet – Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit greift dieses Thema auf und paart Geschlechtergerechtigkeit mit Klimaschutz und erneuerbaren Energien.

Mit der neuen Broschüre verbindet genanet die Themen Geschlechtergerechtigkeit (Gender), Umwelt und Nachhaltigkeit und bringt sie einer breiten Öffentlichkeit nahe. genanet zeigt auf, dass die gesellschaftlichen Auswirkungen der globalen Umweltveränderungen stärker beleuchtet werden müssen – hierzu zählt unter anderem die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, die auch im Klima- und Energiebe-

reich zum Tragen kommt: bei politischen Verhandlungen, bei wirtschaftlichen Planungen, bei der Betroffenheit von Umweltproblemen und bei der Wahrnehmung von Risiken.

Das Projekt genanet – gefördert vom Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt – setzt sich seit über drei Jahren für eine Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik ein, die nicht zu Lasten der Geschlechterverhältnisse geht, die nicht einseitig Frauen oder Männer bevorzugt oder benachteiligt. Damit leistet genanet nicht nur einen Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit, sondern auch zu einer wirksameren Umweltpolitik. Welche Schritte hat genanet unternommen, um diesem Ziel näher zu kommen? Anhand ausgewählter Beispiele stellt die Broschüre die Aktivitäten und Erfolge der vergangenen drei Jahre dar und macht deutlich: Geschlechtergerechtigkeit ist eine wesentliche Voraussetzung für eine nachhaltige, also dauerhaft umweltgerechte Entwicklung.

Bezug:

genanet – Leitstelle Gender,
Umwelt, Nachhaltigkeit /
LIFE e.V.,

Ulrike Röhr, Anja Wirsing,

Dirksenstraße 47,

10178 Berlin,

Tel.: 030-308798-35 oder -31,

Fax: 030-308798-20,

E-Mail: leitstelle@genanet.de,

www.genanet.de.

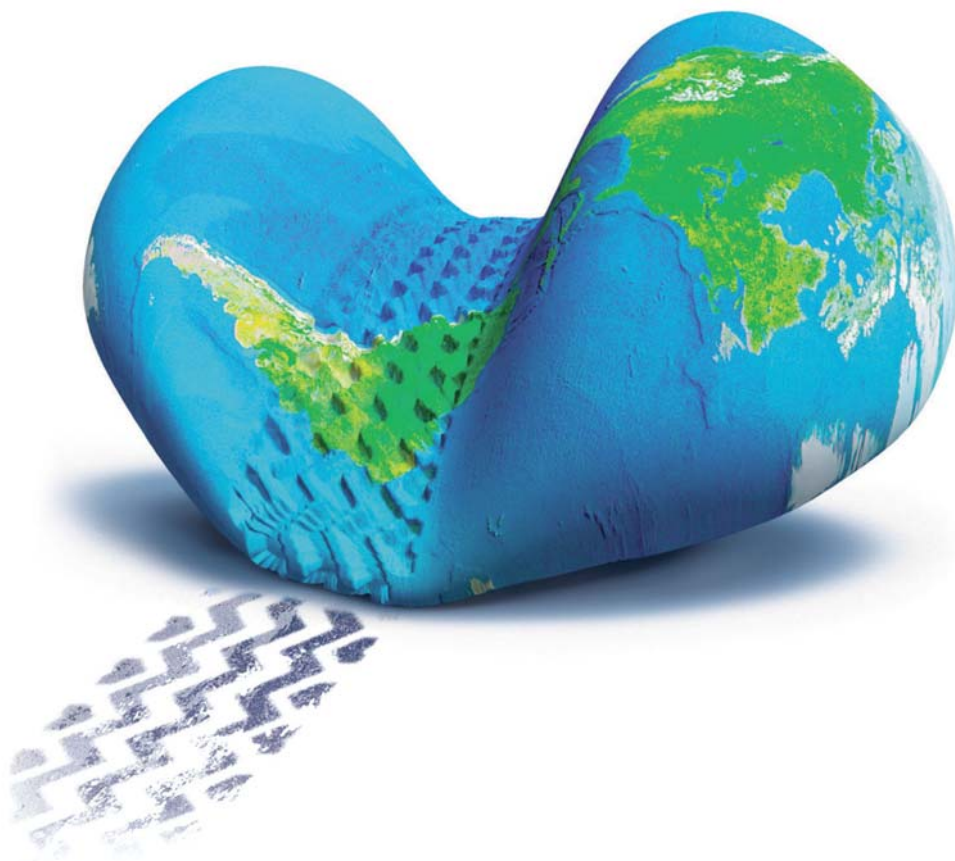


McPlanet.com 2007

Klima der Gerechtigkeit

4.-6. Mai - TU Berlin

Internationaler Kongress mit Gästen aus Bewegung, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft ++ rund 100 Foren und Workshops im Spannungsfeld zwischen Klima und Gerechtigkeit ++ Mit Desmond Tutu, Meena Raman, Klaus Töpfer, Kate Hampton, Marcelo Furtado, Jürgen Trittin, Stefan Rahmstorf, Ailun Yang (China), Karin Nansen (Uruguay), Erasmus Aborley (Ghana) und vielen mehr.



4.-6. Mai 2007 - TU Berlin - www.McPlanet.com

Der gemeinsame Kongress von attac, BUND, dem Evangelischen Entwicklungsdienst, Greenpeace und der Heinrich Böll Stiftung in Kooperation mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie



Bund für
Umwelt und
Nahverkehr
Deutschland



GREENPEACE

